

Moderne Demokratie

AUDITIVE

Die Vierte Gewalt

Made in Germany

An alle
Demokraten
dieser Welt.

Stärken wir die
Demokratie, statt sie
zu zerstören.

Gemeinsam erschaffen
wir das modernste
Demokratiesystem der Welt:

Legislative,
Exekutive,
Judikative,
Auditiv.

Damit „nie wieder
Autokratie“ und Europa
endlich gelingen!

© 2025

Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert werden, insbesondere nicht als Nachdruck in Zeitschriften oder Zeitungen, im öffentlichen Vortrag, für Verfilmungen oder Dramatisierungen, als Übertragung durch Rundfunk oder Fernsehen oder in anderen elektronischen Formaten. Dies gilt auch für einzelne Bilder oder Textteile.

Idee, Konzept, Text und Layout: Nico Rischmann, Marco Kessler, Jens Conrad.

Künstliche Intelligenz wurde unterstützend bei der Formulierung und Strukturierung von Inhalten genutzt.

www.orange-pin.de

ISBN 978-3-033-11438-8

15 [HINWEIS](#)

17 [VORWORT](#)

21 [KURZFASSUNG](#)

29 [DER WAHLSPOT – AUS DER VERGANGENHEIT LERNEN?](#)

31 [CHARLOTTE – EINE GESCHICHTE ZWISCHEN FRUSTRATION UND HOFFNUNG](#)

53 [DIE REDE – MEHR ALS EINE VISION](#)

61 [DEMOKRATIEVERSAGEN – DIAGNOSE, THESEN UND ERKENNTNISSE](#)

77 [DIE AUDITIVE – DER REGELKREISLAUF MODERNER DEMOKRATIE](#)

93 [DAS AUDITORIUM – DIE DRITTE KAMMER DES ÖFFENTLICHEN INTERESSES](#)

103 [DER PLAN – POLITISCHE UMSETZUNG DER BEWEGUNG](#)

113 [DIE AUDITIVE IN DER PRAXIS](#)

129 [NACHWORT](#)

133 [APPELL](#)

Wie kann es sein, dass der Kern
unserer Demokratien seit 1748
nicht mehr weiterentwickelt wurde?

UNS IST BEWUSST, DASS VOR ALLEM DIE PARTEIEN DER MITTE UNSER KONZEPT DER «AUDITIVE» KEINESFALLS MIT OFFENEN ARMEN BEGRÜSSEN WERDEN.

Die einen werden versuchen, unsere Positionen, Argumente und Visionen zu verzerren und in ein falsches Licht zu rücken. Andere werden unsere Ansätze zwar als Beitrag zur Modernisierung anerkennen, sie jedoch aus Angst vor Status- und Machtverlust schrittweise abschwächen – bis die Auditive am Ende kaum noch erkennbar ist. Dadurch wächst die Gefahr, dass alles beim Alten bleibt, da etablierte Parteien oft an ihren bestehenden Positionen festhalten.

Ebenfalls wahrscheinlich wird sein, dass populistische Parteien, die vorgeben, unsere Demokratie retten zu wollen, versuchen werden, die Auditive für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Würde eine solche Kaperung gelingen, wäre nicht nur unser politisches Engagement, sondern auch die gesamte öffentliche Debatte um die Auditive kontaminiert. In der Folge werden die politische Mitte und große Teile der Öffentlichkeit versuchen, uns einem politischen Lager zuzurechnen, in das wir nicht gehören. So oder so ähnlich werden gut gemeinte Initiativen und Lösungen im Keim erstickt. Das Ziel ist klar: Es geht um Machterhalt.

Das Missbrauchsrisiko und die damit verbundene Schubladisierung ist also hoch, aber wir werden uns dagegen wehren. Seien auch Sie darauf vorbereitet, denn letztlich sind nicht Parteien, sondern wir alle diejenigen, die über das Gelingen unserer Demokratie entscheiden werden.

ERINNERN WIR UNS DARAN, DASS DIE GEWALTEN SICH GEGENSEITIG IM GLEICHGEWICHT HALTEN SOLLEN, DAMIT KEINE MACHTMONOPOLE ENTSTEHEN. DER STAATSTHEORETIKER UND PHILOSOPH CHARLES DE MONTESQUIEU (1689-1755) KONNTE JEDOCH NICHT AHNEN, DASS UNSERE REGIERUNGSFORM, SO ROBUST SIE AUCH SCHIEN, HEUTZUTAGE VOR EINE SOLCH SCHWIERIGE HERAUSFORDERUNG GESTELLT WÜRDEN:

Die schleichende Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft. Und damit einhergehend gefährlich tief sinkende Zustimmungswerte für unser politisches System und ihre Vertreter.

Viele Bürger schimpfen auf die da oben, klagen wütend über Staatsversagen und rufen immer öfter nach dem starken Mann bzw. starken Parteien, die endlich mal durchgreifen. Ist es nicht aber auch die Gesellschaft als Ganzes, die hier versagt, weil sie ihrer Verantwortung für die Demokratie nicht gerecht wird?

Die folgenden Seiten richten sich an alle, die sich um den Zustand unserer Demokratie sorgen, bisher aber keinen Weg gefunden haben, sich aktiv einzubringen. Die ihren Unmut regelmäßig als Nicht-, Protest- oder sogar Angstwähler zum Ausdruck bringen. Sie alle sind keine vernachlässigbare Randgruppe, nein. Sie sind ernst zu nehmende und berechnete Kritiker unseres politischen Systems. Und sie sind die größte Fraktion in unserem Land, die es gilt zurückzugewinnen.

Es ist an der Zeit, eine Lösung zu präsentieren, die das Problem an der Wurzel packt, mehrheitsfähig und vor allem konkret umsetzbar ist. Es soll in Deutschland nicht weniger als das modernste Demokratiesystem der Welt entstehen!

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung dieses Systems, in dem die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative um die Auditive ergänzt wird. Als Vierte Gewalt, mit der die Gesellschaft als Kontroll- und Korrektivorgan aktiv in das politische System integriert wird, um mit mehr Teilhabe und Selbstwirksamkeit das verloren gegangene Vertrauen in die Demokratie wieder zurückzugewinnen.

Was Sie gerade lesen, ist die Geburt von „Orange-Pin“. Eine Bewegung, die sich weder parteiisch versteht noch eine Ideologie vertritt. Eine Bewegung, die mit der vorliegenden Idee einen ersten Entwurf für eine zukunftsfähige Lösung präsentiert, die – und das ist wichtig – trotz ihres innovativen Überbaus auf längst bewährten Konzepten beruht.

Eine bunch of good people. So das Selbstverständnis von Orange-Pin, bei dem sich alle dafür engagieren, die Leistungsfähigkeit unseres Demokratiesystems

entscheidend zu erhöhen, um selbst Menschen von den politischen Rändern wieder in die Mitte zurückzuholen. Möglicherweise klingt das in manchen Ohren naiv oder sogar nach den in jüngster Vergangenheit so oft geschmähten Gutbürgern. Dabei ist Orange-Pin weder blauäugig noch hoffnungslos romantisch. Im Gegenteil. Seinen Anhängern ist sehr wohl bewusst, wie erbarmungslos die Öffentlichkeit mit Protagonisten umgehen kann, die sich aus der Deckung wagen und mit neuen, vielleicht sogar visionären Gedanken den Diskurs bereichern wollen.

Ihr Antrieb dazu? Sie sind schlichtweg in größter Sorge um unsere Demokratie. Vor allem, wenn sie sich die Entwicklungen in Ländern anschauen, die noch bis vor Kurzen zu den Stützen des freien und liberalen Westens gezählt wurden, nun aber ihre zentralen Institutionen mehr und mehr schleifen.

Es ist befremdlich, mit anzusehen, wie sich auch bei uns immer mehr Bürger für extremistische Parteien entscheiden und sich von der Demokratie abwenden. Auf der anderen Seite aber genauso ermutigend, dass noch immer Hunderttausende auf die Straße gehen, wenn sie ihr Land und ihre Freiheit in akuter Gefahr sehen. Und doch versandet dieses ehrenwerte Engagement zuverlässig schon nach einigen Tagen oder Wochen, ohne dass die Politik sich um echte Lösungen gekümmert hätte.

Die vorliegende Vision der Auditive ist eine Einladung an alle gesellschaftlichen Gruppen und Bürger, Teil unserer Bewegung zu werden und gemeinsam das modernste Demokratiesystem der Welt in Deutschland zu verankern. Wir brauchen Sie, liebe Leser! Sie und Ihr aktives Engagement, um es einer größeren Sache zur Verfügung zu stellen. Und ganz offen gesprochen: Wir benötigen nicht nur Ihr Engagement, sondern auch Ihre Netzwerke und Ihr Kapital.

Denn Sie und Ihr Einfluss sind der gesellschaftliche Hebel und die Kraft, um eine neue politische Idee Wirklichkeit werden zu lassen. Sie ist bitter notwendig, da Politiker sich naturgemäß nicht freiwillig in ihrer Macht beschränken. Betrachten Sie unsere Bewegung als dringenden Appell und den Versuch, etwas für die Zukunft von uns allen zu tun.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Vision der Auditive funktioniert. Dennoch möchten wir alle Leser dazu auffordern mitzuwirken, um das Projekt noch weiter zu bereichern. Je mehr kluge Köpfe dazu beitragen, desto besser – damit unserer künftigen Demokratie die Resilienz und Stärke erwächst, die sie (leider) noch brauchen wird.

Wählen gehen soll sich wieder lohnen und jede Stimme bei einer Bundestags- oder EU-Wahl soll den Wert und die Bedeutung zurückerhalten, die sie verdient. Es ist jetzt die Zeit, neue Wege zu gehen, autokratische Tendenzen extremer Parteien zu entlarven und wirksam zu bekämpfen. Damit „nie wieder Autokratie“ auch wirklich gelingt – in Deutschland, Europa und darüber hinaus.

WIE DIESES GROSSE ZIEL GELINGEN KANN, ERFAHREN SIE AUF DEN FOLGENDEN SEITEN.

Aus Gründen der Vollständigkeit sei darauf hingewiesen, dass auf Binnen-I, Gendersternchen und das generische Femininum zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet wurde und dass die Verwendung des generischen Maskulinums kein Ausdruck einer benachteiligenden Haltung gegenüber anderen Geschlechtern darstellt.

Das Buch skizziert die wesentlichen Treiber und Wirkungsfaktoren,

die zur Entfremdung und sogar Entkopplung zwischen Gesellschaft und Politik geführt haben. Dafür sind neben den aktuellen Strukturen unserer Regierungsform ebenso die jeweils handelnden Akteure, also die Politiker sowie die Bürger der Gesellschaft verantwortlich.

Welche Stellschrauben im Parlamentarismus haben in unserer pluralistischen Gesellschaft zum aktuellen Vertrauensverlust in das System geführt? Welche Entwicklungen, Gründe und Folgen lassen sich zu diesem Phänomen identifizieren? Wohin tendieren die vielen Demokratien auf der Welt, denen wie paralyisiert ihre Kraft auszugehen droht? Welche Faktoren, Prozesse und Funktionsträger stehen einem dringenden Transformationsprozess entgegen?

Der seit Jahren steigende Anteil der Nicht-, Protest- und Angstwähler ist ein klarer Indikator

dafür, dass das politische System selbst über kein funktionierendes Druckventil verfügt, um die zunehmende Frustration gegenüber den existierenden demokratischen Mängeln aufzufangen. Gesellschaften und ihre Bürger brauchen daher nicht nur mehr Transparenz und Bildung, sondern einen ganz neuen Mechanismus, um ihre Frustration endlich produktiv, konstruktiv und lösungsorientiert in das System einspeisen zu können. Die eigentliche Innovation ist ein neuer Regelprozess, der die aufgestaute gesellschaftliche Spannung zielgerichtet in politischen Druck umzuwandeln vermag. Dies gelingt, wenn die Gesellschaft auf effiziente Art und Weise in die Beteiligung und Verantwortung kommt. Und damit in eine Kontrollfunktion, die ihren Namen auch verdient: als eine neue, vierte Gewalt, die die bisherigen drei Staatsgewalten jedoch nicht aushebelt, sondern diese vielmehr schützt und stärkt.

Im Weiteren geht es um das innovative Konzept der „Auditiven“, um das allgemeine Vertrauen in unsere Demokratien zurückzugewinnen. Als logische Weiterentwicklung der Legislative, Exe-

kutive und Judikative beschreibt die Auditive das „Zuhören“ als Wesenskern einer neuen, unabhängigen außerparlamentarischen Prüf- und Eskalationskompetenz: der dritten Kammer neben dem Bundestag und dem Bundesrat. Deren Mitglieder – und das ist entscheidend – sind keine Politiker. Sie wird regelmäßig neu konstituiert mit parteipolitisch unabhängigen Personen aus dem Querschnitt der Bevölkerung.

Diese neue Instanz auf Verfassungsebene sichert die gesellschaftliche Kontrollgewalt und dient als Frühwarnsystem für politische Fehlentwicklungen und besteht aus dem Auditorium und dem Bundespräsidenten, der mit der Auditiven zwar nicht mehr Macht, wohl aber ein erweitertes Aufgabenspektrum erhält und damit einhergehend neue Verantwortlichkeiten zum Schutze der Demokratie.

Die Auditive entspricht der institutionellen Integration der Gesellschaft und deren Diskurse in die Zahnräder der Politik, dies aber ohne in das tagespolitische Gestaltungsgeschäft einzugreifen. Vielmehr ähnelt ihre Arbeit einem

Revisor mit klarem Prüfkatalog, wie das in der Wirtschaft seit Langem bekannt und etabliert ist. Zuhören, prüfen, kontrollieren, vermitteln und wenn nötig mit allen Mitteln des Rechtsstaates sogar „eskalieren“. Dieses neue Organ legt die dauerhafte Grundlage dafür, dass auch große Reformprojekte wieder gewagt und vor allem mit der Rückendeckung der Bevölkerung umgesetzt werden.

Das Sichern von demokratischen Grundwerten, der Wiederaufbau von Vertrauen und damit das Zurückholen der Wähler, die sich inzwischen mehr und mehr an den politischen Rändern orientieren – das sind erklärte Ziele dieser neuen Kontrollmacht.

Dieses Buch entwirft ebenso den politischen Umsetzungsplan von Orange-Pin. Also die Auditive als Bewegung mit universalistischem Zweck sowie allen Protest- und Nichtwählern als klaren Zielgruppen. Dazu zählen genauso alle aufrichtig „besorgten“ Menschen, die noch daran glauben, dass mittels einer Reform bzw. Erweiterung der Gewaltenteilung dem Willen

des Souveräns wieder umfängliche Geltung verschafft werden kann.

Die Demokratien in Deutschland, der EU und der Welt stehen unter enormem Druck. Für Orange-Pin bedeutet das: The time is now! Erst wenn die Auditive als neue vierte Gewalt verfassungsrechtlich implementiert wurde, ist die Arbeit von Orange-Pin getan, d. h. die Bewegung steht an ihrem Schlusspunkt.

Zum Ende dieses Buches wird verdeutlicht, welche Wirkungen und Potenziale der fest definierte Regelkreis der Auditive in der Politik entfalten kann. Praxisbeispiele demonstrieren, wie Systemfehler und Interessenskonflikte erkannt und behoben werden, wie (auch internationale) Werte und Normen geschützt und ganz grundsätzlich wieder Vertrauen hergestellt und die Wählerbeteiligung gesteigert werden kann.

Das alles im Übrigen, ohne die Auditive als neues bürokratisches Gebilde zu installieren, die dem Steuerzahler noch tiefer in die Tasche

greifen wird. Ganz im Gegenteil. Der Nutzen überwiegt hier ganz klar die Kosten. Nicht nur im Sinne des neu gewonnenen Vertrauens, sondern auch monetär. Schließlich sorgt die neue dritte Kammer für eine effizientere, transparentere und verantwortungsvollere Politik, die automatisch zu besseren Ressourcenallokationen führen wird.

Liebe Leser, ganz bewusst möchten wir Sie dazu motivieren, den Anlass und das philosophische Fundament der Auditive auch auf einer narrativen Ebene nachzuvollziehen.

Daher beginnt das Buch mit einer kurzen Erzählung über den Dreh eines Wahlwerbepots, in der ein alter Mann nicht mehr taten- und kommentarlos zuschauen möchte, wie unsere Demokratie versinkt - und es somit anders macht, als er und viele seiner Altersgenossen es noch mit der eigenen Elterngeneration erfahren mussten. Eine Generation, die allzu oft Nein sagte auf die Frage ihrer Kinder und Enkel: „Habt ihr es denn damals nicht kommen sehen?“

Von diesem moralischen Appell ausgehend entführen wir Sie anschließend in den Regional-Express R 8, der zwischen Berlin-Spandau und Wismar mit einem Defekt liegen bleibt und als Metapher dient für den Zustand der deutschen Demokratie. Nichts geht mehr. Statt Fortschritt und Lösungen bietet das Personal nur noch Durchhalteparolen und fragwürdige Anweisungen. Es ist eine Parabel, in deren Mittelpunkt zunächst die Protagonistin Charlotte steht, dann zusammen mit drei weiteren Zuggästen.

Wie aus dem Nichts bildet sich eine Gruppe, die über dem scheinbar täglichen Systemversagen der Bahn den Blick weitet, um über Ursachen und Strategien zu diskutieren, die die derzeitige Vertrauensmisere in Deutschland und der EU betreffen. Vier Bürger unterschiedlicher politischer Couleur, die zumindest in der Diagnose und Ergebnisoffenheit tatsächlich eine gemeinsame Sprache finden – auch wenn die „Lösung“ am Ende aus einer sehr überraschenden Wende heraus präsentiert wird. Die Geschichte mündet letztlich in einem Traum, in dem Charlotte, unsere Figur aus

dem Zug, für uns in die Rolle einer Politikerin schlüpft, die in einer Rede im Bundestag der Einführung der Auditive vorgreift und uns damit zeigt, wie wir der akuten Krise der Demokratie entgegentreten können.

Es gibt immer Hoffnung. Denn es gibt immer Lösungen. Und die liegen in unserem Fall in der Modernisierung des Konzeptes der Gewaltenteilung von Charles de Montesquieu. Ein Konzept, das im Kern seit 1748 nicht mehr weiterentwickelt wurde.

Es wird also Zeit!

Der Wahlspot – aus der Vergangenheit lernen?

DER POLITISCHE WERBESPOT WAR – ENTGEGEN DEN ERWARTUNGEN DES ALTEN MANNES – ERSTAUNLICH SCHNELL ABGEDREHT WORDEN. „FREUNDE, WIR HABEN ALLES IM KASTEN“, RIEF DER REGISSEUR, „IHR HABT EINEN GUTEN JOB GEMACHT. DANKE.“

Der alte Mann spürte, wie die Anspannung von ihm abfiel. Sein Nacken schmerzte. Dass er mit 84 Jahren in einem Wahlwerbespot mitspielen würde, hätte er nie für möglich gehalten.

„Haben Sie eine Ahnung, worum es da eben ging?“, fragte Charlotte, seine Filmtochter.

„Um unsere Demokratie“, antwortete der alte Mann.

„Um Politik?“

Er nickte und glaubte zu sehen, wie es in der Frau mittleren Alters arbeitete, räumte aber ein, dass der kurze Szenendialog nur schwer verständlich war, wenn man die Zusammenhänge nicht kannte.

„Soll ich's Ihnen erklären?“

Charlotte nickte. „Gerne.“

Sie setzten sich erneut auf den Holzsteg an jenem beschaulichen Waldsee, an dem sie zuvor die Sequenz gedreht hatten. „Am Anfang unseres kurzen Drehs fragten Sie mich, „hast du es kommen sehen“. Mit „es“ war der Verfall unserer Demokratie gemeint. Daraufhin antwortete ich, „ja, ich habe es kommen sehen“. Richtig?“ Charlotte nickte. „Und dann fragten Sie mich, was ich dagegen tue, worauf ich wiederum antwortete: „Ich bin wohl doch zu alt, um etwas zu bewegen.“ Ich hielt kurz inne und fuhr fort: „... aber diesen Spot habe ich gratis gemacht.“ Stimmt ja auch.“

„Ja? Gratis? Und warum das?“ Charlottes Blick zeigte Verwunderung.

Der alte Mann nickte. „Weil ich fürchte, dass unsere Demokratie in großer Gefahr ist.“

„In großer Gefahr ...?“

„Genau. In großer Gefahr.“ Charlottes Reaktion und die Entgegnung des Regisseurs auf die Befürchtungen des alten Mannes hätten unterschiedlicher kaum sein können. Denn dessen Worte, die Demokratie würde „in großer Gefahr“ sein,

hatte sie knapp mit dem Satz kommentiert: „Na, wird schon nicht so schlimm kommen.“ Der Regisseur hingegen, der sich zu ihnen gesellt hatte, teilte nicht nur die Angst seines Protagonisten vor dem Demokratieverfall, sondern hatte den kurzen Ausschnitt geradezu überschwänglich gelobt. „Erstaunlich, was man mit einer rhetorischen Sekunde alles anstellen kann.“

Der alte Mann unterbricht ihn und muss angestrengt lachen. „Sie können sich nicht vorstellen, wie oft ich diese verdammte Sekunde geübt habe. Denn der Zuschauer sollte reflexartig den Satz zu Ende denken.“ Genauso war es Charlotte ergangen, die mit einer Resignation gerechnet hatte.

Der Regisseur war regelrecht hingerissen und wiederholte die entscheidende Textstelle: „Als Sie sagten, „ich bin doch zu alt“ und kurz innehielten, war es um mich geschehen. Ihr Schmunzeln hat noch einen draufgesetzt, als Sie hinzufügten, „aber diesen Spot habe ich gratis gemacht.“ Ich habe mich selbst ertappt gefühlt, weil ich es anders erwartet hatte. Genau in diesem Moment wird der Funke auch auf den Zuschauer überspringen, sodass er denken wird: Mensch, was sitze ich hier eigentlich noch herum?!“

„Dann findet sozusagen im Wohnzimmer der Kniefall vor dieser Zivilcourage statt. Genial.“ Dem Regisseur war seine Übertreibung wohl bewusst. Der alte Mann jedoch war peinlich berührt und schwieg. Eine Weile noch diskutierten die beiden Männer über politische Themen, als Charlotte unvermittelt fragte, was denn die Mission dieser Partei wäre. Er musste keinen Augenblick überlegen. „Diese neue Partei will mit dem Wahlspot aufzeigen, dass jeder seinen Teil dazu beitragen kann, egal wie alt man ist, um unsere Demokratie zu retten, und sei dieser Beitrag auch noch so klein.“ Der Regisseur ist erstaunt über das Engagement dieses betagten Herrn. Aus dessen weißem, gepflegtem Bart ist ein wehmütiges Lächeln zu erkennen: „Ich weiß, was Sie denken.“ Er wendet sich etwas ab und kehrt für einen kurzen Augenblick in sich. „Hatten Sie früher nicht auch Ihren Großvater gefragt, um herauszufinden, wie das alles damals hat passieren können?“

Der Regisseur war nun selbst angefasst: „Ja, aber wir kennen doch alle die Antworten. Sie haben es nicht kommen sehen, und als sie es doch endlich erkannten, da war es zu spät.“

Der alte Mann schwieg kurz und bemerkte: „Nun stellen Sie sich aber vor, Ihr Großvater hätte geantwortet: „Ja ... ich habe es kommen sehen.““

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

CHARLOTTE ... SIE SASS IM ZUG UND BLICKTE AUS DEM FENSTER. SIE FRAGTE SICH, OB JEDE GENERATION RECHENSCHAFT ABLEGEN MUSSTE, WEIL JEDER MENSCH EIN ZEITZEUGE, EIN ZEUGE SEINER ZEIT WAR.

„Habt ihr es kommen sehen?“, hatte Charlotte viele Jahrzehnte zuvor ihre Großeltern gefragt und mit „es“ selbstverständlich die Hitler-Diktatur und die schrecklichen Verheerungen gemeint, die das Dritte Reich angerichtet hatte. Stumm hatten beide ihre Köpfe geschüttelt. Der Großvater schließlich: „Selbst wenn wir es gesehen hätten, wir hätten nicht gewusst, was tun.“

„Nicht gewusst, was tun ...“, murmelte Charlotte leise.

Der Regional-Express RE 8 fuhr am Bahnhof Berlin-Spandau ein und hielt. Ein Zugbegleiter meldete sich über Lautsprecher und verkündete, dass die Reise nach Wismar erst in zwanzig Minuten fortgesetzt werden könne. Ein technisches Problem am Triebwagen mache die Weiterfahrt aktuell nicht möglich. Charlotte beobachtete durch die Scheibe einen vielleicht vierzigjährigen Mann, der einen Abfallbehälter nach Leergut durchsuchte. „Nicht kommen sehen und nicht gewusst, was tun ...“, murmelte sie.

Heute, dessen war sich Charlotte zwar nicht sicher, aber sie hoffte es, heute musste vielen im Lande klar sein, wie es um die Demokratie, um die Politik, um die Gesellschaft und um die Wirtschaft, ja um alles stand, was das Land einst zusammengehalten hatte. Selbstzweifel plagten sie: „Lange Zeit glaubte ich, die politischen Skandale und Fehlentwicklungen, das Bröckeln unserer Demokratie, das wären alles Einzelfälle, bis ich erkannte, dass dieser Niedergang aus einer inneren Logik gespeist wird. Aus der Logik der Gleichgültigkeit, der Überforderung, der Selbstgerechtigkeit und auch der Ohnmacht.“ Charlotte spürte ihr Herz einen Satz machen, so sehr erschreckte sie die plötzliche Erkenntnis: „Die einen Menschen sehen, was geschieht, wissen aber nicht, was zu tun wäre. Andere Menschen wollen gar nicht erkennen, was geschieht, weil sie ihre eigene Gewissheit fürchten. Dann gibt es noch eine dritte Gruppe, die genau sieht, was

mit unserer Demokratie los ist, denen aber die Kraft und Hoffnung fehlt, daran etwas ändern zu können. Die Ohnmächtigen also. Und dann gibt es noch jene, die davon überzeugt sind, dass gesellschaftliche Errungenschaften irgendwann wieder zerfallen müssen, entsprechendes Engagement daher unnötig ist. Allen vier Gruppen gemein ist, dass sie nichts unternehmen, um den Demokratieverfall aufzuhalten.“ Sie war sich nicht sicher, ob sie jemanden vergessen hatte. Dann musste sie kurz lachen, weil sie an die Reiter des toten Pferdes denken musste. Denn es waren doch unsere Politiker, quasi als fünfte Gruppe, die sich in ihren polierten Sattel verliebt haben.

Charlottes Gedankenfluss stockte. Dem Flaschensammler war ein Kollege in die Quere gekommen. Den Gesten und Blicken der beiden nach zu schließen, waren sie sich uneinig darüber, wer in Berlin-Spandau das Recht zum Flaschensammeln hatte. Es roch nach Streit. Sie erwartete, dass der Konflikt eskalierte, vielleicht eine wüste Prügelei ausbrach. Gebannt sah sie nach draußen und beobachtete das für sie stumme Gestenspiel der beiden, wie sie energisch aufeinander einredeten. Doch – plötzlich – hellten sich die Gesichtszüge der beiden Männer auf, sie standen gar nicht mehr einander feindselig gegenüber, sondern lässig nebeneinander an den Abfallcontainer gelehnt und diskutierten lebhaft, sogar lachend, als hätten sie für irgendetwas eine Lösung entdeckt, mit der nun beide leben konnten. „Schön. Auch so kann es mal enden.“

Die Beobachtung beruhigte Charlotte, und so wandte sie sich von diesem Geschehen ab, um erneut in ihre Gedankenwelt abzutauchen: Wenn es stimmte, dass viele Bürger und Bürgerinnen genau wussten, was lief, dann wäre als Nächstes die Frage zu beantworten, was die Ursachen dafür waren und wie man den Niedergang der Demokratie aufhalten könnte. Auf diese zwei Schlüsselfragen wollte sie eine Antwort finden und nicht länger bloß den Lauf der Politik beklagen ...

Ein Schmunzeln überkam sie. Unvermittelt waren da plötzlich Erinnerungen in ihr. Bilder aus früheren Zeiten, aus den Sechziger-, Siebziger-, Achtziger und Neunzigerjahren. Damals, ja selbst noch in den Nullerjahren, herrschte in Deutschland eine ziemlich krisenfeste und stabile Demokratie. Natürlich: Mehr oder minder große Skandale, Konflikte, politische Zerwürfnisse ... hatte es immer mal wieder gegeben. Doch wenn sie sich jetzt an einzelne dieser Begebenheiten erinnerte, dann hatte sie den Eindruck, dass in Deutschland damals, vor allem nach der Wiedervereinigung, doch ein gemeinsamer Zukunftsglaube geherrscht hatte.

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

Vor allem der wachsende Wohlstand, die hohe Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, das Ende des Kalten Krieges, die Möglichkeiten zu reisen, wohin man wollte, hatten vielen Menschen das Gefühl einer Art Unangreifbarkeit vermittelt.

Man wähnte sich sicher in Deutschland. Wirtschaftlich, politisch, rechtlich, in punkto Gesundheitsfürsorge, einfach in fast jeder Beziehung. Und das hatte der jungen parlamentarischen Demokratie gutgetan, sie gefestigt und gesichert.

Doch was war aus dieser Demokratie geworden? Was hatte man mit ihr gemacht? Charlotte suchte jetzt nach Bildern, die es ihr erlauben würden, einen Damals-Heute-Vergleich anzustellen: Franz-Josef Strauß fiel ihr ein. Der bayrische CSU-Politiker hatte seine politischen Gegner einmal Ratten und Schmeißfliegen genannt, Herbert Wehner hatte den damaligen CDU-Abgeordneten Jürgen Todenhöfer Hodentöter und den ebenfalls der CDU angehörenden Wohlrabe als Übelkrähe bezeichnet. Überhaupt Wehner: Neulich hatte Charlotte gelesen, dass es der SPD-Fraktionsvorsitzende in seiner langen Zeit als Abgeordneter auf insgesamt 58 Ordnungsrufe gebracht hatte. Eine reife Leistung – und trotzdem gelebte und lebendige Demokratie. Aber auch das: Kanzler Willy Brandt musste wegen des DDR-Spions Guillaume zurücktreten. Und unter Helmut Schmidt kam es wegen des Nato-Doppelbeschlusses und der Kernkraft zu heftigen Demonstrationen. Auch das war gelebte Demokratie gewesen.

Ebenso der rüpelhafte Auftritt des Turnschuhministers Joschka Fischer im Bundestag, der 1984 den damaligen Bundestagspräsidenten Richard Stücklen „mit Verlaub“ als Arschloch bezeichnet hatte. Ja, so ging es damals zu in der parlamentarischen Debatte. Manchmal aufregend, manchmal zum Gähnen langweilig. Damals war es undenkbar, dass jemand, der sich gegen die offiziellen Leitlinien der Regierung und der Medien stellte, als Populist, als Rechter diffamiert oder als Leugner verunglimpft wurde. Man hatte das Gefühl, dass es letztendlich immer um den Erhalt des Gemeinwohles ging, trotz ideologischer Verschiedenheiten. Man hat sich um jeden Preis zusammengerauft, wenn es um das Regieren ging. Ein Konsens wurde trotz größter Meinungsverschiedenheiten gefunden. Und heute?

Charlotte versank weiter in ihren Erinnerungen, dann rief sie sich zur Ordnung. Denn sie musste einräumen, dass auch früher nicht alles gut war. Berufsverbote, Radikalenerlasse, Notstandsgesetze, Terrorismusbekämpfungsgesetze und Präventionshaft etwa waren keine Erfindungen des 21. Jahrhunderts.

Der Zugbegleiter meldete sich. Die Reise in Richtung Wismar würde bald weitergehen, versicherte er. Charlotte machte eine wegwerfende Handbewegung, blickte nach draußen. Die Flaschensammler waren nicht mehr zu sehen. Zumindest standen sie nicht mehr direkt vor ihrem Fenster. Charlotte beugte sich näher an die Scheibe heran, um nach ihnen Ausschau zu halten. Doch statt der beiden Männer entdeckte sie ein Werbeplakat zur EU-Wahl: „Deine Stimme für Stadt, Land und Wir-Gefühl“, stand darauf. Der Name der Partei war mit Farbe übersprayed worden.

„Wir-Gefühl, Wir-Gefühl ... als käme es auf Gefühle an.“ Charlotte verspürte Ärger in sich aufsteigen. Auch dieser inflationäre Gebrauch des Wortes „Wir“ ging ihr schon lange auf die Nerven. Vor allem in den Medien stolperte sie regelmäßig über Ansagen oder Schlagzeilen, in denen verkündet wurde: „Wie wir uns richtig ernähren.“ „Wie wir rechten Verwandten am Weihnachtstisch Paroli bieten können.“ Oder eine in den Augen von Charlotte besonders dreiste Schlagzeile: „Wir werden immer dümmer.“ Dabei vergaß sie, dass wir auch mal Papst waren. Sie musste lachen.

Charlotte begründete ihren wachsenden Argwohn gegen den allzu häufigen Gebrauch des Wörtchens „Wir“ stets mit dem Argument, wonach „Wir“ stets impliziere: „... und die Anderen“. Das „Wir“ diene also als Metapher zur Einhegung jeweils genehmer, respektive zur Ausgrenzung nicht genehmer Menschen oder Meinungen. „Wir“ sei mithin alles andere als inkludierend gemeint, sondern es geht um Abgrenzung. Auch das, resümierte Charlotte, war ein Zeichen, dass die Demokratie in Gefahr war. Denn früher, da hatte man mit „Wir“ tatsächlich etwas anderes verbunden: Das „Wir“ stand für die gemeinsame Anstrengung und Leistung, es als Land wieder zu etwas gebracht zu haben. „Made in Germany“ galt als Siegel einer geeinten Gesellschaft, deren Spaltung heute mit scheinbar allen Kräften heraufbeschworen wird.

Sie fragte sich, was das „Wir-Gefühl“ mit einer EU-Wahl zu tun habe. Europa oder die Vollendung der Integration kommen bei den Parteien gar nicht mehr vor! Entweder haben die Wähler die Schnauze voll von diesem Thema oder aber die EU-Integration ist mittlerweile ein derart großer Bremsklotz, dass sich damit keine Wahlen mehr gewinnen lassen. Wieder keimte in ihr Wehmut auf. Sie konnte nicht mehr sagen, wann sie das letzte Mal zu einer EU-Wahl gegangen war. So sehr war sie von Brüssel enttäuscht. Das war einmal anders. Charlotte hatte ge-

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

wählt; sie war eine der wenigen gewesen, die „Europa“ ernst genommen hatten, nicht nur weil die Politiker oft vom „großen Friedensprojekt“ sprachen. Vielmehr hatte Charlotte schon im anfänglichen Binnenmarkt die Vision gesehen, wonach EU-Bürger eines Tages weder Zölle noch nationale Grenzen mehr kennen sollten, sondern problemlos im einen wie im anderen Land leben, studieren, arbeiten und sich niederlassen konnten. Teile dieser Vision wurden eines Tages tatsächlich Wirklichkeit.

Seit Jahren, nein, sogar seit Jahrzehnten war die EU ihr Herzensthema. Deren Grundlage war schließlich das humanistische Weltbild, also: humanistisches Denken, Rationalität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte. Dafür liebte und verehrte Charlotte das geeinte Europa. Und dafür natürlich auch: Die EU brachte allen Mitgliedsstaaten immer wieder enorme Wachstumsschübe. Vor allem Deutschland hatte vom gemeinsamen Binnenmarkt enorm profitiert, auch vom Euro, da konnten die Skeptiker sagen, was sie wollten. Sicher, es gab in der Geschichte auch böse „Ausrutscher“, wie jüngst mit Orban, den Polen, der Slowakei ..., die Brüssel jedoch mehrheitlich glaubte im Griff zu haben. Über diese Länder hatte es immer wieder geheißt, sie wären zu früh aufgenommen worden, sie wären nicht reif für die EU gewesen. Sie, Charlotte, hatte jedes Mal geantwortet: „Diese Länder haben sich nur dank ihrer Mitgliedschaft in der EU so schnell entwickelt und angepasst, und das zahlt sich auf lange Sicht sowohl politisch als auch wirtschaftlich aus.“

Insgesamt betrachtet, war auch die Osterweiterung ein Erfolgsfall, nicht nur wirtschaftlich, sondern ebenso politisch wie geostrategisch. Andernfalls wäre Europa doch zwischen den erratischen Kräften USA und Russland zerrieben worden, die beide genauso wie China darauf drängten, die EU möglichst klein und gefügig zu halten.

Dann aber hat wohl irgendwann das europäische „Friedens- und Wohlstandsprojekt“ an innerer Anziehungskraft und auch an Dynamik verloren, als wäre es den Mitgliedsstaaten egal geworden, was aus dem „europäischen Haus“ werden würde. Charlotte konnte nicht sagen, was der Auslöser dafür gewesen war. Sie war sich zumindest sicher, dass die Finanzkrise 2008 und die darauffolgende Eurokrise dafür mitverantwortlich waren, woraufhin vor allem die mehrheitlich solide arbeitenden Polen, Slowaken, Tschechen und schließlich auch die Ungarn sich immer häufiger gegen Brüssel wandten. Die Flüchtlingskrise 2015 verstärkte diese Ent-

wicklung dann in einem Maße, das Charlotte nie für möglich gehalten hatte. Tiefe Gräben zogen sich seitdem durch die EU. Und die großen Mächte, die USA, Russland und China nutzten das aus, wo immer sich ihnen eine Chance bot.

Erst war es nur eine zaghafte Ahnung, die Charlotte beschlich. Doch sie wurde bald zur Gewissheit: Es war nicht nur die Demokratie, die vor die Hunde zu gehen drohte, auch die EU als Ganzes war in ernsthafter Gefahr. Vermutlich durch das Einwirken fremder Kräfte, aber bestimmt auch aufgrund von innereuropäischen Widerständen, der ausufernden Bürokratie, der kaum auszuhaltenden Überregulierung, des hemmungslosen Lobbyismus und hausgemachten Systemfehlern. Sie wurde polemisch: „Ich bin mal gespannt, wann der Tierhalterführerschein für Schildkröten eingeführt wird oder Baumwollhemden abgeschafft werden. Was lässt sich denn dagegen tun?“

Charlotte fluchte stumm, denn so sehr sie versuchte, eine Lösung für das Demokratieproblem Deutschlands und der Integrationsprobleme der EU zu finden, so sehr drehten sich ihre Gedanken im Kreis, weil sie, statt eine Antwort zu finden, permanent auf neue Problemfelder stieß. Einzelne EU-Länder, vor allem jene Osteuropas, behinderten immer wieder wichtige Entwicklungen. Und aus dieser Blockade-Haltung heraus entstand schließlich ein fataler Mechanismus: Wann immer in der EU eine wichtige Entscheidung zu treffen war, musste Brüssel etwas „springen“ lassen. Orban, dieser Abzocker, war ein Meister dieser Deals. Jede Nicht-Obstruktion ließ der sich teuer bezahlen. Dieser verdammte Populist!

„Ja, ja, ja! Die EU ist nicht perfekt“, rief ihre innere Stimme. „Aber in Herrgotts Namen, dann muss man sie halt weiterentwickeln.“ Wer Charlotte kannte, wusste, dass es sogar Zeiten gab, in denen sie sich gewünscht hätte, dass Deutschland die EU verlässt, so wie Großbritannien.

„Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut“, setzte sie gedanklich entgegen. Und dann weiter: „Und ging auch nicht an einem Tag unter!“

Sie seufzte. Tatsache war in ihren Augen, dass die Bürger das Vertrauen in die Institutionen, in die Parteien und in ihre Politiker verloren hatten – und das galt eben nicht nur für die Bundes-, sondern ebenso für die Europapolitik. „Doch wie lässt sich dieses Vertrauen sowohl in Deutschland als auch in die EU zurückgewinnen?“

Eine Zeit lang blickte Charlotte aus dem Fenster, geistesabwesend. Später wusste sie nicht mehr, wie lange sie so dagesessen hatte. Waren es zwei, drei oder

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

zehn Minuten? Einzig an den letzten Blitzgedanken konnte sie sich erinnern, worauf sie zusammenzuckte: „Die EU muss endlich raus aus ihrem Geburtskanal und endlich die politische Einigung vorantreiben. Also wirkliche Reformen eingehen. All dies wird aber nur möglich sein, wenn die Frage geklärt ist, wie ein Demokratiesystem in die Lage kommt, die mit solchen Großprojekten verbundenen Risiken zu managen?!“

Im Wagen 12 dieses Regional-Expresses nach Wismar war es jetzt völlig still geworden. Es schien Charlotte, als hätten die wenigen Fahrgäste die Hoffnung auf eine baldige Weiterfahrt aufgegeben. Keiner regte sich, keiner verließ den Zug.

Sie wandte sich von der Fensterscheibe ab und blickte auf den Infoscreen im Gang. Der teilte den Fahrgästen schriftlich mit: „Europa grenzenlos erfahren – Ihre Deutsche Bahn.“ Charlotte spürte den Hohn, der sich in ihr breitmachte. Und der leichte Impuls, mit einem Hammer den Bildschirm zu zertrümmern. Zumindest im Kopf sorgte der Hammer für einen neuen Gedanken. „Warum eigentlich regierungsamtliches Handeln nicht genauso organisieren wie die Arbeit eines Unternehmers? Der ist doch schließlich auch laufend großen Wagnisrisiken ausgesetzt?“

„Na, darauf hätte ich aber auch schon früher kommen können.“ Selbst erfolgreiche Unternehmer oder Manager liefen faktisch ständig Gefahr, falsche Entscheidungen zu treffen. Sie waren laufend irgendwelchen Wagnisrisiken ausgesetzt, verfügten aber andererseits selbstverständlich über Instrumente und Mechanismen, jede Fehlentscheidung frühzeitig zu erkennen. Nur dank dieser Prozesse waren sie in der Lage, schnell und unmittelbar gegenzusteuern, also korrigierend einzugreifen. Und genauso sollte es doch auch in der Politik funktionieren. Der Wähler müsste – als oberster Souverän – analog zum Unternehmer handeln, also Fehlentwicklungen erkennen sowie schnell und wirkungsvoll eingreifen können. Das wäre doch eine entscheidende Weiterentwicklung in der Demokratie.

„Wenn die Wähler also die Möglichkeit erhalten würden, ihre Zweifel und ihr Misstrauen zu deponieren und falls nötig eine Kursänderung zu erzwingen, dann gäbe es nicht nur mehr Transparenz, sondern auch eine neue außerparlamentarische Kontrolle, und das Vertrauen in die Politik würde steigen.“ Ihr wurde bewusst, dass diese These einem standardisierten Risikomanagementsystem schon sehr nahekommt. Also den tagtäglichen Ablaufprozessen in halbwegs professio-

nellen Unternehmen. Sie lachte kurz, weil sie an ihr viele Jahre zurückliegendes Grundstudium in BWL denken musste.

Erneut regte sich Ärger in Charlotte. Sie wusste, dass es eigentlich Aufgabe der Parteien und auch der Presse wäre, die Regierung zu kontrollieren und Ideen zum Wohle der Gesellschaft zu entwickeln. „Eine wirkliche Opposition, echte Prüforgane und funktionierende Medien gibt es doch kaum mehr oder sie sind zahnlos. Die machen ihren verdammten Job nicht!“ Und dies, so Charlottes Schlussfolgerung, traf gleichermaßen auf die Bundespolitik wie auf die EU zu. „Alles gottverdammte Ja-Sager und Absahner!“

Wieder erschienen die Gesichter von Strauß, Brandt und Schmidt vor Charlottes innerem Auge. Zu deren Zeiten machte die Opposition ihrer Funktion noch alle Ehre, lag mit der Regierung im Wettstreit um die besseren Ideen und griff die herrschenden Parteien mit Untersuchungsausschüssen an. Damals gab es noch Zeitungen, die jedes Übel beim Namen nannten, oder kritische Zeitgenossen, die vor Fehlern warnten und Schuldige klar adressierten. Strauß, Brandt und Schmidt mussten im Grabe rotieren angesichts der Harmoniesucht der heute etablierten Parteien, die sich seit geraumer Zeit in der politischen Mitte festgefressen haben.

Charlotte erinnerte sich zudem an die Äußerung des Springerchefs, der meinte, dass Journalisten Propaganda-Assistenten seien. Das nennt man wohl den Kronzeugen einer verkommenen Journaille. Und wer heute als Politiker auch nur halblaute Zweifel an der offiziellen Regierungspolitik seiner eigenen Partei übt, wer also seine Partei-Freunde hart angeht, der weiß, was ihm blüht. Im schlechtesten Fall wird er als Extremist verunglimpft, im besseren Fall ins Abklingbecken für politische Versager nach Brüssel geschickt. So geht das.

Ein Ruck ging durch den Zug. Der fuhr sachte an. Gleichwohl verspürte Charlotte keine Erleichterung. Im Gegenteil, eine Ahnung machte sich breit. Sie sagte ihr, dass der Zug bestimmt bald wieder zum Stehen kommt. Und genauso kam es: Knappe sechs Minuten dauerte die Fahrt, dann drosselte der RE die Geschwindigkeit, um schließlich auf freier Strecke stehen zu bleiben.

„Verdammt! Verdammt! Mist! Sie haben über diesen Saftladen die Kontrolle verloren!“, schrie ein Mann, der einige Sitzreihen hinter Charlotte saß. Sie wandte sich erschrocken um. Der Reisende schulterte einen großen Rucksack und eilte mit hochrotem Kopf in die untere Etage. Dort angekommen, fluchte er munter weiter. Die dann hörbaren Geräusche interpretierte sie als Fußtritte gegen

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

die verschlossenen Waggontüren. Nun wurden auch andere Stimmen aus dem Untergeschoss laut und sie dachte: „Hoffentlich eskaliert das nicht!“

Der Satz von eben klang noch nach: „Sie haben über diesen Saftladen die Kontrolle verloren!“ Charlotte stutzte. „Kontrolle, Kontrolle ...“, flüsterte sie. Und dann halblaut: „Der Mann hat recht. Die Europäische Union wie auch die Bundesregierungen mäandern seit Jahrzehnten durch die Legislaturperioden, weil wir – die Wähler – keine Kontrolle über sie haben. Als ob man durch Wahlen alle vier Jahre etwas bewegen kann.“ Rein in die Groko, rein in die Ampel, rein in was auch immer. Rein, raus, rein, raus. Es geht nur um Mehrheitsbeschaffung. Koste es, was es wolle. An ein komplett anderes und neues politisches Angebot ist nicht zu denken. Frustrierend!“

Wieder seufzte sie. Sie quälte die Aussichtslosigkeit, in diesem Zug praktisch festzusitzen, ausgeliefert zu sein und nichts, aber auch gar nichts unternehmen zu können. Also. Weiter nachdenken, den Dingen auf den Grund gehen. Wenigstens das konnte sie tun.

Vor ihrem inneren Auge sah sie eine Landkarte. Mit den Länder Europas, und wie im Zeitraffer vergegenwärtigte sich Charlotte die großen Umbrüche der letzten Jahrzehnte: der Fall des Eisernen Vorhangs, der Zerfall der Sowjetunion, die Wiedervereinigung, die Erweiterung der EU, die anschließende fulminante politische und wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West, in Deutschland und in der EU. Dazu Maastricht und Schengen. Doch all jene brachialen politischen Veränderungen – auch dies hatte Charlotte klar vor Augen – hatten nicht etwa stattgefunden, weil sie von den Parteien, Politikern oder Regierungen als Visionen explizit gewollt oder gar geplant worden waren. Vielmehr waren das alles Resultate einer historischen Dynamik, die zuallererst von den Bürgern der ehemaligen Ostblockstaaten in Gang gebracht worden war. Die Politik hatte darauf lediglich reagiert und dann – na immerhin – die Gelegenheiten mehr oder minder beim Schopfe gepackt.

Ebenso verfuhr sie seit Jahren beim Thema EU-Integration: Wie will die EU auf die ständigen wirtschaftlichen und politischen Angriffe seitens der USA, Russland und China reagieren? Wie will die EU sich geostrategisch in der Welt des 21. Jahrhunderts aufstellen? Wie will die EU zu einem starken Block werden, dessen Stimme in der Welt gehört wird? Auf alle Fragen: keine Antworten oder zumindest kaum überzeugende. „Ja, Himmel, müssen jetzt die Bürger wieder auf

die Barrikaden steigen, damit die in Berlin und Brüssel endlich mal vorwärts machen, bevor es zu spät ist?!“

„Verehrte Reisende, wie Sie sicher gemerkt haben, mussten wir den Bahnhof Berlin-Spandau für andere Fernzüge frei machen und unsere Reise mittlerweile ein weiteres Mal unterbrechen. Wir stehen nun auf einer Nebenstrecke. Für den Moment gibt es leider keine Klarheit, wann wir unsere Fahrt fortsetzen können. Wir danken für Ihr Verständnis, wünschen Ihnen aber trotzdem einen weiterhin angenehmen Aufenthalt an Bord.“

Hatten die anderen Reisenden in Charlottes oberem Waggonabteil die Zugverspätung bislang mehr oder weniger schweigend hingenommen, wurden nun doch einige Stimmen hörbar. Eine verkündete: „Ein Lokschaaden? Das wird ewig dauern. Wie immer!“ Eine andere Stimme: „Na, zum Glück läuft noch die Klimaanlage.“ Gleich darauf ein anderer, vernehmbar aus der rechten Sitzreihe: „In Glöwen gab's letzten Monat dreimal Gleisbruch. Unvorstellbar. Dreimal. Ich sag's euch: Irgendwann gibt's eine Katastrophe mit vielen, vielen Toten!“ Keiner der anderen Passagiere wagte eine Entgegnung. Aber nicht auszudenken, welche Stimmung hier bei Volllast aufgekomen wäre.

Auch im Untergeschoss des Wagens wurden jetzt erneut Stimmen laut. Charlotte erhob sich vom Sitz, ging zur Treppe und lauschte. Sie vernahm wenig respektvolle Äußerungen. Wenngleich sie andere Worte gewählt hätte, inhaltlich gab es an dem Gesagten nichts auszusetzen. Das Gespräch zwischen dem unverändert wütenden Mann und einigen anderen Fahrgästen drehte sich um Politik und darum, dass dieser „verdammte Scheißstaat abgewirtschaftet“ hätte und man bisweilen den Eindruck bekäme, dass „die amtierende Regierung nichts anderes im Sinn hätte, als dieses Land endgültig an die Wand zu fahren.“

Charlotte ging wieder zum Platz zurück und schaltete ihren Laptop ein. Sie wollte ihre bisherigen Gedanken festhalten. Sie tippte als Überschrift in Zeile eins „Wie die Bürger die Kontrolle über die Regierungen in Berlin und Brüssel erhalten“. Und in Zeile zwei: „Wenn wir Deutschland und die EU nach vorne bringen wollen, müssen wir zuallererst das Vertrauen zwischen Gesellschaft und Politik wiederherstellen. Dies gelingt nur, wenn wir ein außerparlamentarisches Steuerungs- und Kontrollgremium installieren, das der Bundesregierung als auch der EU-Kommission auf die Finger (sc)haut.“ Sie lachte stolz ob ihrer Wortschöpfung.

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

Sie drückte die Entertaste: „Erst wenn die Bürger und Wähler den politischen Leitungsgremien vertrauen und auf sie Einfluss nehmen können, werden sie das Wagnis politischer Großprojekte (u. a. EU-Integration) eingehen und sich mit Fragen wie innereuropäischen Finanzausgleich, Steuern und Verteidigung auseinandersetzen. Denn, kein Zweifel, eine stärkere EU-Integration ist ein Risiko.“ Wieder kam ihr der Begriff „Risikomanagement“ in den Sinn. Doch sie tappte immer noch im Dunkeln, sie hatte schlicht keine Idee, wie dieses Risikomanagement in den Berliner und Brüsseler „Maschinenraum“ eingewoben werden könnte. Gleichzeitig spürte sie aber, mit dieser Philosophie auf dem richtigen Weg zu sein. „Bleib also dran!“

Abermals drückte sie die Entertaste und schrieb: „Die Stufen des Risikomanagements – von der Risikoidentifikation bis zur Bewältigung der jeweiligen Themen – müssen feste Bestandteile des politischen Betriebs sein.“ Sie stutzte: Dafür brauchte es natürlich ein Gremium. Doch wo dieses ansiedeln?

„Das Kontrollgremium darf nicht Teil der Regierung sein! Denn eine Regierung bzw. die EU-Kommission kann sich nicht selbst kontrollieren.“ Sie atmete tief. Das war zwar ein Anfang, aber eben auch nicht mehr.

Charlotte speicherte die Datei „Kontrolle der EU- und Bundespolitik“ ab, als sich jener Mann zu Wort meldete, der zuvor eine lange Wartezeit prophezeit hatte: „Warum haben die uns nicht in Spandau über die Schwere des Schadens informiert? Dann hätten wir einen anderen Zug nehmen können.“

„Weil wir in deren Augen entmündigte Bürger sind, die keine eigenen Entscheidungen treffen können“, entgegnete eine etwa dreißigjährige Frau, die drei Sitzreihen weiter vorne saß.

Charlotte horchte auf. Sie war gespannt, ob und wie sich das Gespräch entwickeln würde. „Im Grunde sperren die uns hier ein – ohne Anklage und ohne Urteilsspruch. Wie früher in der DDR, nur auf andere Art“, setzte die Frau süffisant nach.

Bald meldete sich jener Mann zu Wort, der zuvor von den Gleisbrüchen in Glöwen berichtet hatte: „Es ist doch nicht die Bahn alleine, die ihr Scheitern hier vorführt. Der Schreihals von vorhin hatte schon recht. Wie hat er gesagt? Dass der verdammte Staat abgewirtschaftet hat. Ich sag Ihnen: Die Politiker warnen immer vor der gespaltenen Gesellschaft, dabei füttern die Parteien diese Spaltung doch selbst. Schwer zu glauben, dass unsere Volksvertreter das

nicht wissen.“ Für einen Augenblick ordnen sich die Gedanken von Charlotte neu: „Die Nichtwähler oder Protestwähler sind nicht unser Problem. Nein, sie sind das unübersehbare Warnsignal! Doch was tun die Politiker? Statt ihnen zuzuhören, wird ihr Verhalten als undemokratisch abgestempelt! Sie ersticken den dringend notwendigen Diskurs damit im Keim.“

Charlotte ist überrascht, wie sehr sie sich in Rage denken kann, und tritt sogleich gedanklich nach: „Liebe Politiker, ob es Ihnen gefällt oder nicht: Es ist an der Zeit, die Augen zu öffnen und zu akzeptieren, dass Nicht- oder Protestwähler aus einem verdammt guten Grund so handeln.“

Nach einer Weile reckte Charlotte den Kopf. Noch konnte sie nicht genau ausmachen, wo die beiden Fahrgäste saßen, die das Wort ergriffen hatten. Doch plötzlich erhob sich ein Mann und stellte sich im Durchgang zwischen die Frau und dem offensichtlich anderen Gesprächsteilnehmer. „Was dagegen, wenn ich mich zu Ihnen geselle? Dann müssen wir uns nicht über mehrere Sitzreihen hinweg anschreien.“ Er lachte. Seine großen, blendend weißen Zähne wirkten für Charlotte ebenso übertrieben wie sein ausladender Lockenkopf.

Eine Zeit lang unterhielten sich die drei Fahrgäste darüber, was sie in den zurückliegenden Monaten alles mit der Bahn erlebt hatten. Doch schon bald weitete sich ihr Gesprächshorizont. Von der „Verachtung der Bürger“ war nun die Rede, von „Staats- und Politikversagen“ und von den „Machtbesoffenen in Berlin“. Charlotte – die den Wortwechsel interessiert verfolgte – tippte nun in die nächste Zeile: „Ein Souverän, der über keine Macht verfügt, ist ein Sklave. Die Bürger müssen dringend ins Politiksystem integriert werden. Andernfalls droht Demokratieversagen. Was wir brauchen, ist eine zivile Kontrolle über die Politik. Nur so können Fehlentwicklungen früh genug und überhaupt korrigiert werden. Das Kontrollgremium erfüllt die Aufgabe eines Sensors, der jederzeit die Temperatur unseres Regierungssystems fühlt und in der Lage ist, das Ventil auch zu öffnen, wenn es nötig wird. Ansonsten werden Nichtwählen oder Protestwählen die einzige Alternative.“

Nun erhob sich auch die Frau. Sie stellte sich neben den Lockenkopf, verschränkte die Arme vor ihrer Brust und richtete ihre Worte an den noch immer sitzenden Mann ohne Haupthaar: „Nach meinem Verständnis sind die Sanierung der Bahn und der ganzen öffentlichen Infrastruktur, das Gerede über Bürokratieabbau, über eine angeblich CO₂-neutrale Wirtschaft und dergleichen nur Alibi-

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

übungen, reine Symbolpolitik. Man will uns beschäftigt halten, ablenken, damit wir die wahren Probleme gar nicht erst sehen.“

„Und die wären?“ Es war der Haarlose, der diese Frage stellte.

Charlotte zuckte zusammen. Aus dem Untergeschoss des Zuges drangen grobe Geräusche, scharfes Zischen und schließlich ein Rumpeln am Zug, als hätte jemand einen schweren Gegenstand bewegt. Ein Blick aus dem Fenster verriet, was geschehen war: Einige Reisende hatten die Notfallentriegelung der Türen betätigt und machten sich über die Gleise auf und davon. Sieben Frauen und Männer waren zu sehen, als sie einen Bahndamm hinaufstiegen. Sie wandte sich den dreien zu, die ebenfalls aus den Fenstern schauten. Auf dem Bildschirm des Zuges las sie: „Gemeinsam besser reisen.“ Charlotte schüttelte den Kopf. „Gut, dass kein Zug gekommen ist. Das hätte ein Unglück geben können.“

Der Zugbegleiter kam nun schwer schnaufend gelaufen: „Haben Sie gesehen, wie die Fahrgäste widerrechtlich den Zug verlassen haben?“ Charlotte schüttelte den Kopf und setzte sich wieder an ihren Platz.

„Erzählen Sie hier keinen Unsinn. Sie haben am Fenster gestanden. Das habe ich doch gesehen. Also, wie viele Leute ...?“ Der Schaffner baute sich vor ihr auf.

Charlotte erhob sich wieder und machte sich groß. „Es geht Sie einen Dreck an, was ich gesehen habe“, sagte sie ebenso entschlossen wie ruhig.

„Bitte?! Wir haben hier eine Notlage, und ich erwarte, dass Sie sich dieser Situation beugen“, fuhr sie der Schaffner scharf an. „Also, was haben Sie gesehen?“

„Eine Notlage?“ Charlotte hatte Mühe, die Ruhe zu bewahren, und sagte mit einem Ton der Verachtung. „Sie klingen ja wie ein *Politiker*. Die erklären auch ständig irgendwelche Notlagen, um uns in irgendeine Richtung zu steuern. Scheeren Sie sich zum Teufel mit Ihrer verdammt Notlage.“

„Ihren Ausweis!“, bellte der Schaffner sie an.

Charlotte suchte einen Moment nach der passenden Antwort. Dann: „Ich bin nicht verpflichtet, mich Ihnen gegenüber auszuweisen.“

„Dann jetzt Ihren Fahrausweis.“ Charlotte griff in ihr Jackett und reichte dem Schaffner ihre Bahn-Card 100. „Das wird Folgen haben. Verlassen Sie sich darauf.“ Charlotte schenkte dem Beamten ein spöttisches Lächeln und steckte ihre Bahn-Card weg. Das Dreiergrüppchen hatte das Geschehen mit großen Augen verfolgt. Entschlossen wandte sich der Schaffner nun diesen Passagieren zu. „Und? Was haben Sie gesehen?“

Es war die Frau, die sich aus dem kleinen Verbund löste. Sie schob die Ärmel ihrer Jacke zurück, trat langsam auf den Schaffner zu und stemmte die Hände in die Hüften. „Hör mal, du kleiner Möchtegern-Aufseher. Du bist hier nicht der Polizeipräsident! Du hast uns mal gar nichts zu sagen. Im Gegenteil, schließlich ist dein Verein für den ganzen Schlamassel verantwortlich!“

Die Gesichtszüge des Schaffners entgleisten. Er wandte sich ab und hastete davon. Charlotte stieß einen lauten Seufzer aus. „Er hat bekommen, was er verdient hat. Danke.“ Die Frau grinste. „Im Grunde ist er auch nur ein armes Würstchen. Wie wir alle.“

Charlotte überlegte einen Moment. „Vorhin, also bevor die Leute unten davonliefen, da haben Sie etwas Interessantes gesagt, aber den Satz nicht mehr zu Ende gebracht. Sie meinten, man will uns beschäftigt halten, ablenken, damit wir auf die wahren Probleme gar nicht erst stoßen. Was meinten Sie damit konkret?“

„Dieser Staat mit seiner Demokratie ist kaputter, als wir glauben *sollen*, das meinte ich.“ Sie schob ihre Jackenärmel wieder herunter. Charlotte machte sich eine Notiz. „Sie wissen schon, wie dieser Satz bei gewissen Leuten ankommen würde, oder?“ Die Frau zögerte nur kurz: „Wenn in der Luftfahrt ein Unglück passiert, kommt unmittelbar danach ein Prozess in Gang, in dessen Rahmen die Ursachen des Absturzes analysiert und Vorkehrungen getroffen werden, damit so etwas möglichst nie wieder geschieht. Anschließend werden Standards, Strukturen, Prozesse und verpflichtende Kontrollen eingeführt, die eine Wiederholung nach menschlichem Ermessen verhindern. Warum bitte greift dieses bewährte Vorgehen nicht bei der Bahn oder eben in der Politik? Wieso steht dieser Zug hier? Und wie ist es möglich, dass sich allerlei politische Skandale immer und immer wiederholen, obwohl man sie doch vermeiden könnte? Diese Déjà-vus müssen endlich aufhören.“

„Und wie lautet Ihre Antwort?“, fragte Charlotte, den Blick noch immer auf ihren PC gerichtet. „Es ist ganz einfach wie immer: weil irgendjemand davon profitiert. Entweder finanziell oder durch Machterhalt. Deswegen wird persönliches oder kollektives Versagen nicht sanktioniert, sondern im Zweifelsfall stillschweigend hingenommen und totgeschwiegen. Erinnern Sie sich an Andreas Scheuer?“

Charlotte nickte. „Den Maut-Minister?“ „Richtig. Ein Musterfall für krasses Politikversagen. Fast 250 Millionen Euro Schaden verursacht, durch seine vor-

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

eilig unterzeichneten Verträge mit Mautgesellschaften. Wurden er oder Dritte dafür zur Rechenschaft gezogen?“

Charlotte schüttelte den Kopf. „Meines Wissens nicht.“

„Sehen Sie! Und das Verkehrsministerium meinte, dass wegen des unklar formulierten Ministergesetzes eine Haftung nicht herleitbar wäre. Und unnötige Steuergelder durch ein neues Gutachten zur Haftbarkeit lieber nicht hinausgeworfen werden sollten. Also billiger kann man kaum argumentieren. Man machte sich hier nicht einmal mehr die Mühe, das Nichthandelnwollen zu verschleiern. Sogar die Opposition blieb still. Denn wer geht schon gegen seinen Kollegen vor? Das heißt unterm Strich: Die machen was sie wollen. Und wir, die Gesellschaft, können nur zuschauen. Was wir dringend brauchen, ist die strafrechtliche Ahndung von Dilettantismus und Vetternwirtschaft. Fehler und Vergehen müssen wehtun, und zwar vor allem demjenigen, der sie verursacht.“

Charlotte suchte einen Moment nach den richtigen Worten. Dann fragte sie: „Sollten wir uns nicht vielleicht einen Vierertisch suchen, Sie und Ihre beiden Gesprächspartner, an dem wir zusammensitzen und uns weiter austauschen können?“

Die Frau nickte und lächelte aufmunternd den beiden anderen Herren zu, die das Gespräch zwischen Charlotte und ihr verfolgt hatten. Keine zwei Minuten später saßen die vier Gestrandeten einander gegenüber. Die Frau hatte sich inzwischen als Lisa vorgestellt, der Lockenkopf hieß Roland, der Vierte im Bunde Hartmut. Charlotte klappte ihren Laptop auf: „Und was schlagen Sie vor, um die Politiker in die Haftung zu nehmen? Gesetzesänderungen?“

Lisa, die offenbar einem Gedanken nachhing, brauchte einen Moment, bis sie den Inhalt der Frage realisierte. „Das wird nicht reichen. Wenn wir unsere Politiker wieder auf die Beine bringen wollen, braucht es weit mehr als neue Gesetze. Eine grundlegende Reform ist nötig. Wussten Sie, dass unsere Demokratie seit 277 Jahren nicht modernisiert wurde? Wir fliegen auf den Mond, schaffen künstliche Intelligenzen, aber werden nach Prinzipien regiert, die 1748 entwickelt wurden. 1748!“ Hartmut, der sich bislang kaum an der Diskussion beteiligt hatte, seufzte schwer. „Sie wollen jetzt aber nicht die Grundfesten der Demokratie einebnen, oder?“

Lisa schüttelte den Kopf. „Natürlich nicht. Montesquieu ging es bei der Gewaltenteilung darum, die Machtkonzentration und Willkür zu beenden. Wenn

wir Montesquieus Erbe bewahren wollen, dann müssen wir es *weiterentwickeln*, das heißt, wir müssen die Gewaltenteilung verbessern oder weiter ausbauen. Es braucht eine neue Instanz, eine Instanz der Prüfung. Eine Art neue Kammer, die von der Gesellschaft getragen wird.“

Einen Moment lang glaubte sich Charlotte im falschen Film: Noch wenige Minuten zuvor hatte sie sich über die Deutsche Bahn und den Schaffner geärgert. Doch ausgerechnet ein Lokschaaden hatte dazu geführt, sich vertiefte Gedanken über politische Entwicklungen zu machen. Und nun saß sie in eben diesem havarierten Zug mit ihr zuvor völlig fremden Leuten zusammen, die der Überzeugung waren, dass endlich etwas passieren musste. Dabei ging es ihnen bei Weitem nicht alleine um die Rettung der Demokratie in Deutschland oder der EU. Wie Charlotte beklagten auch sie etliche politische Fehlentwicklungen, Krisen und unbewältigte Herausforderungen.

„Ich habe mir vorhin notiert: ‚Die kritische Masse der Bürger muss ins Politiksystem integriert werden ...‘ Wir brauchen eine Kontrollmacht, also eine zivile Kontrollkammer. Die soll wie ein Sensor Fehlentwicklungen, Fehlverhalten und Interessenskonflikte aufspüren und für deren Behebung sorgen.“

„Das können aber derart zahnlose Tiger, wie beispielsweise der Bundesrechnungshof, Untersuchungsausschüsse oder irgendwelche Alibi-Bürgerräte keinesfalls leisten. Denn mit ihren Empfehlungen können sie nichts ändern. Die gehen der Politik am Allerwertesten vorbei“, meinte Lisa. „Egal was die empfehlen, die jeweilige Bundesregierung macht, was sie will.“

Hartmut pflichtete ihr bei: „Wenn sich die Wähler nicht ins politische Geschehen einmischen und nur alle vier oder fünf Jahre mitreden dürfen, wird nie im Sinne des Volkes entschieden. Politik braucht Konsequenz auch während der Legislaturperiode. Soll heißen: Um wirklich etwas voranbringen zu können, sollten wir den Lungenkranken nicht nur an eine Maschine hängen, sondern nach den Ursachen suchen für eine kompetente Diagnose. Und wir brauchen zügig Maßnahmen, die seinen Körper in die Lage versetzt, sich auch selbst zu heilen. Heißt: Die Kontrollkammer, wie Sie sie nennen, ist nicht nur in der Verfassung verankert, sondern darf gegen die Regierung auch eskalieren.“ Lisa verzog das Gesicht. Charlotte las darin Zweifel. „Eine schöne Vision, die Sie da schildern. Aber bevor ich Sie zum Arzt schicke: Was heißt eskalieren?“ Hartmut zählte anhand seiner Finger vor: „Eskalation könnte erstens heißen Information der Ge-

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

sellschaft; zweitens Klagerecht; drittens Gesetzesinitiativrecht und viertens die Empfehlung von Neuwahlen.“

Charlotte hackte auf die Tastatur ihres Laptops, als die elektrische Schiebetür zum Nachbarwaggon aufging. Dort herrschte, dem plötzlichen Gebrülle nach zu urteilen, offenbar ein heftiger Streit. Roland und Lisa, die zum Gang saßen, konnten nicht ausmachen, wie viele Personen daran beteiligt waren. Als aber kurz darauf der sichtlich erregte Zugbegleiter erschien, sein Kopf knallrot, war allen klar, dass es hoch hergegangen sein musste. Er lief, laut telefonierend, in den nächsten Waggon.

Schließlich fragte Charlotte, die die Geschehnisse mit ebenso großem Schrecken wie Staunen verfolgt hatte: „Weiß jemand von Ihnen, wo wir hier sind?“

Hartmut schaute auf sein Smartphone, öffnete eine App. „Gut elf Kilometer vor Falkensee. Zurück nach Berlin ist es noch weiter. Jede Flucht ist zwecklos, zumal es bald zu regnen anfängt.“

„Das sind ja tolle Aussichten.“ Der Zugbegleiter meldete sich über Lautsprecher und verkündete, dass Einsatzkräfte der Polizei auf dem Weg seien, die dafür sorgen, dass jeder Anweisung des Zugpersonals Folge geleistet werden müsse. Wer sich dem widersetze, werde festgesetzt. Im Übrigen könne er bestätigen, dass die Reparaturarbeiten am Triebwagen voranschritten, mit einer baldigen Weiterfahrt also gerechnet wird. Er rief die Reisenden auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren, und sagte, dass es unter Strafandrohung verboten sei, den Zug zu verlassen. Aus dem unteren Geschoss war nun zu vernehmen, wie einer schrie: „Der klingt ja wie zu Zeiten von Corona!“

Charlotte wandte sich wieder an Lisa: „Sie sprachen vorhin von einer Kontrollinstanz. Wie könnte die aussehen?“

Lisa griff in ihre Ledertasche, fand ihr Smartphone und gab etwas ein. „Hören Sie mal. ‚Die Ärzte‘. Das Stück heißt ‚Demokratie‘.“

Charlotte nickte, hörte, schaute ... und interpretierte den etwa vierminütigen computeranimierten Clip schließlich als einen musikalischen Aufruf an die Jugend, wählen zu gehen. „Zwar nicht mein Musikgeschmack, aber nicht schlecht.“

„Nicht schlecht? Absoluter Mist ist das!“ Lisa steckte ihr Smartphone wieder weg.

„Jetzt bin ich erneut gespannt“, meinte Charlotte fragend.

„Der Leadsänger scheint urlaubsreif zu sein, denn sonst würde er nicht im-

mer wieder mit erhobenem Finger sein Publikum auffordern, zur Wahl zu gehen. Das ist die Botschaft dieses Songs.“

„Aber der Aufruf, wählen zu gehen, ist doch nicht schlecht.“

„Die Frage ist doch: Können Wahlen überhaupt etwas ändern? Haben wir als Bürger tatsächlich die Möglichkeit, mit unseren Stimmen die Politik zu bewegen?“

Hartmut fügte hinzu: „Man warnt uns vor dem Extremismus und ruft zur Wahl auf, und wer diesem Aufruf nicht folgt, wird als Gefahr für das Land stigmatisiert. Also ich bitte Sie, wir sollen jene wieder wählen, die uns das erst alles eingebrockt haben? Wie pervers ist denn das?“ Seine Stimme konnte seine Resignation nicht verbergen.

Charlotte überlegte, lächelte in die Runde, der Blick zu Roland: „Gehen Sie wählen?“

Er schüttelte den Kopf. „Mit Wahlen ändert man doch gar nichts. Und das liegt daran, dass sich die großen Parteien kaum mehr voneinander unterscheiden. Außerdem müsste in einer echten Demokratie der Wähler nicht nur alle vier oder fünf Jahre eingreifen können, wenn etwas schief läuft, sondern permanent, und zwar nicht nur über das Verfassungsgericht. Wählen macht in meinen Augen erst dann wieder Sinn, wenn Parteien die Demokratie endlich weiterentwickeln, auch um so die bestehenden Großprobleme zu lösen. Das Denken in Legislaturperioden ist doch zu kurz gedacht.“

„Ziemlich gut informiert, dieser Roland“, dachte sich Charlotte. Denn der zählte nun ein Politdebakel nach dem anderen auf: Die gegen das Gesetz verstößende Forderung von Merkel, die Ministerpräsidentenwahl von Thüringen rückgängig zu machen. Die Drohung der letzten Innenministerin, dass „mit einem starken Staat zu tun“ bekäme, wer diesen verhöhne. Die über Jahrzehnte aufgebaute Gasabhängigkeit von Russland. Die wachsende Anzahl von 5.000 Lobbyisten in Berlin und von 30.000 *Speichelleckern* in Brüssel, die dort die Parlamente und Kommissionen beeinflussen, ganz zu schweigen von zahlreichen, keineswegs unabhängigen NGOs, die laufend Druck auf Minister und Abgeordnete ausüben. „Die haben in Berlin und Brüssel alle was zu sagen. Nur wir, die Bürger, nicht. Uns speist man mit dem Satz ‚geht wählen‘ ab. Und wehe, wir wählen dann die falschen Parteien.“

Lisa ist ratlos: „Aber welche Partei soll man denn wählen? Die, die vorgeben, die Demokratie retten zu wollen? Gefühlt habe ich schon jede Partei gewählt.“

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

Für Roland war klar, dass er nicht Steigbügelhalter sein wollte für Parteien, von denen er nicht überzeugt ist: „Die Wahl extremer Kandidaten ist das falsche Ventil.“

Hartmut wirkte unsicher, als er sagte: „Also so weitermachen wie bisher? Damit ändert man nichts, aber auch gar nichts. Selbst extreme Parteien haben ihr Gutes.“

Charlotte grätschte dazwischen: „Sie möchten also die Demokratie schleifen?“

„Nein, das wollte ich damit nicht sagen. Sie sind nicht mehr als ein Warnzeichen, auf die die etablierten Parteien reagieren sollten. Je größer ihr Zulauf, desto größer der Druck, etwas zu unternehmen. Das muss eine Demokratie vertragen können, sonst wäre sie keine.“

In Lisas Lächeln steckte Ironie: „Na, das hat ja in Holland oder jüngst in Österreich super funktioniert. Und was ist mit Frankreich? Es geht doch schon lange nicht mehr um unser Gemeinwohl oder sogar große Visionen, um uns alle fit für die Zukunft zu machen. Denen geht es immer nur um die *eigene* Klientel, um an der Macht zu bleiben.“

Hartmut: „Die Unterstützer von Protestparteien sind doch Notwehr- oder Denkmittelwähler. Man reibt sich die Augen, wer da neuerdings mitmacht. Zahnärzte, Juristen, Großunternehmer. Außerdem jene, die Deutschland seit Jahren den Rücken gekehrt haben. Plus Arbeiter und der absteigende Mittelstand sowieso.“

Lisa dazu: „Und dann kopieren die Parteien der Mitte allen Ernstes das Original. Das kann doch nicht gutgehen. Sie werden Getriebene bleiben, wenn sich fundamental nichts ändert.“

„Der Punkt ist“, antwortete Charlotte, „es gibt keine richtigen Parteien. Gäbe es sie, würden sie zulassen, dass unsere Demokratie weiterentwickelt wird. Das aber will man auf keinen Fall.“

Lisa pflichtete bei: „Die haben es sich im System gemütlich gemacht und wollen gar nichts verbessern, denn dann wäre es ja vorbei mit den eigenen Pfründen.“

Die Schiebetür des rückwärtigen Waggons öffnete sich. Charlotte wandte sich um und sah einen alten Bekannten: den Flaschensammler. Er war offenbar in Spandau in den Zug gestiegen und damit – wie alle im Zug – zwangsverpflichteter Gast der Bahn. Nun durchwühlte er die Abfallbehälter nach Brauchbarem. Als der Sammler zur Vierergruppe stieß und sie um etwas Geld bat, meinte Charlotte: „Ge-

hen Sie lieber nicht weiter. Im nächsten Waggon gab's grad fast eine Schlägerei.“

„Was bleibt mir anderes übrig?“, fragte der Mann und zeigte auf seinen erst halbvoll gefüllten Plastiksack. Charlotte griff nach ihrer Briefftasche und zog einen 10-Euro-Schein. „Bitte nehmen Sie den, wenn Sie sich dann zu uns setzen. Wir suchen gerade nach einer Lösung, vielleicht können Sie helfen?“

Der Mann dankte irritiert, nahm den Schein, steckte ihn ein und setzte sich auf den Sitz genau gegenüber. Charlotte ihm zugewandt: „Wir diskutieren gerade darüber, was passieren müsste, damit Deutschland wieder anständig regiert wird.“

„Oh mein Gott!“, sagte der Mann in schönstem Sächsisch, machte eine abwinkende Bewegung und musste laut lachen. Charlotte ließ sich davon nicht abbringen. Sie spürte sein Interesse und Neugierde und nutzte die nächsten Minuten, um ihn über den bisherigen Gesprächsverlauf aufzuklären.

Nur Momente später wanderten alle Blicke aus dem Fenster. Am Bahndamm waren Polizisten aufgetaucht. Sie fingen jeden ab, der sich auf und davon machen wollte. Ungeachtet des Umstands, dass es lebensgefährlich sein konnte, über die Gleise zu laufen, fragte sich Charlotte, ob die Polizisten auch Waffengewalt einsetzen würden, wenn sich ganze Horden aus dem Zug verabschiedeten.

„Es ist wirklich höchste Zeit, dass etwas passiert“, sagte sie, als spräche sie zu sich selbst. „Also. Wir müssen lediglich folgende Fragen beantworten: Was müsste geschehen, damit die Demokratie leistungsfähiger wird? Damit die Bürger ihre Zweifel, Anliegen und Forderungen auch während einer Legislaturperiode vorbringen und die jeweilige Regierung kontrollieren können? Was brauchen wir ganz allgemein, damit unser veraltetes Demokratiesystem den heutigen Anforderungen endlich gerecht wird?“ Charlotte suchte die Blicke ihrer Gesprächspartner. Doch die schauten eher verstohlen vor sich hin.

Einzig der Flaschensammler begann nach einer kurzen Phase des Schweigens: „Im Prinzip ist es ganz einfach ...“, wurde dann aber von der Durchsage des Schaffners unterbrochen. Der verkündete, dass nun auf beiden Seiten der Gleise Polizisten patrouillieren, „um das unrechtmäßige Entfernen der Fahrgäste aus dem Zug zu unterbinden“. Wer dem zuwiderhandelt müsse mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Lisa nickte dem sächsischen Gast der nunmehr Fünferunde aufmunternd zu. Der begann noch einmal von vorne, allerdings anders als von ihr erwartet: „Wir brauchen ein verfassungsrechtlich verankertes Gremium. ‚Verfassungs-

Charlotte – Eine Geschichte zwischen Frustration und Hoffnung

rechtlich verankert‘ muss es sein, damit es nicht von der nächsten Bundesregierung einfach wieder abgeschafft werden kann. Dieses Gremium ist mehr als ein ständiger Untersuchungsausschuss, eher eine echte Kontrollkammer, die weit mehr und auf andere Weise kontrolliert, als die Leitmedien das je konnten oder sogar sollten.

Diese Kontrollkammer fungiert wie ein Auditor oder Revisor, der der Politik Fristen zur Behebung von Beanstandungen setzt. Sie kann Fehlentwicklungen benennen, veröffentlichen, beurteilen und von der Regierung Änderungen fordern. Im Auftrag und Namen der Bürger kontrolliert es also die ausführende Staatsgewalt, fordert Rechenschaft und bringt die von den Bürgern eingereichten Anliegen ins politische Tagesgeschäft ein. Es warnt außerdem vor politischen Fehlentwicklungen und Schwachstellen, weist auf Systemverbesserungen hin und setzt somit Regierung und Parteien unter Druck, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen oder die geforderten Beanstandungen nicht beheben.

Oberste Aufgabe des Gremiums ist nicht die Gestaltung, sondern die Kontrolle der Politik. Und weil unser Gremium im Auftrag der Gesellschaft handelt, besteht es aus deren stimmrechtsmündigen Mitgliedern. Diese neue Institution wäre somit nicht nur die Schnittstelle zwischen Bürgern und Regierung, sie verschafft vielmehr dem Wählerwillen inhärent und vor allem laufend Geltung. Wie gesagt, es ist eigentlich ganz einfach. Die Frage ist einzig, mit wem kann man das umsetzen? Ehrlich gesagt, sehe ich keine Partei, die das realisieren könnte oder wollte. Denn seien wir ehrlich: Würde eine der etablierten Parteien dieses Konzept gutheißen, müssten sie an ihrer eigenen Machtrestriktion arbeiten. Und das werden sie nicht tun. Was bedeutet, es braucht ein neues politisches Angebot, das in der Lage ist, unsere gespaltene Gesellschaft wieder zu einen.“

Der Flaschensammler nickte zufrieden ob seines kleinen Vortrags und schaute aufmerksam in die Runde. Deren Teilnehmer waren jedoch allesamt sprachlos. „Was war denn das jetzt?“, war Roland der erste, der seine Worte wiederfand, während die anderen noch zwischen Ungläubigkeit und Begeisterung schwankten.

„Ja, die Juristerei war schon immer mein Ding.“ Er seufzte leicht. „Doch manchmal kommt nun mal das Leben dazwischen. Aber gar nicht schlimm, denn nur wer hinfällt, kann auch wieder aufstehen. Und auch – (er hob dabei seinen Finger) – auch Flaschensammeln ist eine absolut ehrenhafte Tätigkeit.“

Noch bevor die anderen etwas sagen konnten, entschuldigte er sich mit einem Augenzwinkern: „Ich habe also noch zu tun. Danke für alles. Und noch viel Erfolg beim Kurieren von Charlie, dem alten Franzosen!“

Die vier waren wieder unter sich, doch jeder hing noch verduzt den eigenen Gedanken nach. Bis Charlotte als erste bemerkte: „Seht mal, wir fahren wieder. Langsam, aber wir fahren.“ Sie lehnte sich zurück und schloss ihren Laptop. Der Zugbegleiter ertönte erneut, ehrliche Erleichterung in seiner Stimme. Der technische Schaden sei behoben, sagte er, sodass die Fahrt jetzt hoffentlich ohne weitere Störungen fortgesetzt werden kann. Roland und Hartmut tippten etwas in ihre Handys, während Lisa telefonierte. „Und schwups hat der Alltag uns wieder. Hat sich aber trotzdem gelohnt, diese verdammte Verspätung“, schmunzelte Charlotte in sich selbst hinein. Entspannung machte sich breit in ihr und auch ein wenig Schläfrigkeit.

Gefühlt wieder für sich allein, das vergangene Gespräch noch im Ohr, dazu das leichte Ruckeln im Zug. In nur wenigen Sekunden versetzte sie die Situation in eine Art Traumzustand. Sie sah sich in einem Saal, aber es war nicht irgendein Saal. Nein, sie war tatsächlich im Bundestag. Eine Frau trat unvermittelt ans Rednerpult. Ihre Stimme klang klar und bestimmt, als sie von etwas sprach, das sie die ‚Auditive‘ nannte – „die Auditive als neue Gewalt im Staate, getragen von nichts weniger als der Zivilgesellschaft.“

Jede der folgenden Aussagen am Rednerpult hallte in Charlottes Wahrnehmung nach wie ein Glockenschlag. Sie selbst spürte eine drängende Verpflichtung für den Kern des Vortrags. Als wäre die Auditive nicht nur ein Konzept für das Plenum, sondern eine Aufforderung an sie ganz persönlich: „Es wird Zeit, unserer Gesellschaft jene Rolle und Verantwortung zuzusprechen, die ein modernes Demokratiesystem schon so lange bedarf.“ Eine leichte Kurve brachte den Zug zum Quietschen, was Charlotte in die Realität zurückholte. Sie fühlte Erleichterung und Hoffnung zugleich, obwohl noch immer nicht ganz wach. Da knisterte in ihrer Innentasche ein Papier, an das sie sich nicht erinnern konnte, es jemals eingesteckt zu haben. Es war die Rede aus ihrem Traum, aufgeschrieben bis zum letzten Wort ...

Die Rede – Mehr als eine Vision

ANLÄSSLICH DER VERFASSUNGSÄNDERNDEN PARLAMENTSSITZUNG VOM 28. FEBRUAR 2030 WIRD DAS WORT DER VERTRETERIN EINER PARTEI ERTEILT, DIE ES HEUTE SO NOCH NICHT GIBT. DER EINZIGE TAGES-ORDNUNGSPUNKT: ÄNDERUNG DER VERFASSUNG.

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Regierung und Kolleginnen und Kollegen der Opposition!

Heute stehen wir an einem Wendepunkt unserer Geschichte, an einem Tag, der nicht nur für uns hier im Saal, sondern für die Zukunft unserer Demokratie von größter Bedeutung ist. Fünf lange Jahre hat es gedauert, um Sie und unsere Gesellschaft von der dringlichen Notwendigkeit zu überzeugen, unser Regierungssystem zu modernisieren. Statt einer Revolution haben wir uns gemeinsam für die Evolution unserer Demokratie entschieden, ganz im Sinne von Charles de Montesquieus Theorie der Gewaltenteilung. Erinnern wir uns daran, dass die Gewalten sich gegenseitig im Gleichgewicht halten sollen, damit keine Machtmonopole entstehen.

// Der Kern unserer Demokratien wurde seit 1748 nicht mehr weiterentwickelt! //

Als wir als politische Neulinge unseren Weg begannen, stellten wir uns die Frage, warum der Kern unserer westlichen Demokratiesysteme seit 1748 nicht wesentlich weiterentwickelt wurde. Mit unserer Vision, das modernste Demokratiesystem der Welt zu schaffen, betraten wir die politische Bühne und wurden kritisch beäugt. Damals war die Stimmung so aufgeheizt, dass jeder, der es wagte, das System zu hinterfragen, als regierungsfeindlich oder als Gegner der Demokratie eingestuft wurde. Man wurde ohne Zögern stigmatisiert oder öffentlich an den Pranger gestellt. Es war eine Zeit, in der unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie aufeinanderprallten und viele ihren schleichenden Abbau hinnahmen, ohne aufzubegehren oder die drängenden Fragen zu stellen, die längst überfällig

waren. Wir aber wollten uns mit aller Kraft gegen diesen Trend und die zunehmende Autokratisierung stellen. Unsere Mission war klar: „Nie wieder Autokratie!“.

// Die Entkopplung von Politik und Gesellschaft ist der Super-GAU für jedes Demokratiesystem! //

Meine Damen und Herren, Montesquieu konnte nicht ahnen, dass unsere Demokratien, so robust sie auch scheinen mögen, vor eine Herausforderung gestellt würden, die er so nicht vorhersehen konnte: die schleichende Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft, das wachsende Misstrauen und die zunehmende Frustration der Bürger, die sich immer weniger gehört fühlen. Rettungsversuche mündeten in einen politischen Flickenteppich, der selbst Ihnen hier im Saal zu bunt geworden ist. Das Regieren wurde in vielen Bundesländern nahezu unmöglich und im Bund sah es nicht besser aus. Die sogenannte Brandmauer, die dazu dienen sollte, den Extremismus einzudämmen, erwies sich nicht nur als wirkungslos, sondern fungierte vielmehr als Brandbeschleuniger.

Die wiederholten Ausrufe von Notlagen waren nichts weiter als verzweifelte Versuche, ein Feuer zu löschen, das man selbst gelegt hatte. Politische Einsichten oder Konsequenzen waren Fehlanzeige. Diese desolate Situation war das Ergebnis langjähriger Entkopplung von Politik und Bürger und der Nachlässigkeit unserer Gesellschaft, frühzeitig gegen diese Entwicklung vorzugehen. Notwendige Reformen des demokratischen Regelwerks wurden trotz Wahlen nicht umgesetzt und offensichtliches Fehlverhalten nicht geahndet. Der daraus entstandene Vertrauensverlust war verheerend und die Zustimmungswerte für unsere Demokratie sanken gefährlich. Doch statt die Ursachen des schleichenden Prozesses anzugehen, wurden die Krankheitssymptome genutzt, um gegen das System zu arbeiten.

Wir stehen heute hier, weil wir uns einer gefährlichen Entwicklung gestellt haben. Einer Entwicklung, die nicht nur unsere Demokratie untergräbt, sondern sie für alle sichtbar bekämpft. Autokratische Strukturen wurden wieder als ernstzunehmende „Lösungen“ angesehen. Ängste wurden leichtfertig geschürt, Chaos herbeigeredet oder gar provoziert – mit einem klaren Ziel: das Vertrauen der Menschen in unser demokratisches System zu erschüttern. Dabei wissen wir doch alle, wohin das führt!

Die Rede – mehr als eine Vision

Angst und Spaltung sind effektive Werkzeuge, um autokratisches Handeln zu rechtfertigen. Sie versuchen, uns den Glauben an das Gemeinwohl, an die Vielfalt, an die Freiheit zu nehmen. Wir sehen täglich wie die Kompromittierung von Kultur, Medien und auch der Justiz vorangetrieben wird. Alles Entwicklungen, die wir auf der ganzen Welt beobachten – ob in Brasilien, Ungarn, Polen, der Türkei, in den Niederlanden, Frankreich, Italien, England, den USA oder Israel. Und eben auch hier, in unserem eigenen Land. Wir sind Zeitzeugen einer Entwicklung, bei der niemand behaupten kann, er habe es nicht kommen sehen.

// Keine Demokratie übersteht auf Dauer die Spaltung der Gesellschaft! //

Meine Damen und Herren, jeder von uns wusste es. Die Demokratie muss weiterentwickelt werden. Doch es geschah ... nichts! Trotz weitsichtiger Warnungen angesehener Vertreter aus Philosophie, Wissenschaft und Politik, die nicht nur die Ursachen kannten, sondern auch um die katastrophalen Folgen wussten, blieben die Parteien stur und die Gesellschaft schwach. Neue Konzepte für eine bessere Demokratie drangen kaum durch, waren untauglich, wurden blockiert, verzögert oder so lange zermürbt, bis sie kaum noch zu erkennen waren. Offensichtlich hatten Sie alle, wie Sie hier sitzen, keinerlei Interesse daran, sich ernsthaft mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Es war eine besonders perfide Methode, wie Sie um jeden Preis versucht haben, an der Macht zu bleiben, ohne Ihr eigenes Regierungssystem auch nur im Geringsten an die Bedürfnisse unserer Gesellschaft anzupassen. Man erklärte sich selbst zur Volkspartei – egal, wo man politisch stand – und nistete sich ein in einer Koalition der sogenannten Mitte. Klar, vor Extremismus wurde stets gewarnt und man rief zur Wahl auf. Aber zur Gefahr für das Land wurde stigmatisiert, wer diesem Aufruf nicht folgte. Ängste wurden bewusst geschürt, damit jene, die unsere Demokratieschwäche zu verantworten haben, trotzdem wiedergewählt wurden. Es ist Zeit, diese Wahrheit auszusprechen.

Politischer Stillstand durch politische Mutlosigkeit war über Jahre hinweg eine beliebte Strategie zur Machterhaltung, um nicht kalkulierbaren Risiken aus dem Weg zu gehen. Bitter notwendige Reformen wurden somit versäumt. Nicht

länger dürfen wir zulassen, dass parteipolitische Machtspiele die Weiterentwicklung unserer Demokratie behindern. Es hat zu lange gedauert, bis Sie begriffen haben, dass Ihr Verhalten den Aufstieg extremistischer Parteien erst befeuerte. Die Entkopplung von Politik und Gesellschaft wurde plötzlich zur Gefahr für jene, die jahrelang davon profitierten.

Nichtwähler oder Protestwähler waren schon damals kein Zufall, keine Randerscheinung. Sie waren das grelle, unübersehbare Warnsignal! Ein Zeichen eines viel tiefer liegenden, fehlgeleiteten Demokratieverständnisses, das wir – das Sie – viel zu lange ignoriert haben. Doch was haben Sie getan? Statt ihnen zuzuhören, wurde ihr Verhalten als undemokratisch abgestempelt! Sie haben den dringend notwendigen Diskurs im Keim erstickt. Aber das, meine Damen und Herren, konnte nicht ewig so weitergehen! Erst als Ihnen bewusst wurde, dass der stetige Verlust Ihrer Wählerschaft – ich spreche von den etablierten Parteien – unaufhaltsam wurde und sich zu einem ernsthaften Problem entwickelte, mussten Sie handeln. Nicht aus Einsicht, sondern aus purer Notwendigkeit.

// Ohne Weiterentwicklung ist Wählen keine Bürgerpflicht, sondern der gesellschaftliche Bankrott! //

Die Wahldesaster in Ostdeutschland und das Überschwappen auf die anderen Bundesländer öffnete viele Augen. Das eigene Politikverständnis war ein Auslaufmodell und das Anpassen der Programmatik brachte keinen Erfolg, denn man war nicht mehr das Original, sondern rannte den extremen Parteien hinterher. Erst als Sie das erkannten, haben Sie begonnen, auf unser Konzept der weiterentwickelten Demokratie einzugehen. Sie erkannten darin Ihre einzige Chance, den Vormarsch radikaler Parteien zu stoppen. In der Not frisst der Teufel Fliegen. Und so war es! Sie mussten begreifen, dass der bloße Machterhalt kein tragfähiges Fundament mehr ist. Er war es nie! Ob es Ihnen gefällt oder nicht: Es war an der Zeit zu akzeptieren, dass Nicht-, Weiß- und Protestwähler aus einem verdammt guten Grund so handeln. Sie sind keine unbedeutende Randerscheinung, sie sind die leisen und zugleich lautesten Kritiker unserer verstaubten politischen Strukturen. Und jetzt ist es Ihre Pflicht – ja, Ihre moralische Verantwortung – endlich auf diese Menschen zu reagieren, da diese längst zur größten Fraktion im Land aufgestiegen sind!

Die Rede – mehr als eine Vision

Die Gesellschaft war müde geworden, sich einzubringen, da Wahlen keine Besserung herbeiführten, es immer alles beim Alten blieb. Das Gefühl griff um sich, dass es keinen Unterschied machte, ob man wählte oder nicht. Der Reformstau war so offensichtlich, er wurde beinahe greifbar. Wir konnten nicht länger zusehen. Wir haben reagiert, denn wir wussten: Wenn wir die Demokratie nicht erneuern und sie resilienter machen, werden wir gemeinsam scheitern. Es ist nicht genug, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Es ist nicht genug, wenn die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger nach der Wahl verstummen und Konsequenzen während der Legislaturperiode ausbleiben.

// Das Versagen der politischen Kontrolle ist der Grund, die Vierte Gewalt neu zu denken! //

Früher gab es einen Kodex, der an das politische Gewissen und Verantwortungsgefühl appellierte. Wo sind diese Tugenden geblieben? Politisches Fehlverhalten wurde nicht mehr rechtzeitig erkannt, geschweige denn angemessen geahndet. Die Regierung, das Parlament, gesellschaftliche Institutionen, selbst die relevanten Medien als sogenannte Vierte Gewalt – sie alle schauten weg oder wurden zahnlos. Die Interessenskonflikte in unserem politischen System blieben ungelöst. Es war, als hätte man das Grundgesetz in Stein gemeißelt und für unantastbar erklärt. Doch genau das war der Fehler: Nichts ist unantastbar, wenn es der Demokratie im Wege steht! Das zu erkennen, war der erste Schritt zur Frage: Wie kann die Gewaltenteilung neu organisiert werden? Die Modernisierung unserer Demokratie war endlich kein Randthema mehr. Sondern in den Köpfen und der Politik angekommen.

Wir haben unser Konzept auf einem einfachen Ursache-Wirkungs-Prinzip aufgebaut: Vertrauen kann nur durch Kontrolle wiederhergestellt werden. Verlorenes Vertrauen kann nur derjenige zurückgewinnen, der selbst unmittelbar und prüfend eingreifen kann. Die Gesellschaft übernimmt somit eine zentrale Rolle zwischen Erkenntnisgewinn und Problembewältigung. Aber: Es handelt sich hierbei nicht um Gestaltungsmacht, sondern um Kontrollgewalt. Diese Unterscheidung ist wesentlich, um die Grundarchitektur unseres indirekten Demokratiesystems und die bestehende Gewaltenteilung nicht zu beeinträchtigen. Doch wir

sind ebenso zur Überzeugung gelangt, dass eine Vierte Gewalt, entgegen früheren Ansichten, verfassungsrechtlich verankert und neu von der Zivilgesellschaft getragen werden sollte.

// Nur mit wirkungsvoller Kontrolle über die Politik lässt sich Vertrauen zurückgewinnen! //

Es ist von zentraler Bedeutung, die Kontrolleure selbst zu überwachen, um ihre einwandfreie Funktion sicherzustellen. Das ist keineswegs außergewöhnlich, sondern in der Wirtschaft schon lange gängige Praxis. Selbst Wirtschaftsprüfer werden durch eine unabhängige Prüfbehörde kontrolliert, was dem ganzen System spürbar mehr Sicherheit gibt. Oder nehmen Sie die Flugindustrie. Wirklich jeder Zwischenfall ist Anlass und Chance, die Fliegerei sicherer zu machen. Im Gegensatz dazu haben politische Skandale selten dazu geführt, dass das System verbessert wurde. Immer wieder hat man im übertragenen Sinne das fehlerhafte Bauteil wieder eingebaut, still und leise, und nicht selten mit Hilfe der Opposition.

Unser Lösungskonzept sah vor, das bestehende Demokratiesystem so zu ergänzen, dass es sich durch maximale Transparenz selbstständig weiterentwickeln wird. Fehlentwicklungen in der Politik werden nun frühzeitig erkannt und den Bürgern wird die Möglichkeit gegeben, schnell und direkt mit der notwendigen Eskalationskraft einzugreifen. Nur erneuerte Demokratiestrukturen schaffen die Grundlage, um die bestehenden Vorbehalte gegenüber politischen Großprojekten wie z. B. der Einigung Europas oder anderen tiefgreifenden Reformen abzubauen. Wir suchten lange einen geeigneten Namen, der das „prüfende Hören der Zivilgesellschaft“ im Verfassungsrang widerspiegeln konnte. Dieser Name musste sprachlich und in einem Atemzug zu den bestehenden Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative passen und die Funktion der Kontrolle betonen. Es war schließlich ein noch unverbrauchter Begriff, den wir mit neuem Inhalt füllen konnten: die Auditive.

Die Auditive soll selbstregelnd die Gewaltenteilung kontrollieren und absichern. Damit übernimmt sie die Funktion, die bislang zumindest indirekt die Medien oder der öffentliche Diskurs innehatten – die beide aber dazu schon lange nicht mehr in der Lage waren. Die Auditive basiert auf dem Steuerungsprinzip von

Die Rede – mehr als eine Vision

Regelkreisläufen, um Risiken zu identifizieren und Abweichungen in geeigneter Weise zu behandeln. Durch die Verbindung ziviler Kontrolle mit dem erweiterten Rollenverständnis in Person des Bundespräsidenten, die Demokratie zu schützen und von der Gesellschaft festgestellte Missstände zu beheben, soll unser demokratisches System kontinuierlich und nachhaltig weiterentwickelt werden.

Dabei werden allgemein anerkannte gesellschaftliche Standards und Moralvorstellungen, die über Parteigrenzen hinweg gelten, als Zielgröße festgelegt und regelmäßig überprüft. Wohl gemerkt, es geht dabei nicht darum, in das politische Tagesgeschäft einzugreifen. Es geht vielmehr um das Feststellen, Empfehlen, Fristensetzen und ja, auch um die sogenannte „Eskalation“. Damit soll politisches Fehlverhalten unterbunden und frühzeitig erkannt werden. Und um der Zivilgesellschaft uneingeschränkte Prüfkompetenz zu gewährleisten, haben wir frühzeitig die verfassungsrechtliche Verankerung der Auditive gefordert.

Das Herzstück der Auditive ist die zivile Prüfkammer, das sogenannte Auditorium, oder noch griffiger: der Sensor. Die Mitglieder dieser Kammer sind parteilos und werden direkt durch Los und Nennungen der Gesellschaft ermittelt. Ihre Hauptaufgaben bestehen darin, Prüffelder zu definieren, Prüfhandlungen durch Fachspezialisten zu veranlassen, die Prüfergebnisse zu beurteilen und letztlich die Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen. Werden diese Mängel nicht oder nur unzureichend behoben, nutzt das Auditorium sein Eskalationsrecht. Dieses ist vielseitig und effektiv in seiner Wirkung. Es umfasst die Veröffentlichung von Mängeln oder mangelnder Kooperation, das Rügen von Fehlverhalten, die Einreichung von Klagen, das Einbringen von Gesetzesvorschlägen (Gesetzesinitiativrecht) oder – als Ultima Ratio – die Empfehlung von Neuwahlen. Der Bundespräsident entscheidet, ob er diesen Empfehlungen folgt.

// Die Auditive, das prüfende Hören der Zivilgesellschaft im Verfassungsrang! //

Die Auditive ermöglicht somit der Gesellschaft den direkten Zugang zu relevanten Informationen und Erkenntnissen, um existierende Zweifel entweder auszuräumen oder zu bestätigen. Die Auditive fördert den politischen Diskurs und beschleunigt den effektiven Informationsaustausch zwischen Politik und

Gesellschaft. Vor allem in Notsituationen ist das ein großer Vorteil, ebenso sensibilisiert und mobilisiert sie damit die Gesellschaft. Auf diese Weise wird der politische Elfenbeinturm aufgebrochen sowie der Selbstreinigungsprozess und die Leistungssteigerung unseres Demokratiesystems wieder in Gang gesetzt.

/// Für uns alle soll das Demokratiesystem nicht nur überleben, es soll gedeihen! ///

Genau heute haben wir die Chance, das modernste Demokratiesystem der Welt in Deutschland zu etablieren, in dem Nichtwähler wieder zur Urne gehen und Protestwähler der Vergangenheit angehören. Wer sich aus der „classe politique“ dennoch dagegen entscheidet, profitiert offensichtlich vom noch aktuellen Status Quo. Die Botschaft der Wählerinnen und Wähler an uns alle ist klar und unmissverständlich: Sie wollen ihr gesellschaftliches Engagement und ihre politische Teilhabe endlich optimal umsetzen. Wer sich gegen die Auditivität entscheidet, stimmt demnach gegen uns alle! Das prüfende Ohr der Zivilgesellschaft ist unsere Antwort auf die Krise des Vertrauens, an der immer mehr Demokratien zu ersticken drohen. Bringen wir also den Mut auf, aus unseren Erkenntnissen zu lernen, um den Weg für innovative Lösungen freizumachen. Die Auditivität wird sicherstellen, dass unsere Demokratie nicht nur überlebt, sondern sogar gedeiht, dass die Bürger nicht nur Wähler sind, sondern aktive Hüter eines ausgewogenen partizipativen Systems.

Wenn Sie heute zur Abstimmung schreiten, denken Sie daran: Es geht nicht nur um einen weiteren Artikel im Grundgesetz. Es geht um unsere Zukunft! Wir haben die Wahl, ob wir das Fundament für eine stärkere Demokratie bauen oder zulassen, dass die Gräben in Deutschland weiter aufbrechen.

Nutzen Sie die Chance, Geschichte zu schreiben. Sie können zeigen, dass Demokratie kein starres System ist, das nur auf Krisen reagiert, sondern ein lebendiger Organismus, der den Herausforderungen der Neuzeit gewachsen ist. Heute ist wohl die größte Gelegenheit, der Welt zu beweisen, dass wir aus den Fehlern unserer Geschichte gelernt haben. Lassen Sie uns gemeinsam die Auditivität ins Leben rufen, als Zeichen unserer Entschlossenheit, weiterhin in einer selbstbestimmten, freien und nachhaltigen Welt leben zu wollen. Damit „Nie wieder“ endlich gelingt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Demokratieverversagen – Diagnose, Thesen und Erkenntnisse

- 63 KERNTHESEN
- 65 VORGEHENSWEISE
- 66 SUPER-GAU-ENTKOPPLUNG
- 69 GESELLSCHAFT OHNE SAFT UND KRAFT
- 70 WARUM TRANSFORMATION VERSAGT
- 72 WO STEHEN WIR IM ZERFALLSPROZESS
- 73 SELBSTERKENNTNIS UND HANDLUNGSBEDARF
- 74 EINBAU VON SCHUTZMECHANISMEN
- 76 VORBILD FLUGZEUGINDUSTRIE

„Eine Demokratie ist immer auf dem Wege zu sich selbst. Sie ist nie fertig.“ Walter Scheel, Deutscher Bundespräsident 1974–1979

DAS MODERNSTE DEMOKRATIESYSTEM DER WELT GRÜNDET AUF DER ÜBERZEUGUNG, DASS DIE INDIREKTE BZW. REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE DIE EFFIZIENTESTE FORM DER DEMOKRATISCHEN REGIERUNGSFÜHRUNG IST. SIE ZU VERBESSERN, STEHT IM MITTELPUNKT DIESES BUCHES UND ZIELT DARAUF AB, DAS VERTRAUEN IN POLITIK WIEDERHERZUSTELLEN. ES BAUT AUF DEN FOLGENDEN KERNTHESEN AUF:

Thesen der Ursachenebene

UNSERE POLITIKER SIND NUR SO GUT wie das System, in dem sie wirken bzw. das wir ihnen geben. Sie sind anpassungsfähig und opportunistisch, wenn es darum geht, unser veraltetes Demokratiesystem zu ihrem eigenen Vorteil oder zum Vorteil ihrer Partei zu nutzen.

SOWOHL DIE PARLAMENTARISCHEN als auch die außerparlamentarischen Kontrolleinrichtungen erfüllen ihre Funktion nur unzureichend oder versagen komplett.

POLITIK UND GESELLSCHAFT entfernen sich zunehmend voneinander. Das zentrale Problem liegt im System selbst, das eine solche Entkopplung zulässt.

DIE RÜCKKOPPLUNGS- UND Korrektivprozesse innerhalb und zwischen den Parteien sowie zwischen Politik und Gesellschaft sind hochgradig gestört.

Thesen der Lösungsebene

UM DEM VERTRAUENSVERLUST entgegenzutreten, sind Transparenz, Bürgernähe und die Stärkung der Partizipation notwendig.

REGIERUNGEN MÜSSEN MITTELS klarer Rechenschaftspflicht nachweisen, dass sie effizient und effektiv im Interesse ihrer Bürger handeln.

VERTRAUEN KANN NUR durch Kontrolle zurückgewonnen werden. Die Bürger müssen ihre Zweifel und ihr Misstrauen gegenüber der Poli-

tik selbst angehen und, wenn nötig, aktiv eingreifen können. Dies aber ohne die Gewaltenteilung – den Kern jeder Demokratie – zu gefährden.

NÖTIG IST DAFÜR EIN NEUES, stärkeres Regelwerk, das die Handlungsfähigkeit der Bürger bzw. der Gesellschaft stärkt. Mit der Einführung der Vierten Gewalt, einer neuen Kammer als unabhängige Prüfeinrichtung, wird künftiges Kontrollversagen verhindert.

„Demokratien zerbrechen am Zweifel. Diesen auszuräumen, gilt unsere volle Aufmerksamkeit.“

WER ÜBER DIE MODERNISIERUNG UNSERER DEMOKRATIE NACHDENKT, FRAGT SICH ZWANGSLÄUFIG: WELCHE RISIKEN BEDROHEN UNSER REGIERUNGSSYSTEM, UND WELCHE PROBLEME SCHAFFT DAS SYSTEM SELBST?

Welche systemischen Anforderungen müssen in einer pluralistischen Gesellschaft voller Interessensgegensätze erfüllt und wie können politische Großprojekte effektiver umgesetzt werden? Wie entstehen zukunftsfähige Visionen in einer Gesellschaft so vielfältig wie die unsere?

Die Antworten auf diese Fragen zeigen, wie ein modernes Demokratiesystem aussehen könnte bzw. ob und wie die Gewaltenteilung evolutionär weiterentwickelt werden sollte. Es geht um den Kern unserer Herrschaftsform. So wie einst Charles de Montesquieu den Machtmissbrauch des Staates zu seinem Thema machte, geht es heute darum, dem schleichenden Demokratieversagen entgegenzutreten. Die Vorgehensweise ist klar zielgerichtet: Es geht um die Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Demokratie und um die Frage, wie unsere Bevölkerung das Vertrauen in die Politik zurückgewinnen kann. Denn am Ende ist nur diejenige Gesellschaft fähig, die enormen Herausforderungen der Neuzeit zu bewältigen, die fest und mit Überzeugung hinter ihren Institutionen steht.

„Wie kann es sein, dass der Kern unserer Demokratien seit 1748 nicht mehr weiterentwickelt wurde?“

UNSERE DEMOKRATIE STECKT SEIT GERAUMER ZEIT IN EINER SCHWEREN EXISTENZKRISE, VERDEUTLICHT DURCH DIE WACHSENDE ENTKOPPLUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT. ES GIBT MEHRERE ARGUMENTE UND HINWEISE DAFÜR, WIE UND WARUM SICH DAS SYSTEM ZUNEHMEND VON DEN BÜRGERN ENTFERNT:

STEIGENDER VERTRAUENSVERLUST in Politik und ihre Institutionen: Viele Bürger haben das Gefühl, dass Politiker vorrangig eigene Interessen oder die Interessen einer wirtschaftlichen Elite vertreten, anstatt die Bedürfnisse der Gesellschaft als Ganzes. Umfragen zeigen weltweit sinkende Vertrauenswerte in Regierungen und Parlamente.

GERINGE WAHLBETEILIGUNG und politischer Rückzug: Ein weiteres Merkmal für die Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft ist die sinkende Wahlbeteiligung. Ein großer Anteil unserer Bevölkerung gehört mittlerweile zur Gruppe der Nichtwähler. Viele glauben, dass ihre Stimme keinen Einfluss auf politische Entscheidungen hat und dass Politiker primär den Interessen bestimmter Gruppen folgen.

STARKES MISSTRAUEN gegenüber den Stützen des Systems: Das Vertrauen in zentrale Institutionen wie Justiz, Behörden und Medien sinkt. Es erzeugt eine klare Misstrauensdynamik, wenn Bürger zunehmend an der Objektivität der Medien zweifeln oder die Justiz als intransparent und damit nicht unabhängig wahrnehmen.

WACHSENDE POLARISIERUNG, FILTERBLASEN und die entkoppelnde Wirkung sozialer Netzwerke: Soziale Medien und andere Echokammern heben die politische Polarisierung auf ein neues Niveau und erschweren gleichzeitig die direkte Kommunikation zwischen Bürgern unterschiedlicher politischer Farben. Der öffentliche Diskurs kommt zunehmend zum Erliegen.

ZUNAHME VON POPULISMUS Populistische Bewegungen nutzen die Unzufriedenheit vieler Menschen, um das Vertrauen in demokratische Institutionen weiter zu untergraben. Sie stellen die Legitimität bestehender Strukturen infrage und propagieren einfache Lösungen für komplexe Probleme. Ihr Ziel ist die Destabilisierung der Demokratie.

MANGELNDE BÜRGERNÄHE und Partizipationsmöglichkeiten: Für viele Bürger gehört es zur gefühlten Wahrheit, im politischen System nicht gehört zu werden, also ohne echte Mitgestaltungsmöglichkeiten zu sein. Dies führt zu Resignation und trifft sogar auf lokaler Ebene zu.

WACHSENDER EINFLUSS wirtschaftlicher Interessen: Viele Bürger verärgert, dass politische Entscheidungen immer wieder durch wirtschaftliche Interessensgruppen (Lobbyismus) gesteuert werden. Das stellt die Unabhängigkeit gewählter Vertreter infrage und verstärkt das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den sogenannten Eliten.

HÄUFUNG VON KORRUPTION und politisches Versagen: Untersuchungen zeigen, dass Korruption und mangelnde Konsequenzen für politisches Fehlverhalten das Vertrauen in die Demokratie zerstören. Besonders eindrücklich trat das durch Fälle zutage, die während oder nach der Pandemie öffentlich wurden.

POLITISCHER STILLSTAND Werden (zu) lange keine weitreichenden Gesetze verabschiedet oder dringende Reformen umgesetzt, deutet dies auf legislative Blockaden hin. Solcher Stillstand lässt darauf schließen, dass die Akteure verschiedener Parteien Lösungen nicht aus inhaltlichen, sondern aus ideologischen oder machttaktischen Gründen ablehnen, verzögern oder blockieren.

ZUNEHMENDE POLARISATION der Parteien: Die abnehmende Kompromissbereitschaft zwischen politischen Lagern führt neben Stillstand zum fatalen Eindruck der Bürger, den Staat als Parteienstaat wahrzunehmen, dem die Anliegen der Gesellschaft egal sind.

MANGELNDE UMSETZUNG von Wahlversprechen: Versäumen Parteien durch interne Streitigkeiten oder äußere Einflüsse die Erfüllung

ihrer Regierungsvorhaben, zeugt das von politischer Inkompetenz und Handlungsunfähigkeit.

FRAGWÜRDIGE PRODUKTIVITÄT von Untersuchungsausschüssen und Arbeitsgruppen: Ziehen sich Ausschüsse zu sehr in die Länge, zeigen im Verlauf zu wenig Transparenz und leiden im Abschluss an für die Öffentlichkeit unverständlichen Ergebnissen (oder decken sogar Fehlverhalten), signalisiert das weiteren Reformbedarf. Beispiele sind hier der NSU-Komplex, das Pkw-Mautdebakel oder der bislang ausstehende Corona-Untersuchungsausschuss.

ZUNEHMENDE Verfassungsbeschwerden und Klagen im politischen Kontext: Immer mehr Bürger und gesellschaftliche Einrichtungen klagen gegen Entscheidungen, weil Ministerien ihre Kompetenzen überschreiten. Statt in den vorgesehenen politischen Diskurs zu gehen, verlassen die Politiker zunehmend den vereinbarten Wertekanon oder sogar den gesetzlichen Rahmen, um ihre Ziele zu erreichen. Beispiele sind der verfassungswidrige Bundeshaushalt 2024 oder zahlreiche Umweltklagen.

Dies sind nur die offensichtlichen Symptome, wie politische Institutionen und ihre Akteure mit fehlerhaften, scheinbar demokratischen Prozessen das Vertrauen der Bürger verspielen und damit den Zerfall des Gemeinwesens in Kauf nehmen.

„Die Unfähigkeit, der Entkoppelung von Politik und Gesellschaft entgegenzutreten, ist der Pate des heutigen Extremismus.“

DIE BEREITS BESCHRIEBENEN, OFFENSICHTLICHEN SCHWÄCHEN UNSERES POLITISCHEN SYSTEMS UND DIE DAMIT EINHERGEHENDEN VORBEHALTE SPALTEN UNSERE GESELLSCHAFT.

Dabei sind immer mehr Menschen nicht mehr bereit, diese Defizite hinzunehmen. Einige fordern endlich Reformen, weil ihre Ansprüche an eine konstruktive Demokratie das nahelegen und sie den schleichenden Zerfall der Gesellschaft befürchten – dennoch bleiben sie passiv. Andere betrachten Warnungen vor einer Systemkrise als überzogen und setzen auf die vermeintliche Stabilität der Institutionen.

Es gibt auch jene, die die Erosion der Demokratie begrüßen, weil sie davon zu profitieren glauben, oder aber sie resignieren, da sie für Reformbemühungen keine eigenen Opfer bringen möchten. Eine wachsende Anzahl von Menschen betrachtet sogar autokratische Strukturen als akzeptable Lösung und ist bereit, grundlegende Prinzipien unseres Staates aufzugeben, anstatt sie zu modernisieren. Ironischerweise verfolgen alle ein gemeinsames Ziel: die Überwindung der aktuellen politischen Verbitterung. Nur wie kann das gelingen?

Schauen wir – wie paralysiert – weiterhin zu, wie unsere Demokratie geschliffen und zerstört wird, oder sollten wir sie doch lieber erneuern und ertüchtigen? Derzeit scheint ersteres mehr und mehr salonfähig zu sein, gut abzulesen an Staaten wie Brasilien, Ungarn, Polen, Türkei, Niederlande, Frankreich, Italien, England, USA, Israel oder in Anfängen sogar bei uns, in Deutschland.

„Keine Demokratie der Welt kann auf Dauer die hohe Unzufriedenheit überleben, die durch die Spaltung der Gesellschaft entsteht.“

WAS UNTERNEHMEN DIEJENIGEN, DIE DAS DEMOKRATISCHE SYSTEM FIT MACHEN WOLLEN? FIT FÜR EINE KOMPLEXER WERDENDE WELT? SIE SCHEITERN SOWOHL AM WIDERSTAND DER POLITISCHEN KLASSE ALS AUCH AN STRUKTURELLEN, INSTITUTIONELLEN UND MACHPOLITISCHEN FAKTOREN:

SELBSTSCHUTZ DER MACHTHABER Politiker und Regierungen wollen ihre Macht und Position sichern. Reformen der bestehenden Strukturen und eine stärkere Kontrolle durch die Gesellschaft nehmen sie als persönliche Bedrohung wahr.

INTERESSENSKONFLIKTE Ein arbeitsteiliger Prozess zwischen Gesellschaft und Politik würde die Bürger stärken. Dies entspricht jedoch nicht den Eigeninteressen der politischen Akteure.

WIDERSTAND GEGEN KONTROLLMECHANISMEN Politiker und Parteien betrachten unabhängige Prüfinstitutionen, Kontrollinstanzen oder auch direkte Bürgerbeteiligungen als Einschränkung ihres Mandats.

FEHLENDE ANREIZE FÜR POLITISCHE AKTEURE Politiker agieren in begrenzten Wahlzyklen, oft ausgerichtet auf kurzfristige Erfolge. Echte Transformationsprozesse bieten jedoch keine schnellen, greifbaren politischen Gewinne, sondern erfordern längere Zeiträume und brauchen verlässliche gesellschaftliche Zusammenarbeit.

FEHLENDE RECHENSCHAFTSPFLICHT In politischen Systemen, in denen Fehlentscheidungen oder teure Ineffizienz unzureichend verfolgt werden, mangelt es an Druck, strukturelle Veränderungen durchzuführen, die dauerhaft positiv spürbar sind.

KOMPLEXITÄT VON REFORMEN Reformprozesse auf Staatsebene sind extrem komplexe Vorhaben und damit inhärent mit vielen Problemen und Risiken für alle Beteiligten behaftet. Oft verwässern oder vermeiden Regierungen solche Vorhaben, weil sie Unzufriedenheit oder Widerstände befürchten.

MANGELNDE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATION Ist die (Zivil-)Gesellschaft nicht gut organisiert und vertritt ihre Interessen nicht geschlossen, fehlt der Druck auf die Politik, um strukturelle Veränderungen anzustoßen.

MANIPULATION DURCH ELITEN Einzelne Akteure aus Politik, Wirtschaft und Medien fördern und nutzen Spaltungs- und Fragmentierungstendenzen, um Transformationsprozesse zu verhindern.

Die Arbeitsteilung zwischen Politik und Gesellschaft scheitert oft am Unwillen der politischen Klasse, Macht abzugeben – in der Regel aber auch am fehlenden gesellschaftlichen Druck sowie einer professionellen Organisation, dies auch einzufordern. Es bedarf einer neuen Kooperationsform, die es der Gesellschaft ermöglicht, den Transformationsdruck zu erhöhen bzw. zu beschleunigen, um die Modernisierung unseres Demokratiesystems voranzutreiben.

„Das Versagen der politischen Kontrolle ist der Grund, die Vierte Gewalt neu zu denken.“

DER ZERFALLSPROZESS VON DEMOKRATISCHEN STRUKTUREN LÄSST SICH STUFENWEISE NACHVOLLZIEHEN UND LÄSST KLAR ERKENNEN, AUF WELCHER STUFE WIR (AKTUELL) STEHEN. IDEALTYPISCH KANN ER FOLGENDERMASSEN ABLAUFEN:

Stufe 1

GESELLSCHAFTLICHER UNMUT UND REAKTION Auf kurzfristige politische Unzufriedenheit reagieren Bürger meist mit Diskursen, Demonstrationen, Initiativen oder neuen Wahlpräferenzen.

Stufe 2

ZUNEHMENDER WIDERSTAND Bleibt die Situation unverändert oder verschärft sich, folgen (General-)Streiks, ziviler Ungehorsam bis hin zur Bildung extremistischer Gruppen.

Stufe 3

SCHLEICHENDE ENTFREMDUNG Manifestiert sich die dauerhafte Entkopplung der Politik von den Interessen der Gesellschaft, reagieren viele Bürger mit dem Rückzug aus demokratischen Prozessen, z. B. indem sie nicht oder extreme Parteien wählen.

Stufe 4

ZERSTÖRUNG DER DEMOKRATIE AUS DEM INNEREN Besonders gefährlich wird die Dynamik, wenn politische Mehrheiten vordergründig demokratische Strukturen retten wollen, im Hintergrund die Schwächung des Systems aber gezielt betreiben.

Stufe 5

ZERSTÖRUNG DER DEMOKRATISCHEN STRUKTUREN VON AUSSEN Sinkt das Vertrauen der Bürger in die Institutionen zu stark, steigt die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Protesten. Der Sturm auf das US-Kapitol oder auf das Regierungsgelände in Brasilien sind Zeichen solcher Entwicklungen.

„Macht bedarf stets einer robusten Einhegung.“

Rainer Mausfeld, Prof. em. für Psychologie an der Universität Kiel

NICHTWÄHLER UND PROTESTWÄHLER WERDEN STIGMATISIERT, ANSTATT IHRE BOTSCHAFT ERNST ZU NEHMEN. SIE SIND WEDER ZUFALL NOCH EINE UNBEDEUTENDE RANDERSCHENUNG.

Sie sind die stummen und zugleich die lautesten Kritiker unseres derzeitigen Demokratiesystems – ein unüberhörbares Warnsignal. Doch statt auf sie zuzugehen, werden sie übergangen und ihr Verhalten als undemokratisch kritisiert. Dabei sind sie inzwischen zur größten Fraktion in unserem Lande aufgestiegen.

Politisch verantwortlich für die aktuellen Probleme sind die etablierten Parteien. Dabei nutzen sie den aufkommenden Extremismus zu oft als Angstbild und Mahnung an die Bürger, sie erneut zu wählen. Dieser Kreislauf wird die strukturellen Defizite unserer Demokratie aber nicht heilen, sondern sie stattdessen weiter befördern. Diesen Zusammenhang muss die Gesellschaft erkennen. Sie braucht ein neues politisches Angebot, um die Leistungsfähigkeit unseres Systems zu verbessern.

In der Demokratie geht alle Macht vom Volke aus. Doch wie soll und kann eine Gesellschaft dieser Rolle gerecht werden, wenn der Diskurs versiegt und kein ausreichender politischer Druck erzeugt werden kann. Wenn Fake News, Cancel Culture und manipulative Meinungsmache allgegenwärtig sind und die kommunikative Öffentlichkeit vergiften?

Wenn gesellschaftliche Initiativen und Interventionen immer wieder ins Leere laufen und Wahlen keine spürbaren Veränderungen bewirken, dann wird die Demokratie zur Farce. Was muss also geschehen, damit die Bürger ihre volle Kontrollfunktion wahrnehmen können, um ihnen somit das Mitspracherecht und das Mandat zu geben, das ihnen als Souverän zusteht?

„Das schleichende Versagen unserer Demokratiesysteme schreit zum Himmel.“

IN DER WIRTSCHAFT WERDEN NEGATIVE EXTERNE EFFEKTE (Z.B. UMWELTVERSCHMUTZUNG) DURCH INSTRUMENTE WIE STEUERN, SUBVENTIONEN ODER REGULIERUNGEN IN ABLAUFPROZESSE EINGEFÜGT, UM AN DIESER STELLE EIN MÖGLICHES MARKTVERSAGEN ZU VERHINDERN. DIESES ETABLIERTE KONZEPT DER „INTERNALISIERUNG“ LÄSST SICH AUCH AUF DAS DEMOKRATISCHE SYSTEM ÜBERTRAGEN, SODASS DIE KOSTEN (Z. B. STEIGENDES MISSTRAUEN) SICHTBAR WERDEN, DIE DURCH DIE ENTKOPPLUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT ENTSTEHEN. GEGENMASSNAHMEN WÄREN HIER TRANSPARENZGEBOTE ODER EVALUIERUNGEN DER GESELLSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN VON POLITIK.

Die gesellschaftlichen und politischen Belastungen und sogar der Demokratiezerfall selbst lassen sich durch Internalisierungen also neutralisieren, wenn geeignete neue Akteure, Institutionen und Funktionen in das politische System integriert werden. Ziel ist die Identifikation von Defiziten sowie deren Bekämpfung mit entsprechenden Maßnahmen. Setzt man Demokratieversagen mit Kontrollversagen gleich, sind folgende Instrumente zu dessen Behebung geboten:

RECHENSCHAFTSPFLICHT UND VERANTWORTUNG Einführung von Mechanismen, um Korruption, Machtmissbrauch oder ineffiziente Entscheidungen zu identifizieren, zu dokumentieren und zu ahnden. Dazu gehören auch strengere Regelungen für Lobbyisten, Parteien und Regierungen.

TRANSPARENZGEBOT Verankerung von Mechanismen zur unabhängigen Prüfung politischer Prozesse und Entscheidungen, ähnlich den Standards in Unternehmen. Schaffung eines „gesellschaftlichen Kontrollorgans“, ähnlich einer institutionellen Vierten Gewalt, das demokratische Prozesse überwacht und Fehlverhalten und -entwicklungen frühzeitig aufzeigt.

SETZEN VON STANDARDS Einführung von Qualitätsgrundsätzen für politische Kommunikation und Prozesse, um bessere gesellschaftspolitische Entscheidungen für zukünftige Generationen zu gewährleisten.

GESELLSCHAFTLICHE BETEILIGUNG Stärkere Einbindung der Bürger durch transparente Verfahren, Volksabstimmungen oder neue Diskussionsforen. Dadurch Reduktion der „Kostenlast“ demokratischer Defizite, z. B. Frustration, Apathie oder Abwehrhaltung.

BILDUNG UND AUFKLÄRUNG Förderung von breiterer politischer Kompetenz der Bürger, um deren politische Manipulation zu erschweren und sie im Gegenteil mit Bildung zu ertüchtigen, Missstände früh zu erkennen und darauf angemessen reagieren zu können.

Wenn politische Akteure die Konsequenzen ihres Handelns direkt und persönlich tragen, steigt die Qualität ihrer Entscheidungen. Zudem sollten die Bürger wieder stärker in den Prozess eingebunden werden. Dies zielt darauf ab, die externen Kosten von Demokratieversagen wieder zu reduzieren, indem Verantwortung, Transparenz und Kontrolle im Mittelpunkt stehen – nur das schafft Vertrauen.

„Warum wird in der Politik immer wieder das fehlerhafte Bauteil eingebaut?“

WARUM GILT DAS FLUGZEUG ALS SICHERSTES VERKEHRSMITTEL DER WELT? WEIL JEDES MAL, WENN EIN ZWISCHENFALL ODER UNGLÜCK PASSIERT, DIE URSACHEN GRÜNDLICH UNTERSUCHT WERDEN.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse führen zu einem klaren Korrektur- und Maßnahmenkatalog für die entsprechenden Teile und Materialien sowie die Einbau- und Wartungsprozesse. All das zielt darauf ab, ähnliche Ereignisse für die Zukunft bestmöglich auszuschließen.

In der Regel resultiert diese absolute Konsequenz (bzgl. Diagnose und Umsetzung der Erkenntnisse) in der Einführung neuer, verpflichtender Standards für den Bau und den Betrieb von Flugzeugen weltweit. Diese Standards werden äußerst streng überwacht, von allen seriösen Fluggesellschaften peinlich genau befolgt und zudem regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft, um die Sicherheit für ihre Passagiere auf höchstem Niveau zu gewährleisten.

Warum erleben wir diesen Regelkreislauf nicht in der Politik? Mit einem ähnlichen System, das sich selbstständig weiterentwickelt? Ist die Demokratie mit ihren Bürgern etwa weniger wichtig als die Passagiere in den Flugzeugen? Wie schaffen wir es, die Institutionen vor Bedrohungen zu schützen, Inkompetenzen in den Parteien zu sanktionieren, politische Prozesse zu beschleunigen und einen gleichsam offenen, ehrlichen und verbindlichen Diskurs zwischen allen Akteuren zu fördern?

Die bestehende Gewaltenteilung aus Legislative, Exekutive und Judikative steht keinesfalls infrage. Dennoch lässt sie sich stärken. Durch eine weitere, eine vierte Gewalt. Eine sogenannte zivile Kontrollgewalt als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft.

Die Auditive – Der Regelkreislauf moderner Demokratie

- 79 BEGRIFF AUDITIVE
- 80 WESEN DER AUDITIVE
- 81 NUTZEN DER AUDITIVE
- 83 ERFOLGSFAKTOREN DER AUDITIVE
- 84 GRENZEN DER AUDITIVE
- 85 AUFBAU DER AUDITIVE
- 86 FUNKTIONEN DER AUDITIVE
- 87 AUDITIVE – POLITISCHE VERANKERUNG IM SYSTEM
- 91 GESELLSCHAFTLICHE STEUERUNG – REGELKREIS

//
 Die prüfende
 Kontrollgewalt ist
 die logische
 Antwort auf das
 Demokratieversagen.
 //

DAS LÖSUNGSKONZEPT BRAUCHTE EINEN NAMEN, DER DAS GRUNDPRINZIP, DAS PRÜFENDE HÖREN DER GESELLSCHAFT – ANGESIEDELT IM VERFASSUNGSRANG –, WIDERSPIEGELT.

Außerdem sollte der Name zu den bestehenden Staatsgewalten der Legislative, Exekutive und Judikative passen und zudem die Kontrollfunktion betonen. Gesucht wurde ein unverbrauchter Begriff, der sich mit neuen Inhalten und frischen Ideen füllen lässt: „Die Auditive“.

Der Name „Auditive“ kommt vom lateinischen Wort „audire“, das „Hören“ oder „Zuhören“ bedeutet. Davon abgeleitet beschreibt „Audit“ einen Prüfprozess, bei dem untersucht wird, ob eine Firma, Behörde, Dienstleistung oder ein Produkt bestimmten Regeln oder Standards entspricht. Solche Regeln legen z. B. die Finanzaufsicht für Banken, Atomaufsicht für das Betreiben von Kernkraftwerken oder ISO-Normen für Produkte fest.

Auf die Politik übertragen bedeutet dies zu prüfen, ob ein Machtssystem die Anforderungen seiner Bürger erfüllt und effektiv ist. Es handelt sich bei der Auditive um einen Steuerungsprozess, der von der Gesellschaft getragen wird, ohne direkt in konkrete politische Entscheidungen einzugreifen.

Im Auditorium, einem Hörsaal gleich, ist die Gesellschaft im übertragenen Sinne in der Lage, den anderen Staatsgewalten zuzuhören und eigene Schlüsse zu ziehen. Es wird somit zu einer Prüfkammer, deren Mitglieder aus dem Volk gewählt werden.

Wer erhebliche Zweifel an der Politik hat, soll diese selbst ausräumen können, um das Vertrauen zurückzugewinnen.

DIE AUDITIVE IST DIE NOTWENDIGE WEITERENTWICKLUNG DES VON CHARLES DE MONTESQUIEU EINGEFÜHRTEN PRINZIPS DER GEWALTENTEILUNG, INDEM SIE DIESE SICHERT UND WEITERENTWICKELT. SIE ERGÄNZT DIE LEGISLATIVE, EXEKUTIVE UND JUDIKATIVE UM EINE WEITERE, UNABHÄNGIGE AUSSERPARLAMENTARISCHE PRÜFGEWALT, DIE DIREKT VOM SOUVERÄN, DER BÜRGERGESELLSCHAFT, GETRAGEN WIRD.

Diese sogenannte Vierte Gewalt gibt den Wählern umfassende Kontrollmöglichkeiten über und Einflussmöglichkeiten in das politische System.

Die Auditive schützt das öffentliche Interesse, das auch in der Praxis als unantastbar gelten sollte, und fungiert als parteiunabhängige Kontrollinstanz auf Verfassungsebene. Sie leitet einen regelbasierten Prozess, der die notwendige gesellschaftliche Teilhabe und ihr Engagement effizient institutionalisiert. Gleichzeitig dient sie als Frühwarnsystem, das politische Fehlentwicklungen und auch Krisen erkennt, diese öffentlich macht und mit den ihr eigenen Mitteln konstruktiv eingreift. Das Ziel: die Verschärfung der Rechenschaftspflicht der politischen Akteure.

Technisch gesehen ist die Auditive ein fest installiertes Regelwerk. Dies ist erforderlich, weil bisherige indirekte Mechanismen zur Kontrolle der etablierten Gewalten (die Medien, der öffentliche Diskurs oder der Bundesrechnungshof) nicht oder nicht zuverlässig genug funktionieren, um politisches Fehlverhalten effektiv zu verhindern und sogar zu ahnden.

Die Auditive ist immer dann gefordert, wenn die Regierung, die Opposition oder die Medien versagen.

DIE GESELLSCHAFT ERHÄLT MEHR KONTROLLE UND ÜBERNIMMT AUCH INSTITUTIONELL MEHR SYSTEMISCHE VERANTWORTUNG, SODASS BISHER WENIG BEKANNTE POLITISCHE PROZESSE UND ABWÄGUNGEN TRANSPARENTER UND DAMIT VERSTÄNDLICHER WERDEN.

Der Austausch zwischen Politik und Gesellschaft entwickelt sich enger und zielgerichteter. Damit lassen sich Fehlentwicklungen schneller erkennen und noch rechtzeitig korrigieren. Übergeordnet sorgt die Auditive für die kontinuierliche Verbesserung des Demokratiesystems und stärkt so das Vertrauen in die Institutionen.

Was bringt die Auditive konkret:

MEHR GELTUNG Die Auditive verschafft dem Wählerwillen inhärent und laufend Geltung.

HÖHERE STANDARDS Die Auditive führt zu besseren und wertebundenen Politik-Standards.

BESSERE KOMMUNIKATION Trotz wachsender, auch internationaler Komplexität stärkt die Auditive die Kommunikation der Bürger zur Regierung (und vice versa) und somit deren Effektivität und Effizienz.

KÜRZERE REAKTIONZEITEN In Krisen (Pandemie, Terror, Krieg), die eine rasche Reaktion erfordern, kann die Auditive politische Prozesse abkürzen, ohne damit Vertrauenskapital zu verspielen.

VERSTÄNDNIS DURCH ERKENNTNIS Die Auditive sorgt für Akzeptanz auch von komplexen politischen Entscheidungen durch Aufklärung der zugrundeliegenden Abwägungsprozessen.

MEHR NÄHE Als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft kann die Auditive bestehende Zweifel ausräumen oder bestätigen und schafft Augenhöhe zwischen beiden Ebenen.

RÜCKKEHR GROSSER REFORMEN Die Auditive löst den Stillstand und ermöglicht durch ihr inhärentes Risikomanagementsystem (erneut) große Wagnisprojekte, wie z. B. die weitere EU-Integration.

SCHNELLERE PROZESSE Die Auditive gestattet dem Staat effizientere Workflows, die bisher durch träge Prozesse und systemische Ineffizienzen verlangsamt wurden.

STÄRKERE VERANTWORTUNG Ein Eskalationsmechanismus innerhalb der Auditiv führt zur Disziplinierung, zu weniger Fehlverhalten und mehr Verantwortungsbewusstsein politischer Akteure.

MEHR EINIGUNGSKRAFT Mit ihrem universellen, unideologischen, unparteilichen Kern wirkt die Auditiv als verbindende Kraft auch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Lagern.

MEHR GLAUBWÜRDIGKEIT Die Auditiv kann Nicht- und Protestwähler für die gesellschaftliche Mitte reaktivieren, ermöglicht sie doch eine neue, produktive Form des Protests und reduziert damit die Zustimmung für extreme Parteien.

Der Eskalationskatalog des Auditoriums garantiert dauerhaft politische Konsequenz.

DIE AUDITIVE – MIT DER KAMMER DES AUDITORIUMS ALS WESENTLICHEN BESTANDTEIL – ZEICHNET SICH DURCH WIRKUNGSWEISEN AUS, DIE ES ZULASSEN, SIE PASSGENAU IN DAS BESTEHENDE DEMOKRATISCHE SYSTEM EINZUGLIEDERN.

Das Auditorium wiederum spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft und hilft der Staatsgewalt, sich permanent selbst zu kalibrieren und sich aus eigener Kraft weiterzuentwickeln, ungeachtet von herrschenden politischen Mehrheiten.

UNPARTEILICHKEIT UND UNABHÄNGIGKEIT Sämtliche Mitglieder des Auditoriums müssen spezifische Anforderungen erfüllen, die Interessenkonflikte von vornherein ausschließen. Kein Mitglied darf einer Partei oder einer parteinahen Organisation angehören, (hohe) öffentliche Ämter ausüben und muss zudem über einen unbescholtenen Leumund verfügen.

ALTBEWÄHRTES DENKEN Die Beurteilung und Beanstandung von Regierungs- und Parteienarbeit entspricht dem klassischen Revisionsprozess, wie er täglich in unzähligen Unternehmen erfolgreich angewandt wird.

UNTERSTÜTZENDE ERGÄNZUNG Die Auditiv ist verfassungsrechtlich als Vierte Gewalt verankert und wirkt deshalb korrektiv gegen die zunehmende Gewaltenverschränkung, z. B. zwischen der Legislative und Judikative. Sie verfügt über keine politische Gestaltungsmacht, beeinträchtigt die anderen Gewalten daher nicht.

NIEDRIGE KORRUPTIONSANFÄLLIGKEIT Das Korruptionsrisiko innerhalb der Auditiv wird durch die Konstruktion sowie die Legitimation des Auditoriums minimiert.

EINFACHE UMSETZBARKEIT Die Auditiv ist aufgrund ihres strukturellen und parteilosen Charakters einfach implementierbar, ohne das alte Gerüst der Gewaltenteilung neu aufstellen zu müssen.

EVOLUTION STATT REVOLUTION Die Auditiv ersetzt oder verändert keine offiziellen Organe, sondern ergänzt das bestehende System der Demokratie und nutzt dabei bewährte Regelstrukturen.

Welche neuen Formen der Partizipation gibt es, um junge Menschen, die an der Effektivität traditioneller Entscheidungsprozesse zweifeln, zu erreichen?

Dr. Harald Roth,
Direktor Deutsches
Kulturforum östliches Europa

DIE AUDITIVE IST LEDIGLICH EIN AUF KONTROLLE AUSGERICHTETES REGELWERK UND ERGÄNZT DIE BESTEHENDE GEWALTENTEILUNG.

Die Auditive hat somit keine unmittelbare politische Gestaltungskraft und steht nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Staatsgewalten.

Sie greift nicht in die sogenannte Tagespolitik der Regierung oder auf die Meinungsbildung von Parteien unmittelbar ein oder erlässt gar Gesetze. Im Gegenteil ist die Auditive zur Unabhängigkeit von Parteien oder anderen Interessensverbänden verpflichtet. Was sie verkörpert, ist nicht mehr als ein neuer Prüfprozess, wenn auch mit ihr eigenen Eskalationsmöglichkeiten.

Die Abgrenzung von Gestaltungsmacht und Kontrollgewalt ist wesentlich. Ähnlich wie ein Revisor bzw. Auditor nicht in die Geschäftspolitik oder in konkrete Entscheidungen von Managern eingreift, interveniert die Auditive nicht bei politischen Entscheidungen, etwa zur Migrations- oder Umverteilungspolitik. Allerdings – keine Regel ohne Ausnahme – gibt es auch Überschneidungen in extremen Fällen. Vor allem dann, wenn Sollgrößen, also gesellschaftlich anerkannte Werte und Normen, zu unzureichend in politischen Entscheidungen berücksichtigt wurden.

Auch bei fundamentalen Interessenskonflikten oder Fragen, die das politische System selbst betreffen, kann die Auditive tätig werden. Solche Abwägungen sind notwendig, dürfen die bisherige Gewaltenteilung aber im Grundsatz nicht beeinträchtigen.

Die Auditive – Antwort auf das Versagen parlamentarischer und außerparlamentarischer Kontrolle in einer Demokratie.

DIE AUDITIVE WIRD NEU IM GRUNDGESETZ VERANKERT UND BESTEHT AUS ZWEI VERFASSUNGSORGANEN, DEM BUNDESPRÄSIDENTEN UND DEM AUDITORIUM, DER ZIVILEN PRÜF- BZW. REVISIONSKAMMER.

Die Aufgabe des Bundespräsidenten wird um die Funktion erweitert, die Demokratie zu schützen. Innerhalb der Auditive ist ausschließlich dessen Amt mandatiert, die Einsprüche, Klagen oder Informationsgesuche aus den Händen des Auditoriums zu bewerten und bei positiver Bescheidung an die übrigen staatlichen Organe weiterzureichen – zur deren verpflichtender Bearbeitung.

Der Bundespräsident selbst ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die festgestellten Mängel binnen bestimmter Fristen von den verantwortlichen Organen oder Akteuren behoben werden. Das Auditorium gibt ihm dazu die faktenbasierten Grundlagen sowie die politische Legitimation.

Die Auditive gibt der Gesellschaft die ultimative Kontrolle auf effektive Weise zurück.

DIE FUNKTIONEN DES BUNDESPRÄSIDENTEN SIND:

DEMOKRATIESCHUTZ Der Bundespräsident stellt die Einhaltung demokratischer Prinzipien sicher und erhält den ausdrücklichen Auftrag, das demokratische System weiterzuentwickeln.

VERMITTLUNG Als Teil der Auditive vermittelt der Bundespräsident zwischen Auditorium, Regierung und Parteien. Er versucht, Empfehlungen des Auditoriums umzusetzen, Beanstandungen zu beheben, und erstattet zum Ende des Regelkreises Bericht an seine dritte Kammer.

NEUWAHL-ENTSCHEIDUNG Als Ultima Ratio hat der Bundespräsident die Pflicht, nach Empfehlung des Auditoriums über Neuwahlen zu entscheiden (zusätzlicher verfassungsrechtlicher Trigger).

DIE FUNKTIONEN DES AUDITORIUMS SIND:

KONTROLLE UND INFORMATION Das Auditorium prüft den Handlungsbedarf innerhalb der politischen Organe (z. B. Machtmissbrauch) und gibt Empfehlungen zur Korrektur.

VERMITTLUNG Das Auditorium sorgt für informationelle Transparenz sowie für Verifikation oder Falsifikation von kritischen (An-)Fragen aus der Gesellschaft. Es beschleunigt zudem den Demokratieprozess, wenn für den Staat Gefahr in Verzug ist.

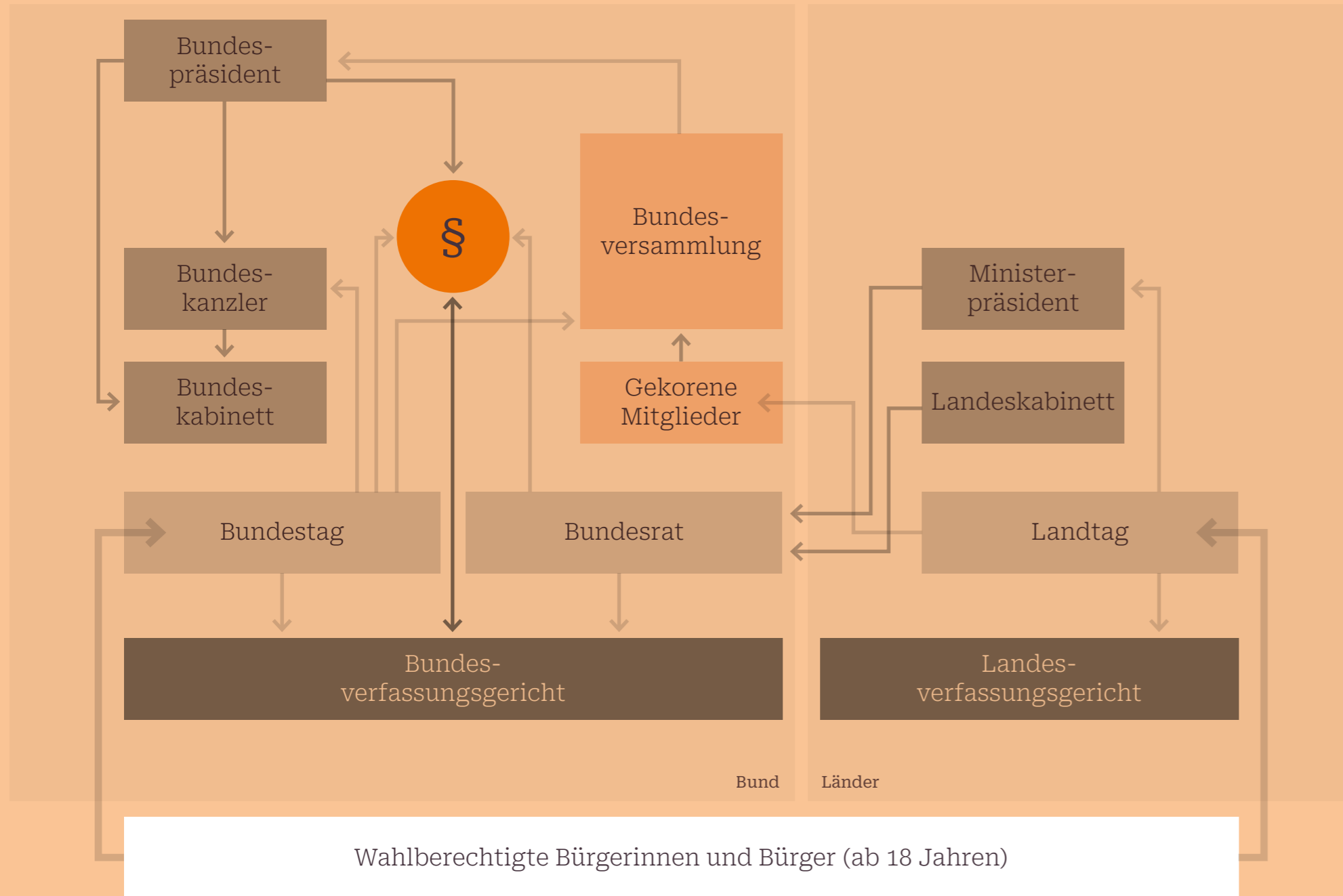
ESKALATION Das Auditorium kann öffentlich informieren, Empfehlungen und Rügen aussprechen, Befragungen und Untersuchungsausschüsse veranlassen, Gerichte anrufen, Klagen und Gesetzesvorschläge einreichen und auch Neuwahlen vorschlagen.

Der Bundespräsident erhält durch die Auditive neue politische Legitimation und Durchsetzungskraft, wenn es darum geht, sich gezielt gegen politische Fehlentwicklungen zu stellen.

Die staatsorganisatorische Einbindung der Auditive erfolgt, ohne dass das bestehende Demokratiesystem mit seinen drei Gewalten strukturell beeinträchtigt wird. Das Auditorium ist die dritte Kammer, neben Bundestag und Bundesrat. Es verfügt über folgende Kompetenzen:

- Prüfrecht (uneingeschränkt) gegenüber Regierung und Parteien
- Initiativrecht zum Einsatz von Untersuchungsausschüssen
- Gesetzesinitiativrecht
- Recht zur Einreichung von Klagen
- Vorschlagsrecht von Personen zur Wahl des Bundespräsidenten
- Vorschlagsrecht zur Empfehlung von Neuwahlen an den Bundespräsidenten

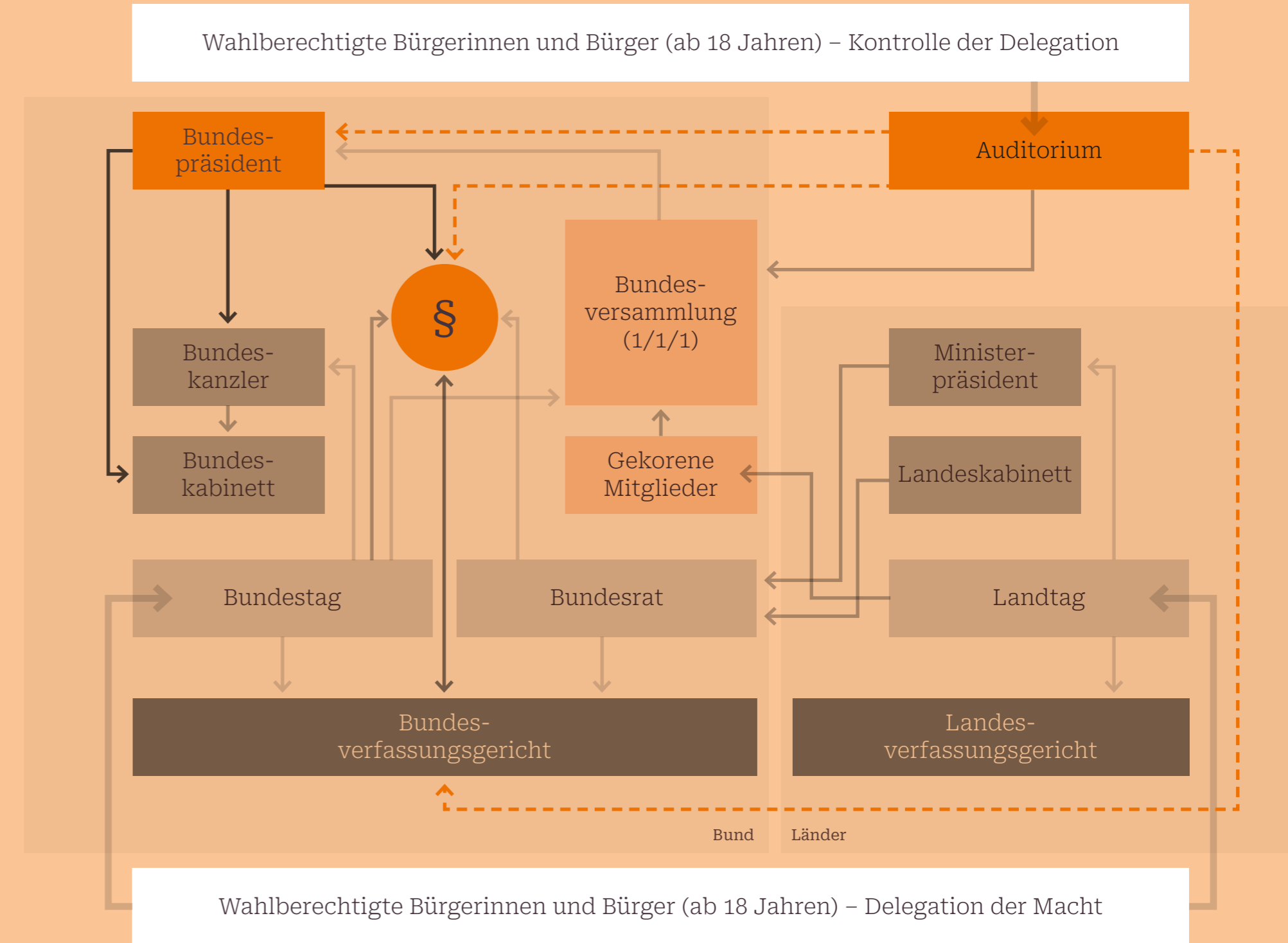
Abb. 1:
Das politische System der Bundesrepublik Deutschland heute



Legislative Exekutive Judikative

→ wählt/ernennt → entsendet/ist Mitglied → ernennt formal/Vetorecht

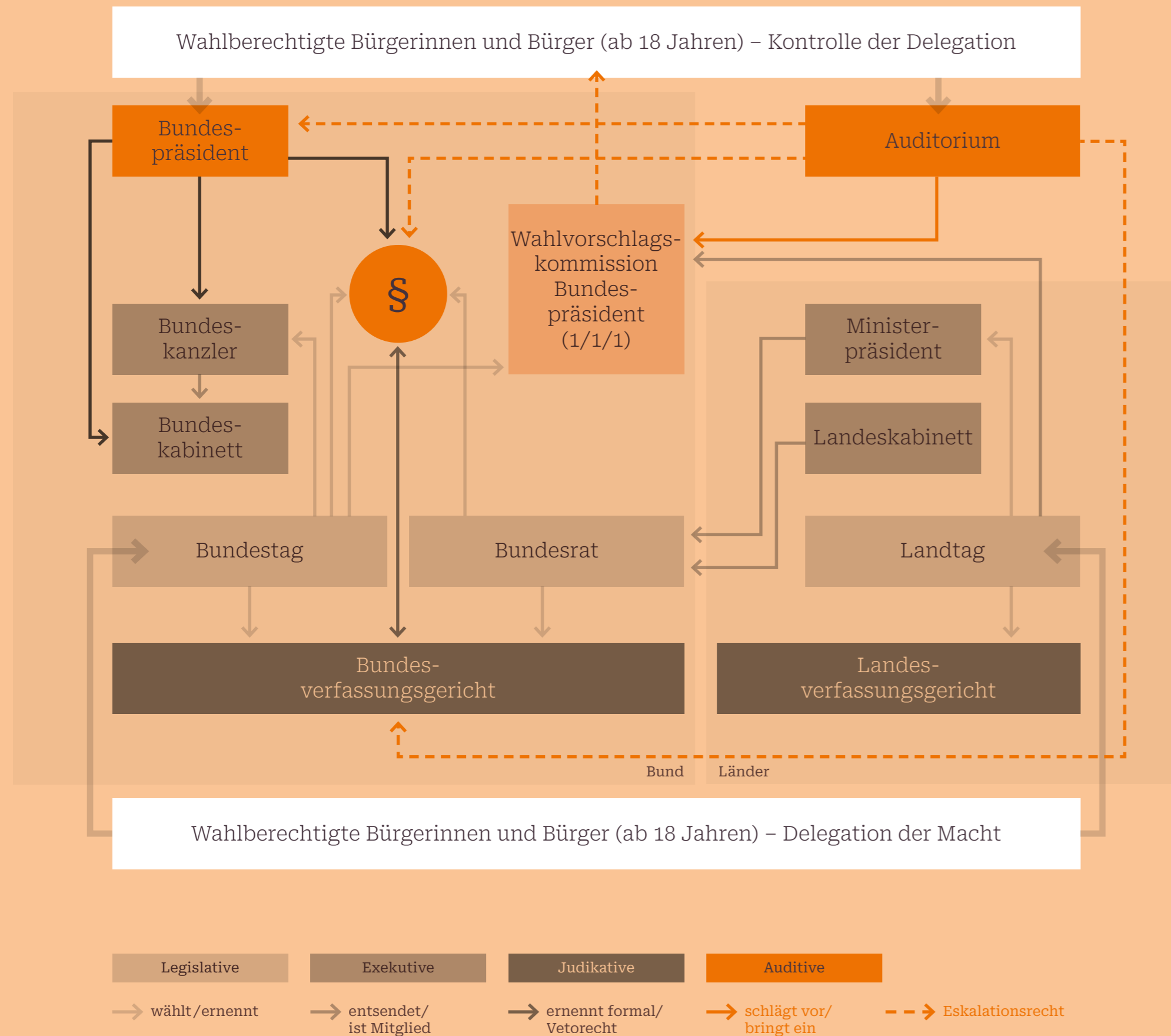
Abb. 2: Einbindung der Auditive ins bestehende Politiksystem (Das Sandwich)
Variante A – Bundespräsident wird indirekt gewählt



Legislative Exekutive Judikative Auditive

→ wählt/ernennt → entsendet/ist Mitglied → ernennt formal/Vetorecht → schlägt vor/bringt ein - - -> Eskalationsrecht

Abb. 3: Einbindung der Auditive ins bestehende Politiksystem (Das Sandwich)
 Variante B – Bundespräsident wird direkt gewählt



Gesellschaftliche Steuerung – Regelkreis

Die Auditive – das Demokratie-Thermostat als gesellschaftliches Steuerungsinstrument.

WIE FUNKTIONIERT DIE AUDITIVE, DAMIT DIE GEWALTENTEILUNG STABILER UND UNSER DEMOKRATISCHES SYSTEM KONTINUIERLICH WEITERENTWICKELT WIRD?

Das Konzept basiert auf einem Regelkreislauf, der Risiken identifiziert, Problemlösungsmaßnahmen definiert und Lösungen veranlasst. Die Gesellschaft wird aktiv in diesen Prozess eingebunden, und der Bundespräsident erhält, wie beschrieben, erweiterte Befugnisse zum Schutz gesellschaftlich anerkannter Werte und des Systems. Der Revisionsprozess der Auditive besteht aus sechs Stufen:

Stufe 1

FESTLEGUNG DES SOLL-ZUSTANDS (ZIELGRÖSSE) Mit der Definition des Soll-Zustands werden für Politik, Parteien und Regierung allgemeingültige, universelle und überparteiliche Verhaltensprinzipien und Normen definiert. Beispiele sind: Persönliche Integrität und Unabhängigkeit der Akteure, Lobbyismus nur im öffentlichen Interesse, ein nachvollziehbarer Steuermiteinsatz, Vermeidung von Steuerverschwendung, konservative Budgetierung, staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit, Schutz von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundwerten, Befolgung von politischen Transparenzgebote und die Wahrung von Menschenrechten.

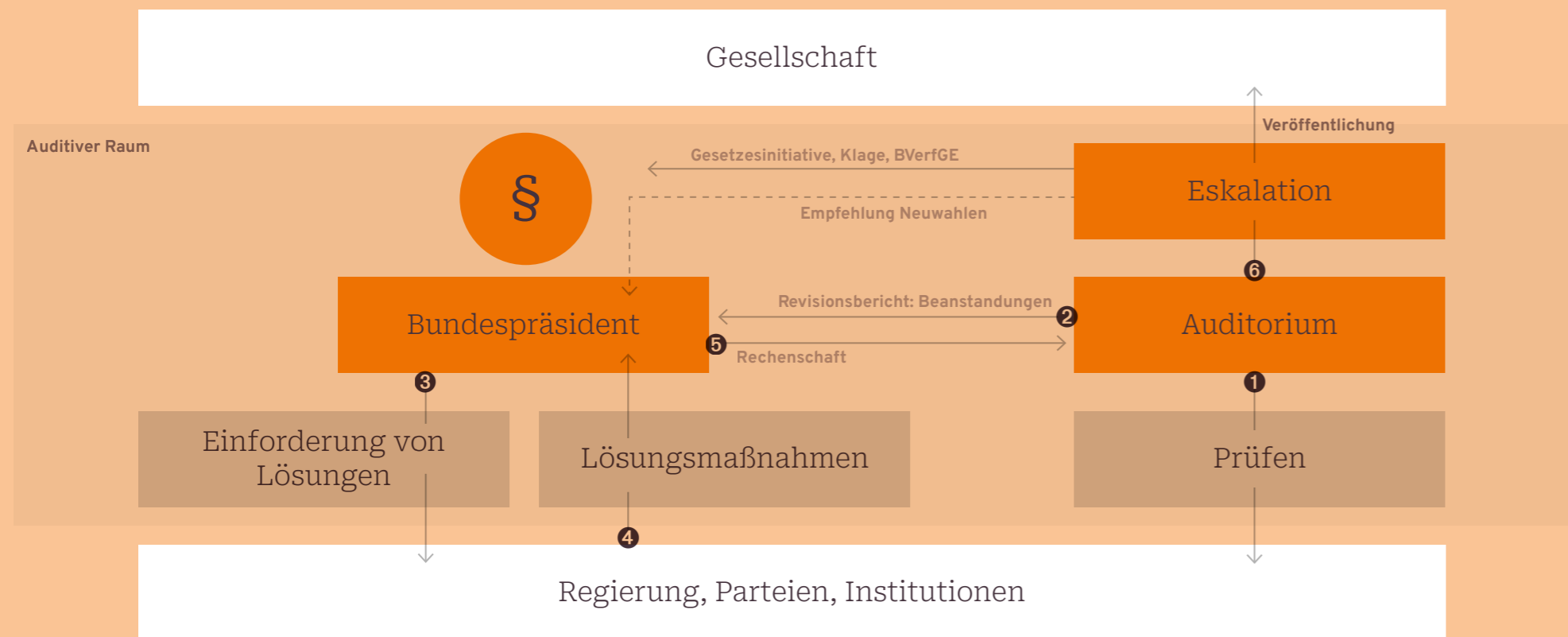
Stufe 2

PRÜFUNG DES IST-ZUSTANDS (STATUS QUO) Das Auditorium definiert den Prüfplan und führt Prüfungen durch, um den aktuellen Ist-Zustand des demokratischen Betriebs zu erfassen. Dafür stehen zu jeder Zeit alle Informationswege zu sämtlichen politischen Organen offen, während die Verantwortungsträger verpflichtet sind, diesen Informationsbedarf aktiv zu unterstützen.

Stufe 3:

ABWEICHUNGSANALYSE (FESTSTELLUNG) Sämtliche Soll-Ist-Abweichungen werden vom Auditorium festgehalten, beurteilt und dokumentiert. Das Gremium bewertet die festgestellten Mängel und erstellt einen öffentlich einsehbaren Revisionsbericht zu Händen des Bundespräsidenten.

Abb. 4:
Die Ablauforganisation der Auditive
(Das Grundprinzip)



Stufe 4

MASSNAHMENKATALOG (LÖSUNGS AUFRUF) Das Auditorium verlangt Maßnahmen zur Mängelkorrektur, definiert Fristen zur Problembehebung und fordert das Bundespräsidialamt auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Verursacher Schritte zur Behebung der Beanstandungen definieren und einleiten.

Stufe 5

LÖSUNGSMASSNAHMEN (BEURTEILUNG) Das Gremium entscheidet, ob die vorgeschlagenen Lösungsmaßnahmen wirkungsvoll und ausreichend sind. Die Mängelbeseitigung wird vom Auditorium überwacht.

Stufe 6

ESKALATION (KONSEQUENZEN) Werden die Mängel nicht zufriedenstellend gelöst, kann das Auditorium eskalierende Schritte einleiten oder spricht in letzter Konsequenz gegenüber dem Bundespräsidenten die Empfehlung von Neuwahlen aus.

Das Auditorium – Die dritte Kammer des öffentlichen Interesses

- 95 AUDITORIUM – FUNKTIONEN UND KOMPETENZEN
- 97 ZIELE DES AUDITORIUMS
- 98 AUDITORIUM – AUFBAU UND LEGITIMATION
- 99 GOOD-POLICY-MECHANISM – „DER DEBUGGER“
- 100 ESKALATIONSKATALOG DES AUDITORIUMS

Auditorium – Funktionen und Kompetenzen

//
Das Auditorium ist die
Heimat des öffentlichen
Interesses.
//

DAS AUDITORIUM STELLT SICHER, DASS DIE ANLIEGEN DER BÜRGER GEHÖRT WERDEN, PRÜFUNGEN OBJEKTIV DURCHGEFÜHRT, POLITISCHES FEHLVERHALTEN UND INTERESSENSKONFLIKTE FRÜHZEITIG ERKANNT UND GEAHNDET BZW. BEHOBEN WERDEN. DAS AUDITORIUM ERFÜLLT FOLGENDE FUNKTIONEN UND VERFÜGT ÜBER FOLGENDE KOMPETENZEN:

1. ANNAHME VON BÜRGERANLIEGEN

DAS AUDITORIUM NIMMT grundsätzlich alle eingebrachten politischen Anliegen der Bürger auf und informiert sie regelmäßig über den aktuellen Stand und Fortschritt der Prüfaufträge.

2. FESTLEGUNG DER PRÜFFELDER UND DURCHFÜHRUNG VON PRÜFUNGEN

DAS AUDITORIUM ENTSCHEIDET mithilfe von Prüfungsexperten über die Kernpunkte der regelmäßig stattfindenden Prüfungen. Sie definieren Politikbereiche mit erhöhten Risiken und Qualitätsdefiziten. **DIE PRÜFUNGEN SELBST** führen professionelle Revisoren durch, mit dem uneingeschränkten Recht, alle nötigen Informationen anzufordern und zu bewerten.

FACHAUSSCHÜSSE DES AUDITORIUMS garantieren, dass alle Prüffälle nach klaren, festgelegten Standards ablaufen, die den bewährten Revisionsverfahren der Unternehmensführung entsprechen.

DIE GEPRÜFTEN STELLEN, Parteien und Institutionen sind jederzeit dazu verpflichtet, Informationen bereitzustellen und mit den Prüfern zu kooperieren.

DIE REVISOREN ERSTELLEN am Ende des Prozesses einen Prüfbericht zu Händen des Auditoriums.

3. AUSWERTUNG, BEURTEILUNG UND DOKUMENTATION DER ERGEBNISSE

DAS AUDITORIUM ANALYSIERT die Prüfergebnisse und berücksichtigt dabei Stellungnahmen der betroffenen Akteure, Parteien und der Regierung.

GEMEINSAM MIT DEN FACHAUSSCHÜSSEN finalisiert das Auditorium den Revisionsbericht und übergibt ihn an den Bundespräsidenten, der innerhalb einer definierten Frist darauf reagieren muss.

NICHT ODER NICHT AUSREICHEND behobene Probleme führen automatisch zum Eingang in den „Good-Policy-Mechanism“, der die Dringlichkeit der Themen aufrechterhält und auch kurzfristig die betroffenen Stellen zum Handeln auffordern kann (Eskalation).

4. EINLEITUNG VON ESKALATIONSMASSNAHMEN

Werden Beanstandungen nicht fristgerecht behoben, ist das Auditorium berechtigt, einen Katalog von Eskalationsmaßnahmen anzuwenden, um politische Konsequenzen einzufordern.

//
Das Auditorium verfügt über die Kernkompetenz des Zweifelns.

//

- **Vertrauen stärken**
Zweifel der Wähler gegenüber der Politik ausräumen oder bestätigen.
- **Schwächen beheben**
Beanstandungen erkennen und ausräumen lassen.
- **Leistungsfähigkeit erhöhen**
Das Demokratiesystem reformieren und damit schützen.
- **Grundpfeiler und -werte sichern**
Die Basis der Demokratie dauerhaft pflegen und bewahren.
- **Informationsfluss intensivieren**
Mehr Austausch und Dynamik zwischen Politik und Gesellschaft.
- **Fehlverhalten sanktionieren**
Machtmissbrauch und Inkompetenz konsequent verfolgen.

Auditorium – Aufbau und Legitimation

Das Auditorium –
Spiegelbild unserer
Gesellschaft.

DAS AUDITORIUM ALS DRITTE KAMMER IST HINSICHTLICH SEINER ZUSAMMENSETZUNG EIN ABBILD DER GESELLSCHAFT UND IST IN SEINER KÜNFTIGEN GRÖSSE NOCH NICHT FESTGELEGT. ZIEL SOLL SEIN, DASS DAS AUDITORIUM DEN QUERSCHNITT DER GESELLSCHAFT WIDERSPIEGELT UND DASS DIE BÜRGER DARÜBER HINAUS DIE MÖGLICHKEIT HABEN, JENE ZU BESTIMMEN, DENEN SIE AM MEISTEN VERTRAUEN. DIE MITGLIEDER DES GREMIUMS SOLLEN DIREKT UND IN ZWEI UNTERSCHIEDLICHEN VERFAHREN BESTIMMT WERDEN.

STICHPROBEN-VERFAHREN Die Mitglieder werden durch eine geschichtete Stichprobe ermittelt. Sie repräsentieren soziodemografisch die Gesellschaft.

RANKING-VERFAHREN DURCH LISTE Die weiteren Mitglieder (gleiche Anzahl) werden durch Aggregation von ausgesuchten Kompetenzen bestimmt. Beispiel: Alle Wähler nennen (öffentliche) Personen, die sie für vertrauenswürdig halten, die anschließend zu einer Rangliste verarbeitet werden.

EINE UNMITTELBARE PFLICHT ZUR ANNAHME DES – ZEITLICH BEFRISTETEN – MANDATS GIBT ES NICHT. DIE WAHLPERIODE DES AUDITORIUMS FINDET ZUDEM ANTIZYKLISCH ZUR PARLAMENTSWAHL STATT. ES WERDEN FOLGENDE ANFORDERUNGEN AN DIE MITGLIEDER GESTELLT:

VORAUSSETZUNGEN Alle Mitglieder müssen volljährig, unbescholten und ohne Vorstrafen sein.

PERSÖNLICHE EINSCHRÄNKUNGEN Eine Parteimitgliedschaft oder das Halten eines (hohen) öffentlichen Amtes ist untersagt.

LOYALITÄT Die Mitglieder unterliegen der Schweigepflicht und können bei Geheimnisverrat oder Bestechlichkeit strafrechtlich belangt werden.

VERANTWORTUNGSBEWUSSTSEIN UND EHRE Die Berufung ähnelt dem Schöffenmodell in der Justiz und schafft auf diese Weise ein starkes Verantwortungsgefühl und Identifikation für das Mandat.

NEUTRALITÄT Die Mitglieder sind der Unparteilichkeit und der Neutralität verpflichtet. Zudem fehlt ihnen die politische Gestaltungsmacht – das macht sie für Einflussnehmer uninteressant.

UNBESTECHLICHKEIT Die Mitglieder werden für ihr Mandat angemessen bezahlt und verpflichten sich zu strikten Antikorruptionsregeln.

98

Good-Policy-Mechanism – „Der Debugger“

Jede moderne Demokratie verfügt über einen Transformator, der gesellschaftliche Frustration in politischen Druck umwandelt.

DER GOOD-POLICY-MECHANISM (GPM) IST DAS HERZSTÜCK DER AUDITIVE UND EIN ORGANISATORISCHES KONZEPT, DAS DAUERHAFT BESTEHENDE PROBLEME SYSTEMATISCH AUFGREIFT UND ZU LÖSEN VERSUCHT.

Der GPM – intern bezeichnen wir diesen Mechanismus auch als „Debugger“, der die Systemfehler im demokratischen Programm behebt – dient als Sammelbecken für akut bleibende Missstände, ein Gradmesser also für den Zustand und die Lösungskompetenz der politischen Klasse. Damit kann die Gesellschaft sicherstellen, dass für sie wichtige Themen auf der öffentlichen Agenda verbleiben und der politische Druck während der Legislaturperiode aufrechterhalten oder erhöht wird. Wird der Druck zu groß, entscheidet das Auditorium zu jeder Zeit, die Maßnahmen zur Problemlösung nochmals zu verstärken. Mit diesem Instrument wird die Gesellschaft selbst zum Herrn über das Agenda-Setting und entscheidet über die Priorisierung der Themen. Der vorhandene gesellschaftliche Frustrationsdruck kann somit für jeden gut erkennbar und direkt gemessen werden und wie durch ein Ventil kontrolliert und lösungsorientiert entweichen und auf die Politik umgeleitet werden. Dieser Mechanismus führt dazu, das Ausmaß der gesellschaftlichen Frustration über Politik zu verringern, zum Wohle unserer Demokratie.

SAMMLUNG UNGELÖSTER BEANSTANDUNGEN Der GPM dient als Sammelstelle für Missstände oder Beanstandungen, die nicht innerhalb einer gesetzten Frist behoben wurden.

DRUCKMITTEL ZUR ESKALATION Wenn die Probleme im GPM verbleiben, führt dies zur weiteren Eskalation, wie etwa öffentliche Rügen, Einleitung rechtlicher Schritte oder sogar politische Konsequenzen wie Neuwahlen.

INDIKATOR FÜR SYSTEMVERSAGEN (Zu) viele Fälle im GPM weisen auf mangelnde Problemlösungskompetenzen, auf eine Blockadehaltung der Politiker hin oder auf strukturelle, systemische Defizite.

LANGZEIT-DOKUMENTATION Die Art der gespeicherten Probleme weisen im Laufe der Jahre auf bestimmte Mängel-Muster innerhalb der politischen Prozesse hin.

99

Wirksame Eskalationsmechanismen stärken die Demokratie und schwächen autokratische Tendenzen.

EIN POLITISCHES SYSTEM, IN DEM FEHLVERHALTEN UNGEAHNDET BLEIBT UND POLITISCHE KONTROLLE NUR ALLE VIER JAHRE DURCH WAHLEN ERFOLGT, IST LANGFRISTIG DEM VERFALL AUSGESETZT – INSBESONDERE, WENN DIESE WAHLEN KEINE WESENTLICHEN FORTSCHRITTE BEWIRKEN.

Politische Unzufriedenheit ist jedoch keine unbedeutende Nebenwirkung einer Demokratie, sondern ein wichtiges Alarmsignal, das ernst genommen und behoben werden muss.

Fehlverhalten erfordert also klare Konsequenzen im Sinne des Wählerwillens, auch und insbesondere während der Legislaturperiode. Die Eskalationsmaßnahmen des Auditoriums sind so gestaltet, dass sie einerseits eigenständig und schnell umgesetzt werden können und andererseits die politische Legitimation gewährleisten, um im Sinne der Gesellschaft zu handeln.

Mit den folgenden Maßnahmen der Eskalation lässt sich effektiv gegen verkrustete Strukturen sowie den Machterhaltungswillen ihrer Mandatsträger vorgehen, ohne damit die Funktionsfähigkeit der Demokratie zu gefährden. Ganz im Gegenteil, sie machen Demokratien stärker, da dem Wählerwillen so permanent Ausdruck verliehen wird.

Zu diesen Maßnahmen gehören:

- ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN
- KLAGEN EINREICHEN
- EMPFEHLUNGEN AUSSPRECHEN
- BEFRAGUNGEN VERANLASSEN
- RÜGEN AUSSPRECHEN
- UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE EINBERUFEN
- GESETZESVORSCHLÄGE EINREICHEN
- EMPFEHLUNG VON NEUWAHLEN

Das schärfste Mittel der Eskalation – als Ultima Ratio – ist die Empfehlung des Auditoriums an den Bundespräsidenten, den Bundestag aufzulösen. Die endgültige Entscheidung darüber liegt in seinem Amt selbst. Für ihn ist es folglich eine weitere Möglichkeit, Neuwahlen auszurufen. Bisher ist das nur nach dem Scheitern einer Kanzlerwahl oder dem entsprechenden (negativen) Ausgang einer Vertrauensfrage möglich. Die politische Legitimation für diesen Schritt wäre neu und durch die Empfehlung des Auditoriums gegeben.

Der Plan – Politische Umsetzung der Bewegung

105 DIE DOPPELSTRATEGIE

107 POLITISCHE SPEZIALISIERUNG – SPARTENPARTEI

108 ZIELGRUPPE

109 TAKTIK

111 TIMING – WARUM JETZT?

DIE OPTIMALE POLITISCHE UMSETZUNG EINER NEUEN POLITISCHEN IDEE BENÖTIGT EINE MARKTEINTRITTSSTRATEGIE UND EINEN TAKTISCHEN PLAN, UM DEN GRÖSSTMÖGLICHEN DRUCK AUF DIE PARTEIEN AUSZUÜBEN.

Die regierenden Parteien sind hoffnungslos damit überfordert, sich den großen Herausforderungen der heutigen Zeit in geeigneter Weise entgegenzustellen. Es wird höchste Zeit, der Gesellschaft als Ganzes ein neues Instrument an die Hand zu geben, mit dem sie ihrer Verantwortung und ihrer Rolle in einer modernen Demokratie gerecht werden kann. Es geht vor allem darum, unsere Gesellschaft wieder zu einen. Und das sollte, oder muss sogar, schnell gehen, denn rechtspopulistische Bewegungen haben längst damit begonnen, sich international zu vernetzen und ihre Kräfte zu bündeln.

Was wir als Bewegung erreichen müssen, ist die Gewinnung der vollen Breite des parteipolitisch demokratischen Spektrums, die sich hinter der Idee der Auditiven versammeln kann, ohne dass sie ihre individuellen Überzeugungen angegriffen sehen. Ganz im Gegenteil: Unabhängig von einzelnen weltanschaulichen Farben soll die Erweiterung des Systems um die Vierte Gewalt einmütig von allen demokratischen Parteien begrüßt werden. Nicht zuletzt, um somit auch die eigene gesellschaftliche Legitimität wiederherzustellen.

// Eine Bewegung ohne politischen Arm ist ein stumpfes Schwert. //

DAS BESONDERE AN BEWEGUNGEN IST, DASS SIE NACH ERREICHUNG EINES GEMEINSAMEN ZIELS AUTOMATISCH ENDEN. BIS DAHIN VERSUCHEN DEREN MITGLIEDER, DER GESELLSCHAFT DIE DRINGLICHKEIT DER PROBLEME AUFZUZEIGEN, DEN MEDIALEN DISKURS ZU BEEINFLUSSEN UND LETZTLICH MIT DEM DRUCKMITTEL DER ÖFFENTLICHKEIT DIE REGIERUNG ZUM ENTSPRECHENDEN HANDELN ZU BEWEGEN. DOCH OHNE POLITISCHEN ARM STEHEN BEWEGUNGEN GROSSEN RISIKEN GEGENÜBER:

REPRESSION Regierungen oder andere politische Organe können Bewegungen durch rechtliche Maßnahmen sanktionieren – mit Überwachungen, Verboten oder Verhaftungen.

INTERNE KONFLIKTE UND ZERSPLITTERUNG Ideologie- oder interessengeleitete Uneinigkeit über Ziele, Mittel und Kommunikation schwächen die Effektivität und Glaubwürdigkeit von Bewegungen.

FEHLENDES ORDNUNGSPRINZIP Unzureichende Aufbau- und Ablaufstrukturen und vor allem ein schwach ausgeprägtes Weisungswesen erschweren jede professionelle Führung.

ERSCHÖPFUNG Lang andauernde Kämpfe ohne sichtbare politische Fortschritte führen über kurz oder lang zur Demotivation und zum Ausstieg der Mitglieder.

KAPERUNG Integrieren politische Parteien inhaltliche Forderungen oder gar die Führungsfiguren einer Bewegung in den eigenen Apparat, leidet deren Unabhängigkeit und Identität.

INFILTRATION Mischen sich interessensfremde politische Gruppierungen unerkannt unter eine Bewegung, können sie diese effektiv von innen manipulieren und diskreditieren.

In Europa gibt es viele Beispiele für neue Parteien, die in kurzer Zeit großen Erfolg hatten und sogar Regierungsverantwortung übernahmen, ohne aus einer Bewegung hervorgegangen zu sein.

Im Unterschied zu oft langsamen Bewegungen ist eine Partei von Anfang an klar organisiert und kann Richtungsstreitigkeiten intern besser verhandeln – und zwar professionell und strukturiert. Es gilt aber auch: Wir leben in Zeiten starker Polarisierung und populistischer

tischer Tendenzen innerhalb der Parteienlandschaft. Das macht es jeder neuen Partei extrem schwer, als potenzieller Partner akzeptiert zu werden, obwohl in diesem Falle gar kein konkurrierendes, sondern vielmehr ein kurierendes Angebot für die übergeordneten demokratischen Strukturen im Mittelpunkt steht. An dieser Stelle nun wirkt unsere Bewegung (Orange-Pin) unterstützend für unsere kommende Partei.

Wir sind der Überzeugung, dass politische Anliegen im Zweiklang, also als Bewegung und (Sparten-) Partei, besser umgesetzt werden, als wenn Bewegungen darauf hoffen müssen, dass sie Eingang in die Programmatik von bereits existierenden Parteien finden. Dies liegt daran, dass wir in Deutschland auf Bundesebene ausschließlich über sogenannte Vollparteien verfügen, die auf ihre heterogene Wählerschaft Rücksicht nehmen müssen. Eine gewisse Kompromisslosigkeit ist allerdings gefordert, wenn es darum geht, universelle Themen konsequent durchzusetzen.

Politische Spezialisierung – Spartenpartei

// Die Durchsetzung universeller Themen scheidet nicht selten an der mangelnden politischen Umsetzungskraft, die in Vollparteien herrscht.
//

WIE SOLLTE EINE IDEE WIE DIE AUDITIVE PARTEIPOLITISCH VERANKERT WERDEN, DAMIT SIE ALS NEUER PLAYER AUF DER BUNDESPOLITISCHEN BÜHNE ERFOLGREICH SEIN KANN? DIE ANTWORT DAZU IST DIE FORM EINER „SPARTENPARTEI“ – AUS FOLGENDEN GRÜNDEN:

INHALTLICHER FOKUS Spartenparteien konzentrieren sich auf eine enge oder sogar monothematische Kernkompetenz, während Vollparteien ein breites Spektrum an Themen abdecken müssen.

ANSPRUCH Vollparteien streben inhärent an, nach der Regierungsmacht zu streben. Spartenparteien dagegen fokussieren sich nur auf die Einflussnahme in ihrem Spezialgebiet.

ZIELGRUPPE Verfolgen Spartenparteien eine Agenda mit universellem Charakter, müssen sie sich nicht auf einige wenigen Gruppen konzentrieren, sondern sprechen möglichst alle Wähler an.

Die Vorteile einer Spartenpartei liegen auf der Hand: bessere Bündelung von Kompetenzen, Kapital und sonstigen Ressourcen. Eine Spartenpartei konzentriert sich auf ein Spezialthema, bei dem sie über besonderes Fachwissen und Überzeugungskraft verfügt – was sie von anderen Parteien unterscheidet und glaubwürdig macht. Das ist zentral, vor allem bei einem so relevanten Thema wie der Reformierung der Gewaltenteilung.

Je systemischer, ideologiefreier und damit neutraler eine Partei für die Auditive auftritt, desto weniger wird sie sowohl von anderen Parteien als auch von den Wählern mit einer bestimmten Weltanschauung in Verbindung gebracht – und wird dadurch für diese anschluss- und nicht zuletzt koalitionsfähig.

// Die größte Fraktion
in unserem Lande findet
seit Jahren kein
politisches Angebot.
//

EIN GROSSER TEIL DER WÄHLERSCHAFT FÜHLT SICH HEUTE POLITISCH NICHT REPRÄSENTIERT, DA IHRE SYSTEMKRITISCHEN BEDÜRFNISSE VON KEINER PARTEI ERNSTHAFT AUFGEGRIFFEN WURDEN. DAS VORLIEGENDE KONZEPT DER AUDITIVE SPRICHT DAGEGEN ALL JENE AN, DIE MEHR DEMOKRATIE FORDERN, FESTGEFAHRENE STRUKTUREN AUFBRECHEN UND EINE NEU AUFGESTELLTE VERBINDUNG ZWISCHEN POLITIK UND GESELLSCHAFT FÖRDERN MÖCHTEN.

Orange-Pin richtet sich an Menschen, die sich nicht länger mit dem kleineren Übel zufriedengeben, die nicht mehr zur Wahl gehen, ungültig abstimmen oder aus Protest Parteien wählen, die eigentlich gegen ihre Interessen agieren. Ebenso wendet es sich an diejenigen, die sich (noch) weigern, Steigbügelhalter für autokratische oder extreme Parteien zu sein. Für enttäuschte Protestwähler bietet die Auditive eine echte Alternative zur Alternative.

Auch die Millionen Menschen, die in beeindruckender Weise im Frühjahr 2024 für die Demokratie und gegen Autokratie auf die Straße gingen, um mit dem Slogan „Wir sind mehr“ ein kraftvolles Zeichen gegen Extremismus und für Demokratie zu setzen, gehören zu dieser Zielgruppe – genauso wie jene, die zwar zur Wahl gehen, sich aber eine Demokratie mit mehr Stärke und Bürgernähe wünschen.

Protest- und Nichtwähler, Weißwähler (Abgabe eines leeren Stimmzettels), besorgte Noch-Wähler und jene, die sich mehr Demokratie wünschen: All diese Teilgruppen sind mittlerweile zur größten Fraktion in unserem Land aufgestiegen. Und warum? Weil Parteien es nach wie vor versäumen, ihnen endlich ein zeitgemäßes und glaubwürdiges Angebot zu machen.

// ‚Wir sind mehr‘ zu
skandieren reicht nicht
aus, um unsere
Demokratie zu retten.
//

WIE DEN BESTMÖGLICHEN POLITISCHEN DRUCK AUFBAUEN, UM FÜR DIE IDEE DER AUDITIVE EINE VERFASSUNGSÄNDERNDE MEHRHEIT ZU BESCHAFFEN? DAZU LASSEN SICH MEHRERE TAKTISCHE PHASEN UNTERTEILEN:

1. Phase

DER KOMMUNIKATIVE HEBEL Die zentrale und konfrontative Frage lautet: „Wie hältst du es mit der Demokratie?“ – eine Art politische Gretchenfrage, die zeigt, wie ernst Parteien und Politiker es mit der Modernisierung unseres Demokratiesystems meinen. Diese Frage teilt die Politik in zwei Lager: Auf der einen Seite stehen jene, die bereit sind, unser Regierungssystem zu modernisieren, weil sie wissen, dass es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, oder weil sie versuchen damit ihr politisches Überleben zu sichern.

Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die genau das ablehnen, da sie vom aktuellen, oft ineffizienten und intransparenten System profitieren. Dieses Lager wird versuchen, die Reformierung als unberechenbares und gefährliches Experiment darzustellen. Ihre Blockadehaltung steht damit gegen den Willen der Gesellschaft.

2. Phase

KOALITIONSFÄHIGKEIT (5%-HÜRDE) Eine Spartenpartei will keine Mehrheit gewinnen, sondern die 5%-Hürde überwinden. Das ist entscheidend, um politisch mitzureden. Sie wird zum relevanten Faktor, wenn sie aus Sicht der anderen Fraktionen nicht als Konkurrenz um die Macht, sondern als Bereicherung mit einem universellen Anliegen (Auditiv!) wahrgenommen wird.

3. Phase

DIE VERFASSUNGSGEBENDE MEHRHEIT Die zentrale Herausforderung ist die Erreichung einer verfassungsändernden Mehrheit. Realistisch ist dies nur im Rahmen einer Zusammenarbeit von Regierung und Opposition. Letzteres glückt im parlamentarischen Alltag nur, wenn der Druck in Form einer klaren gesellschaftlichen Erwartung

außergewöhnlich hoch ist. So hoch, dass für die beteiligten Parteien die Gefahr besteht, im Falle der Verweigerung bei kommenden Wahlen selbst von ihren Anhängern abgestraft zu werden.

4. Phase

LIQUIDATION DER PARTEI Mit der Beschließung der Verfassungsänderung läutet die Auditive bereits die Auflösung als Partei ein. Ihre abschließende Aufgabe bis zum Ende der Legislatur beschränkt sich darauf, für die bestmögliche Implementierung und Konsolidierung der Auditive zu sorgen.

5. Phase

ÜBERPRÜFUNG DER TRANSFORMATION Die Verankerung der Auditive in der Verfassung sollte nach zehn Jahren durch einen Volksentscheid bestätigt werden. Hat sich die Vierte Gewalt bewährt? Entwickelt sich das nun mehr modernisierte demokratische System aus sich selbst heraus weiter, und das ungeachtet der bestehenden Machtverhältnisse? Dann ist die Transformation gelungen.

Timing – warum jetzt?

// Die Erfolgsaussichten
waren noch nie so hoch
wie heute.
//

THE TIME IS NOW! FÜR ALLE, DIE ETWAS BEWEGEN WOLLEN, IST DAS RICHTIGE TIMING ENTSCHEIDEND. UND NOCH NIE WAREN DIE CHANCEN SO GUT, EIN KONZEPT WIE DIE AUDITIVE ÜBER DEN WEG EINER SPARTENPARTEI IN REALE POLITIK ZU ÜBERSETZEN, WIE HEUTE. DAS POTENZIAL ZEIGTE BESONDERS DEUTLICH DIE BUNDESTAGSWAHL 2025, ALS EINE SECHSTE PARTEI DEN EINZUG IN DEN BUNDESTAG NUR ÄUSSERST KNAPP VERPASSTE - ANDERWEITIG WÄRE EINE MEHRHEITSFÄHIGE KOALITION AUS ZWEI PARTEIEN NICHT MEHR MÖGLICH GEWESEN. DIE FOLGE: SPARTENPARTEIEN DER DEMOKRATISCHEN MITTE WERDEN IN SOLCHEN SITUATIONEN ZUM ZÜNGLEIN AN DER WAAGE, AUSGESTATTET MIT EINEM KRAFTVOLLEN HEBEL, IHRE REGIERUNGSBETEILIGUNG AN BEDINGUNGEN ZU KNÜPFEN. IM FALL DER AUDITIVE DARAN, EINER VERFASSUNGSÄNDERUNG ZUR EINFÜHRUNG DER VIERTEN GEWALT ZUZUSTIMMEN. NEBEN DER ZUNEHMENDEN FRAGMENTIERUNG DER PARLAMENTE GIBT ES NOCH WEITERE AKTUELLE TRIEBKRÄFTE, DIE ZUR REFORM UNSERER DEMOKRATIE GENUTZT WERDEN SOLLTEN.

GEWALTIGES ENERGIEPOTENZIAL Wie bereits beschrieben, gingen und gehen Millionen von Menschen spontan für die Demokratie auf die Straße, trotz fehlenden politischen Angebots für eine bessere Zukunft. Die Vision der Auditive kann diesen Menschen endlich ein greifbares Werkzeug geben, um ihre Energie für eine wirkungsvolle politische Umsetzung zu bündeln.

BEDROHLICHES MOMENTUM Protektionistische, nationalistische und autokratische Bewegungen gewinnen weltweit an Einfluss. Unterstützt durch strategische Allianzen von Politik, sozialen Medien und Kapital wird mit Macht jeder bedroht, der dem „nationalen Interesse“ im Wege steht. Unter dem Motto „Nationalism first“ formiert sich eine international vernetzte populistische Bewegung gegen Multilateralismus und Demokratie. Nie war das Risiko des demokratischen Scheiterns so groß, eine echte Gegenbewegung also dringend nötig. Wann, wenn nicht jetzt?

ENORMER DRUCK AUF DIE EU Die EU steht vor immensen Herausforderungen, sich im geopolitischen Wettbewerb zu behaupten. Drei Hauptgefahren lassen sich identifizieren: innere Spaltung (befördert v. a. durch autokratische, nationalistische EU-Staaten), wirt-

schaftliche Schwächung (ökonomischer Druck v. a. durch China und USA), militärischer Druck (v. a. durch imperialistische Tendenzen der Großmächte bei gleichzeitiger eigener Schwäche). Aus dieser sich gegenseitig verstärkenden Triade kann und muss Europa sich befreien, bevor es selbst verschuldet zu schwach geworden ist.

STEIGENDE INSTABILITÄT VON REGIERUNGEN Um eine Regierung bilden zu können, benötigt man immer mehr Parteien, die jedoch ideologisch zunehmend voneinander abweichen. Der stabilitätsfördernde Kompromiss wird somit zum Risiko, da dieser durch die immanenten Spannungen immer seltener gelingt. Doch zumindest für kleine Parteien – vor allem Spartenparteien – bedeutet dies eine große Chance, da sie über eine universelle Koalitionsfähigkeit verfügen.

Deutschland, Europa und seine Bürger sind immer noch stark und mit einer nicht zu unterschätzenden demokratischen Konstitution, Bildung, Wirtschaftskraft und Erfahrung ausgestattet. Und selbst zunehmend zersplitterte Parlamente sind dann eine Chance, wenn innovative Bündnisse wie die Auditive als staatstragendes Scharnier für systemische Stabilität (und Weiterentwicklung!) sorgen. Somit wird die Grundvoraussetzung geschaffen, dass sich die europäische Gesellschaft doch noch auf das Großprojekt der politischen Einigung Europas einlassen kann. Europa ist und bleibt das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten. Nutzen wir diese Stärken!

Die Auditive in der Praxis

117 EINFÜHRUNG EINER MINISTERHAFTUNG

119 JUSTIZBEHINDERUNG IM CUM-EX-SKANDAL

122 REFORM DES WAHLGESETZES

124 MISSACHTUNG DES VORSICHTSPRINZIPS

127 CORONA-KOMPLEX

129 VERHINDERUNG VON KRIEGEN

VON DER THEORIE ZUR REALITÄT: DIE NACHFOLGENDEN PRAXISBEISPIELE ZEIGEN EINDRÜCKLICH, WIE INSTITUTIONEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT SYSTEMATISCH VERSAGEN – UND DURCH AUSBLEIBENDE GEGENMASSNAHMEN DAS RISIKO ERNEUTEN SCHEITERNS STILLSCHWEIGEND HINNEHMEN. DIESES KOLLEKTIVE „ORGANVERSAGEN“ HAT DAS VERTRAUEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER IN DEN STAAT TIEF ERSCHÜTTERT. ZUGLEICH MACHEN DIE BEISPIELE DEUTLICH, WELCHES POTENZIAL IN EINER NEU GEDACHTEN VIERTEN GEWALT LIEGT:

Unserer Meinung nach kann die Auditive, wäre sie in allen Ländern Standard, sogar Kriege verhindern, da sie eine besondere Form der vertrauensbildenden Völkerverständigung darstellt.

Denn Bürgergesellschaften, die unmittelbar und unabhängig von ihrer jeweiligen Regierung miteinander kommunizieren könnten, würden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu militärischen Auseinandersetzungen tendieren. Denn Kriege werden nun mal typischerweise von Politikern gestartet und geführt und nicht vom Souverän.

Die Beispiele beschreiben skizzenhaft einen tatsächlichen Sachverhalt und die (noch theoretische) Anwendung der Auditive mit ihrem festen Regelkreislauf: von ersten Soll-Ist-Analysen und Beanstandungen bis hin zu möglichen Lösungswegen und den zur Verfügung stehenden Eskalationsmaßnahmen zur ultimativen Durchsetzung des gesellschaftlichen Willens.

Bei Interesse an weiteren Einsatzfeldern der Auditive besuchen Sie bitte www.orange-pin.de

Definition der Auditive: Die Auditive ist ein systempolitisches Reformkonzept, das als neu gedachte Vierte Gewalt zur Wiederherstellung demokratischer Selbstwirksamkeit in komplexen und polarisierenden Gesellschaften entwickelt wurde. Sie reagiert auf institutionellen Vertrauensverlust, strukturelle Überforderung und gesellschaftlichen Kontrollverlust repräsentativer Demokratien, indem sie politische Apathie und antidemokratische Tendenzen als Symptome einer gestörten Rückkopplung zwischen Politik und Gesellschaft begreift. Im Zentrum steht die These, dass politisches Misstrauen, gesellschaftliche Zweifel und Frustration eine produktive Ressource demokratischer Erneuerung darstellen. Die Auditive institutionalisiert gesellschaftliche Rückmeldestrukturen in Form einer außerparlamentarischen dritten Kammer (Auditorium) mit Prüfbefugnissen und Interventionsrechten und ergänzt so die klassischen Gewalten Legislative, Exekutive, Judikative um ein verfassungsrechtlich verankertes Korrektiv. In Verbindung mit einer erweiterten Rolle des Bundespräsidenten als integrativer Instanz genießt die Auditive nicht nur die demokratische Legitimität, sondern gewährleistet auch umfassende Transparenz, durchbricht strukturelle Blockaden und sichert die Reformfähigkeit des Staates nachhaltig – als konstruktive Alternative zu populistischen oder autoritären Reaktionen auf die Systemkrisen unserer Demokratien.

Praxisbeispiel 1

Einführung einer Ministerhaftung

//
Grobe Fahrlässigkeit
oder Vorsatz auf
Ministerebene ahnden
//

Der Sachverhalt

Im Dezember 2018 unterzeichnete der damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer Verträge zur Pkw-Maut, obwohl das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) noch ausstand. Tatsächlich erklärte der EuGH die Maut später für europarechtswidrig.

Das Problem

Dem deutschen Steuerzahler entstand ein finanzieller Schaden von 243 Millionen Euro, bestätigt durch den Bundesrechnungshof sowie den Maut-Untersuchungsausschuss. Dennoch wurden weder Andreas Scheuer als verantwortlicher Minister noch seine Partei für die mutmaßlich grobe Fahrlässigkeit seiner Behörde zur Rechenschaft gezogen. Gründe dafür waren und sind:

FEHLENDE RECHTSGRUNDLAGE Anders als bei Beamten gibt es für Minister keine Haftung, selbst bei grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Handeln.

UNTÄTIGKEIT DER POLITIK Weder das Verkehrsministerium noch die Opposition haben jemals Schritte unternommen, das Ministergesetz entsprechend zu ändern. In diesem konkreten Fall wurden (keine Ironie!) die potenziell hohen Kosten eines Rechtsstreits dafür als Begründung angezeigt.

INTERESSENKONFLIKTE Parteien fehlt der (intrinsische) Anreiz, ein sanktionsbewehrtes Gesetz zur Ministerhaftung einzuführen, um jetzige oder spätere Minister aus den eigenen Reihen zu schützen.

Das Problem zeigt eine schwerwiegende gesetzliche Lücke, die selbst eklatantes politisches Fehlverhalten „toleriert“ und bereits seit Jahrzehnten bekannt ist. Übersetzt auf die hier bereits erwähnte Metapher der Flugzeugindustrie hätte das zur Folge, dass nach einem technisch verursachten Unglück oder gar Absturz das fehlerhafte Bauteil dennoch erneut zum Einsatz käme. In der Fliegerei undenkbar, scheint dieses Vorgehen in der Politik akzeptierte Praxis zu sein.

Die Lösung

Zur Vermeidung solcher Fälle kann die Auditive nach transparent(!) Prüfung des vollständigen Sachverhaltes folgende Kontroll- und Sanktionsmechanismen vorschlagen:

ANPASSUNG DES MINISTERGESETZES Einführung von klaren Haftungsregeln mit Sanktionen oder Regressforderungen für Minister oder Parteien. Angewandt spätestens bei grober Fahrlässigkeit oder sogar vorsätzlicher Steuerverschwendung.

NEUREGELUNG DER MINISTERAUSWAHL Einführung von Maßstäben zu Kompetenz- und Erfahrungsnachweisen. (Offensichtlich) Unterqualifizierte Personen dürfen somit keine Ministerämter mehr übernehmen.

Die Eskalation

Werden die vom Auditorium vorgebrachten Beanstandungen ignoriert und die Probleme nicht behoben, übt die Auditive über den ihr zur Verfügung stehenden Eskalationskatalog öffentlich Druck auf die Politik aus. In diesem Falle sind folgende Maßnahmen möglich:

ERNEUTE PRÜFUNG DES „FALLS SCHEUER“ Das Auditorium fordert die Bundesregierung öffentlich auf, ein Gesetz zur Ministerhaftung zu entwickeln.

EINREICHUNG EINER GESETZESVORLAGE Reagiert die Bundesregierung nicht, kann das Auditorium sein Gesetzesinitiativrecht nutzen und selbst einen Entwurf in den Bundestag einbringen.

KLAGERECHT Scheitert auch dies, kann das Auditorium klagen, um eine Gesetzesänderung nochmals juristisch prüfen zu lassen.

Werden die Verfehlungen behoben, ist es auch die Aufgabe der Auditive, die neueingeführten gesetzlichen Standards auf ihre konsequente und nachhaltige Einhaltung zu kontrollieren. Der Bundespräsident wird somit dauerhaft in die Lage versetzt, Ernennungen einzelner Minister nach einem Prüfprozess zu beurteilen und sie ggf. sogar abzulehnen.

Praxisbeispiel 2

Justizbehinderung im Cum-Ex-Skandal

//
Bessere Trennung
von Exekutive
und Judikative
//

Der Sachverhalt

Im Cum-Ex-Skandal, einem der größten deutschen Steuerbetrugsfälle, entstand ein Schaden von rund 32 Milliarden Euro, so Wirtschaftsforscher der Universität Mannheim und dem Recherchenetzwerk Correctiv. Auch der Bundesrechnungshof beanstandete den gigantischen Steuerverlust und das fragwürdige Verhalten der Finanzbehörden. Banker, Anwälte und Investoren nutzten zwischen 2001 und 2016 Schlupflöcher, um sich unrechtmäßig Steuergelder erstatten zu lassen.

Die Chefermittlerin Anne Brorhilker spielte eine zentrale Rolle bei der Aufklärung, stieß jedoch auf Hindernisse. Im April 2024 beantragte sie ihre Entlassung, nachdem NRW-Justizminister Benjamin Limbach ihr Team halbieren wollte. Brorhilker beklagte, ihre Arbeit würde politisch blockiert. Sie verließ daraufhin die Staatsanwaltschaft Köln und wechselte zur Bürgerbewegung „Finanzwende“.

Das Problem

Die Datenlage des Falles Brorhilker ist noch immer unzureichend, um den Sachverhalt ausreichend beurteilen zu können. Dieser Umstand ist für eine Gesellschaft, die nur mit genügend Transparenz mit Vertrauen auf die Vorgänge blickt, unhaltbar. Ein solches Informationsvakuum schafft vielmehr weitere Zweifel an den politischen Prozessen. Auch hier hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, ob und welche politischen Einflussnahmen es gab oder auch sonstige persönliche Verfehlungen:

BLOCKADE DER JUSTIZ Wurde die Arbeit der Ermittlungsbehörde bewusst behindert?

MINISTERIELLE WEISUNGSgebundenheit Staatsanwälte in Deutschland sind an Weisungen der Exekutive gebunden. Wie unabhängig können sie folglich sein bei der Aufklärung politisch sensibler Fälle?

INFORMATIONSVAKUUM Die Politik äußerte sich unzureichend zu den Vorwürfen. Erschreckend dabei war die unterschiedliche Beurteilung des Abschlussberichts der Untersuchung von Regierung und

Opposition. Bis heute ist es immer noch nicht klar, ob geeignete Gegenmaßnahmen von Stellen des Bundes ergriffen wurden und wer in welchem Umfang die Verantwortung in diesem Zusammenhang trug. Der Cum-Ex-Fall zeigt zudem weitere grundsätzliche Schwachstellen:

STEUERSCHLUPFLÖCHER Waren Politik und Verwaltung wirklich ahnungslos ob der Lücken im Gesetz und falls nein: Warum wurden sie nicht früher geschlossen?

FEHLENDE REFORMEN Trotz der riesigen Summe an Steuerschäden blieb der politische Druck für systematische Veränderungen bisher aus.

MANGELNDE MOTIVATION Immer wieder wird beanstandet, dass sich die Steuerbehörden und der Bund zu wenig engagieren, sowohl die Steuermilliarden zurückzufordern als auch die Bekämpfung von sog. Cum-Cum-Geschäften effizient voranzutreiben.

Die Lösung

Das Auditorium kann den Fall unmittelbar untersuchen: zum Beispiel mit dem Ziel der vollen Transparenz rund um die Personalie Brorhilker sowie zur bislang mehr als fragwürdigen Aufklärung.

PRÜFUNG DER VORWÜRFE Wurden die Ermittlungen behindert, und – falls ja – wer war dafür verantwortlich? Ist die ministerielle Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft problematisch?

PRÜFUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES Gab es möglicherweise arbeitsrechtliche Probleme, zum Beispiel Kompetenzüberschreitungen vonseiten Brorhilker, die zum Ausscheiden aus ihrem Amt geführt haben? Auch das könnte letztlich zum Eskalationsszenario geführt haben.

REFORMVORSCHLÄGE Anpassung des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG), um die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften zu stärken, die Kontrollmechanismen zu verbessern und um künftige politische Interventionen von vornherein zu unterbinden.

Die Eskalation

Sollte die Regierung nicht auf die Beanstandungen und Anregungen der Auditiven reagieren oder Reformen sogar verweigern, stehen folgende Eskalationsmaßnahmen zur Verfügung:

EINBERUFUNG EINES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES AUF BUNDESEBENE Das Auditorium empfiehlt eine umfassende Untersuchung der politischen Blockaden und Verantwortlichkeiten.

GESETZESINITIATIVRECHT Das Auditorium legt gemeinsam mit Fachspezialisten einen Gesetzesentwurf zur Reform der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften vor und kann den Bundestag auffordern, sich mit diesem zu beschäftigen.

Als Konsequenz solch fragwürdiger Justizvorgänge kann der Einsatz der Auditiven als Vierte Gewalt zur Aufklärung von Interessenkonflikten und zur Klärung von Verschränkungen innerhalb der anderen Staatsgewalten führen.

Tragen die politisch Verantwortlichen dennoch nur unzufriedenstellend zur politischen Lösung bei, findet der Fall Eingang in den „Good-Policy-Mechanism“ und bleibt damit akut für alle Beteiligten.

Systemfehler und
Legitimationsprobleme
beheben

Der Sachverhalt

In Deutschland entscheidet das Parlament selbst über das Wahlgesetz. Das Wahlrecht legt fest, wie das Parlament gebildet wird, wie Stimmen gezählt werden und welche Regeln für Wahlen, Gewählte und Wählende gelten.

Das Problem

Abgeordnete in Deutschland entscheiden selbst über die Regeln ihrer eigenen Wahl. Daraus ergibt sich ein massiver Interessenkonflikt und das Risiko, diese Regeln zum eigenen Vorteil zu ändern.

MACHTMISSBRAUCH Politiker könnten das Wahlrecht so anpassen, dass sie ihre Mehrheiten sichern oder politische Gegner benachteiligen. Ein populäres Beispiel dazu gibt es aus den USA: Mit dem Gerrymandering werden durch Neuzuschneidungen von Wahlkreisen die Erfolgsaussichten der regierenden Partei erhöht.

UNFAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN Eine Veränderung des Wahlrechts könnte die Fairness und Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verzerren.

Die Lösung

Das Wahlrecht ist die Grundlage der Demokratie. Um Fairness und Neutralität sicherzustellen, muss verhindert werden, dass Parlamente Wahlgesetze zu ihren eigenen Gunsten ändern dürfen. Als unabhängige Institution kann die Auditive hier für mehr Transparenz, Gerechtigkeit und neue Regeln sorgen, sodass das Wahlrecht nicht mehr in der Hand der unmittelbar Betroffenen liegt.

RAHMENBEDINGUNGEN FESTLEGEN Das Auditorium kann mit Unterstützung von Fachspezialisten allgemein akzeptierte Richtlinien aufstellen, nach denen das Wahlgesetz funktionieren muss und bei Bedarf umgestaltet werden kann.

UNABHÄNGIGE ÜBERPRÜFUNG Das Auditorium kann als Kontrollinstanz agieren und sicherstellen, dass Änderungen am Wahlrecht neutral und ausschließlich im Sinne der Gesellschaft erfolgen.

MEHRHEITSPRINZIP VERSCHÄRFEN Die einfache parlamentarische

Mehrheit sollte zur Änderung des Wahlrechts nicht mehr ausreichen.

Die Eskalation

Sollte das Parlament trotz Intervention der Auditive keine neutralen Mechanismen einführen und noch immer Wahlrechtsänderungen zugunsten bestimmter Fraktionen vornehmen (können), sind folgende weitere Maßnahmen zur Abhilfe möglich.

ÖFFENTLICHER DISKURS Das Auditorium informiert die Gesellschaft, legt mögliche Interessenkonflikte oder Verstöße gegen demokratische Prinzipien offen und erhöht damit den politischen Druck.

FORDERUNG NACH REFORMEN Das Auditorium kann die Einsetzung einer neutralen Wahlrechtskommission fordern, die unabhängig vom Parlament agiert.

KLAGEN UND GESETZE Sollte die Politik nicht oder nur unzureichend reagieren, kann das Auditorium Klage einreichen oder konkrete Gesetzesvorschläge zur Reform des Wahlrechts vorlegen.

//
Eindämmung
von Fehlverhalten
//

Der Sachverhalt

Im Februar 2022 übertrug die Bundesregierung rückwirkend 60 Milliarden Euro aus dem Corona-Sondervermögen auf den sogenannten Energie- und Klimafonds (EKF), heute bekannt als Klima- und Transformationsfonds (KTF). Die Unionsfraktion im Bundestag zog daraufhin vor das Bundesverfassungsgericht, das diese Übertragung für rechtswidrig erklärte. Das Ziel der Sondervermögen, Krisenmittel bereitzustellen, wurde durch die Zweckentfremdung unterlaufen.

Der Bundesrechnungshof im August 2023 dazu: „Durch das Verlagern von Einnahmen und Ausgaben in Sondervermögen in finanziell erheblichem Umfang wurde der Bundeshaushalt über die Jahre hinweg entkernt. Dies hat seit dem Jahr 2020 eine bis dahin nicht bekannte Ausweitung und Dynamik erlangt. Die budgetflüchtigen Ausgaben und ihre ebenfalls budgetflüchtige Kreditfinanzierung gefährden das parlamentarische Budgetrecht und die Wirksamkeit der Schuldenregel. Das Parlament (aber auch die Öffentlichkeit) droht den Überblick und damit auch die Kontrolle zu verlieren.“

Das Problem

Die Regierung konnte trotz der Kritik des Bundesrechnungshofes einen verfassungswidrigen Haushalt 2023 verabschieden – ohne klare Konsequenzen zu fürchten. Das zeigt gleich mehrere Schwachstellen im Budgetierungsprozess:

FEHLENDE VORSICHT Die Haushaltsplanung berücksichtigt nicht ausreichend die Risiken und rechtlichen Unsicherheiten von Sondervermögen.

TRANSPARENZMANGEL Es fehlt eine unabhängige Kontrolle, um fragwürdige Finanzierungen frühzeitig zu identifizieren und prüfen zu lassen.

KEINE KONSEQUENZEN Weder wurde die Bundesregierung faktisch zur Verantwortung gezogen noch wurden Maßnahmen ergriffen, um solche Fälle in Zukunft auszuschließen.

Ein solches Verhalten der Regierung kann das Vertrauen in die verantwortlichen Personen und damit in die finanzielle Stabilität des Landes nur untergraben.

Die Lösung

Das Auditorium kann Maßnahmen fordern, um die Haushaltsplanung zu verbessern und derartige Probleme zukünftig zu verhindern:

PLAN B: Bei riskanten oder strittigen Haushaltspositionen muss die Regierung eine alternative Finanzierung vorhalten, um finanzielle Engpässe oder Notlagen zu vermeiden, die durch eine nachträgliche Delegitimierung folgen können. Eine weitere unabhängige Institution sollte diese Risiken prüfen und bewerten.

EINBINDUNG DES BUNDESRECHNUNGSHOFS Der Bundesrechnungshof kann den Budgetierungsprozess überwachen und zur öffentlichen Bewertung von fraglichen Positionen aufgefordert werden.

STÄRKERE POLITISCHE VERANTWORTUNG Der Finanzminister kann bei Verstößen gegen die Haushaltsgrundsätze öffentlich gerügt und sogar zur persönlichen Verantwortung gezogen werden.

TRANSPARENZ BEI SONDERVERMÖGEN Die Bundesregierung sollte obligatorisch und umfassend über Art, Laufzeit, Umfang und Grenzen von bestehenden Sondervermögen berichten und den Empfehlungen des Bundesrechnungshofes folgen.

Die Eskalation

Sollte die Bundesregierung die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichend würdigen und umsetzen, kann das Auditorium folgende Schritte einleiten:

ÖFFENTLICHE AUFKLÄRUNG Das Auditorium zwingt die Regierung, auch interne Dokumente und Gesprächsprotokolle offenzulegen: Warum gab es einen verfassungswidrigen Haushalt? Gab es Warnungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags? Welche Maßnahmen sind geplant, um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden?

ANRUFUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS Das Auditorium kann das Bundesverfassungsgericht anrufen, um die Verfassungsmäßigkeit der Mittelverwendung prüfen zu lassen.

REFORM DER RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE Das Auditorium kann auf eine Anpassung der Planungs- und Rechnungsgrundsätze hinwirken, um den Haushaltsprozess transparenter und rechtssicherer zu gestalten.

Dieser Fall deutet an, wie wichtig Transparenz, engmaschige Kontrolle und persönliche Verantwortlichkeiten bei der Haushaltsplanung sind. Das Auditorium kann als zusätzliche, aber unabhängige Instanz dazu beitragen, finanzielle Risiken frühzeitig aufzudecken.

Würde die Politik den besprochenen Sorgfaltspflichten dennoch nicht nachkommen, kann das Auditorium weitere Sanktionsmaßnahmen ergreifen und dem akuten Handlungsbedarf durch die Aktivierung des „Good-Policy-Mechanism“ erneut und öffentlich Nachdruck verleihen.

Praxisbeispiel 5 Corona-Komplex

// Beschleunigung demokratischer Prozesse und Erkenntnisgewinn //

Der Sachverhalt

Die Corona-Pandemie stellte Demokratien weltweit vor ungeahnte Herausforderungen. In dieser Krisenzeit mussten schnell Entscheidungen getroffen werden, die gravierende Auswirkungen auf die Grundrechte der Bürger hatten. Diese beinhalteten Lockdowns, Ausgangssperren und Versammlungsverbote, die mit Grundrechten wie Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in Konflikt standen.

Es ging dabei nicht nur um die schnelle Bekämpfung einer Gesundheitskrise, sondern auch darum, wie demokratische Systeme in derartigen Ausnahmesituationen effektiv arbeiten können, ohne die Prinzipien der Demokratie zu gefährden. Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach selbst von einer „Zumutung für die Demokratie“ und ihr Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bat um Verständnis, als er sinngemäß resümierte: „Wir werden einander wahrscheinlich noch viel verzeihen müssen“.

Das Problem

Wie viel Beschleunigung von politischen Entscheidungsfindungen ist noch demokratisch vertretbar, und wie kann man sicherstellen, dass diese dennoch auf einer fundierten und transparenten Grundlage beruhen? Die Corona-Krise verlangte eine Balance zwischen dem Schutz öffentlicher Gesundheit und der Wahrung individueller Freiheiten. Das Problem bestand darin, dass die Regierung in dieser beispiellosen Situation häufig extrem kurzfristig handeln musste – auf Kosten eines regulären gründlichen und öffentlichen Diskurses, was mit einer Vielzahl von politischen Unsicherheiten und potenziellen Fehlern verbunden war. Dies führte in der Gesellschaft zu Spannungen und Vertrauensverlusten in die politische Führung.

Es stellte sich zudem die Frage, ob Maßnahmen wie Lockdowns und die Einschränkung von Freiheitsrechten legal oder zumindest legitim waren (trotz ihrer teilweise gerichtlichen Bestätigung) und ob die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen ausreichend berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft zweifelte

außerdem zunehmend an der Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik.

Weder die nachfolgende Regierung noch die stärkste Oppositionspartei waren willens, die Corona-Pandemie im Rahmen eines Untersuchungsausschusses wirklich aufzuarbeiten. Der Verdacht liegt nahe, dass das an ihrer gemeinsamen Regierungsverantwortung während der Krise lag – beide also ihrer parlamentarischen Pflichten wegen dieses Interessenkonflikts nicht nachkamen.

Die Lösung

Das Auditorium kann gemeinsam mit seinen Fachspezialisten und Revisoren als unabhängige Kontrollinstanz die Pandemie-Maßnahmen rückwirkend auf ihre Verhältnismäßigkeit und auf ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft überprüfen. Sie kann in Zukunft sicherstellen, dass die Grundrechte der Bürger nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden und dass die Maßnahmen maßvoll, transparent und gerechtfertigt sind.

Das Auditorium kann zur Aufarbeitung der getroffenen Entscheidungen auch eine Enquete-Kommission einrichten. Die aktuellen Verantwortungsträger wären dann verpflichtet, alle relevanten Informationen offenzulegen – statt wie bereits geschehen eine Vielzahl von Abschnitten in internen Dokumenten zu schwärzen – und auf die berechtigten Fragen der Gesellschaft zu reagieren.

Die Eskalation

Wenn das Auditorium feststellt, dass die Maßnahmen nur unzureichend überprüft werden oder die Regierung nicht auf die Beanstandungen reagiert, könnte sie die Öffentlichkeit informieren und politische Reaktionen einfordern. Bleibt die Politik sogar gänzlich untätig, wäre sogar die Aufforderung an den Bundespräsidenten möglich, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen zu empfehlen.

Praxisbeispiel 6 Verhinderung von Kriegen

//
Vertrauensbildende
Maßnahmen zur
völkerverbindenden
Verständigung
//

Der Sachverhalt

Kriege entzünden sich in der Regel durch Politiker, nicht durch die Gesellschaften selbst. Letztere werden vielmehr durch ihre politischen Führungen in Konflikte hineingezogen.

Regierungen benötigen dann zur Kriegsführung zwei wesentliche Voraussetzungen: Soldaten, die bereit sind zu kämpfen, und ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt, der nicht selten durch Angst, Feindbilder und Propaganda erzeugt wird. Die Gesellschaft würde dadurch zum Werkzeug einer politischen Agenda.

Das Problem

Die Gefahr besteht immer, dass Gesellschaften durch staatliche Narrative sowie Fehl- und Desinformationen manipuliert werden. Diese Umstände erschweren es den Bürgern (selbst in Demokratien), die tatsächlichen Umstände zu erkennen und kritisch zu hinterfragen, ob gewaltsame Auseinandersetzungen wirklich gerechtfertigt sind. Spannungen zwischen zwei Ländern unterbinden zudem den Austausch zwischen den Gesellschaften, verstärken die gegenseitigen Feindbilder und zerstören so Vertrauen. In solchen Situationen fehlt es an einem unabhängigen Organ, das beiden Gesellschaften ein jeweils objektives Bild des anderen anbieten kann.

Die Lösung

Das Auditorium als Repräsentation der Gesellschaft könnte hier tatsächlich Abhilfe schaffen:

UNABHÄNGIGE PRÜFUNG VON INFORMATIONEN Das Auditorium ist partei- und vor allem regierungsunabhängig und kann die potenziell einseitigen Narrative hinterfragen bzw. auf deren Wahrheitsgehalt überprüfen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT Das Auditorium – als anerkannte unabhängige Instanz – informiert die Gesellschaft offen über die manipulativen Narrative und die tatsächlichen Hintergründe.

NEUTRALITÄT UND FAKTENSICHERHEIT Das Auditorium arbeitet auf der Grundlage von überprüfbaren Fakten und objektiven Analysen –

ggf. auch von internationalen, nicht staatlichen Organisationen. Es verhindert, dass falsche Bedrohungsszenarien oder manipulierte Feindbilder die Bürger in ihrer Meinungsbildung beeinflussen.

INTERNATIONALER DIALOG Durch Beziehungen zu anderen Auditorien kann es alternative Perspektiven einfordern und diese untereinander veröffentlichen. Das schafft neue Kanäle, die Chance auf die Wiederherstellung von Vertrauen und den Abbau gegenseitiger Feindbilder.

PRÄVENTION VON UNTERWANDERUNG Die Sicherheitsmechanismen der Auditive sorgen dafür, dass regierungsnahen Akteure das Auditorium nicht beeinflussen oder korrumpieren.

Die Eskalation

Sollte das Auditorium feststellen, dass die Regierung gezielt manipulierte Informationen verbreitet oder die Gesellschaft ohne Not einem Kriegsszenario näherbringt, kann es als Ultima Ratio den Bundespräsidenten bitten, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu empfehlen. Die endgültige Entscheidung darüber obliegt dem Bundespräsidenten selbst.

Nachwort

Wir alle haben die Chance, das modernste Demokratiesystem der Welt in Deutschland zu schaffen. Wer sich gegen die Auditive entscheidet, entscheidet sich gegen uns alle. Das „prüfende Ohr“ der Zivilgesellschaft ist die Antwort auf die Krise des Vertrauens, an der immer mehr Demokratien zu ersticken drohen. Es geht nicht nur um einen weiteren Artikel in unserem Grundgesetz. Es geht um eine innovative und notwendige Idee. Darum, Nicht-, Protest- und Angst-Wählern zu signalisieren, dass es eine bessere Alternative gibt, als für den Extremismus zu stimmen.

Es geht um die Zukunft der Gesellschaft, um ein neues systempolitisches Angebot. Es liegt an uns, ob wir das Fundament legen für eine neue, stärkere Demokratie, in der Wählenden wieder Sinn macht, oder ob wir zulassen, dass die Gräben in Deutschland weiter aufbrechen. Wir haben die Chance, Geschichte zu

schreiben, indem wir zeigen, dass wir in keinem starren, den Krisen ausgelieferten System leben. Sondern vielmehr in einem lebendigen Organismus, der den Herausforderungen der modernen Welt gewachsen ist.

Wir von Orange-Pin sind fest davon überzeugt, dass die fortschreitende Demokratieverdrossenheit stark damit zusammenhängt, dass unser System den Anschluss an die Neuzeit verloren hat. Jahrzehntelanger Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg und eine aus heutiger Sicht zumindest machtpolitisch stärker geordnete Welt schienen keinen Anlass zu geben, unsere Institutionen weiterzuentwickeln. Heute jedoch ist die Welt komplexer, die Risiken für Menschen und demokratische Strukturen existenzieller, und auch die Ansprüche an Transparenz und Mitsprache sind stark gestiegen.

Die Politik muss inzwischen verstehen, dass die Gesellschaft selbst einen Teil der Verantwortung übernehmen sollte, um den enormen Herausforderungen gemeinsam entgegenzutreten. Dafür aber braucht sie eine neue Form echter Mitspra-

che, eine eigene „Gewalt“, die gleichberechtigt und auf Augenhöhe mit den anderen Staatsgewalten am Tisch sitzt. Machen wir uns bitte klar, wie wir bis heute von der Vierten Gewalt sprechen. Sie wird traditionell den Medien zugeschrieben. Aber konnten diese jemals zufriedenstellend in dieser Funktion ihre Aufgabe erfüllen? Früher vielleicht. Doch in der inzwischen so chaotischen, völlig zersplitterten Landschaft von klassischen über digitalen bis „soziale“ Medien kann es schlicht nur verneint werden.

Den öffentlichen Diskurs voranzutreiben und mitzuprägen und damit den anderen Gewalten Paroli zu bieten, damit können die in der Regel gewinn- und quotenorientierten Medienhäuser nur sehr unzureichend dienen. Abgesehen davon darf ein Staat eine solch zentrale Aufgabe auch nicht delegieren – nicht ohne sie verfassungsgerecht in das demokratische Konstrukt einzubetten und mit einem entsprechenden, institutionalisierten Mandat auszustatten.

Die Auditive ist die Antwort auf dieses Erfordernis, und sie hat mehr als „nur“ eine Kontroll-

funktion. Sie bedeutet auch Steuerung und damit politische Konsequenz und schafft letztlich proaktiv Konsens zur Durchführung lange notwendig gewordener Reformen. Alle Institutionen würden damit endlich in die Lage versetzt, auch über Legislaturperioden hinaus handeln zu können, also Risiken selbst von langfristigen Projekten zu beherrschen.

Eine moderne Demokratieform von heute muss über ein professionelles Risikomanagement verfügen. Ein Prinzip, das nicht umsonst schon seit jeher in der hochregulierten Geschäftswelt erfolgreich eingesetzt wird und sich ganz ähnlich für die Kontrolle von staatspolitischen Prozessen eignet. Die Auditive als „ziviles Korrektiv“ kann somit innerhalb eines Regelkreises jederzeit und effektiv in die entsprechenden Prozesse eingreifen.

Appell

Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, der Welt zu beweisen, dass wir aus den Fehlern unserer Geschichte gelernt haben und dass wir mit einem neuen, zeitgemäßen Demokratiesystem endlich auch das Projekt Europa auf die nächste Stufe heben können. Denn ein Konzept wie die Auditive ist keinesfalls nur für Deutschland, sondern auch für andere Demokratien Hoffnung und Lösung zugleich, dass ihre Bürger wieder Zutrauen und Vertrauen in ihre Institutionen und politischen Akteure gewinnen.

Das Projekt Europa, vielleicht sogar die Vereinigten Staaten von Europa, steht ohne Frage noch vor einem langen Weg. Aber, mit einem solch modernisierten Demokratiesystem wären wir in der Lage, die politische Eini-gung Europas doch noch zu vollenden. Denn schließlich wird es immer drängender für uns und die EU, mit einer Stimme auf der Weltbühne agieren zu können.

Machen wir uns bewusst, dass wir nun die Zeitzeugen einer Entwicklung sind, bei der niemand mehr behaupten kann, er habe es nicht kommen sehen.

Lassen Sie uns also alle gemeinsam am modernsten Demokratiesystem der Welt arbeiten. Deutschland soll den Anfang machen. Als optimistisches Zeichen unserer Entschlossenheit, weiterhin in einer selbstbestimmten, freien und nachhaltigen Welt leben zu wollen. Wir hoffen, dass immer mehr Menschen in der Auditive das erkennen, was sie ist: die längst überfällige Weiterentwicklung von Charles de Montesquieus Konzept der Gewaltenteilung.

Und zusammen – da sind wir uns sicher – kriegen wir das hin!

Was bleibt, ist dieses Buch als unsere aufrichtige Einladung an Sie, liebe Leser. Eine Einladung zur Mitwirkung, damit „nie wieder Autokratie“ keine leere Worthülse ist, sondern auch wirklich gelingt. Denn wohl keiner von uns möchte schon bald die Antwort schuldig bleiben auf die Frage unserer Kinder:

Was hast du dagegen getan?

Letzte Seite und Hand aufs Herz: Wie würden Sie sich selbst als Zeitzeuge einschätzen?

Ich gehöre zu jenen,

- die genau sehen, was mit unserer Demokratie geschieht, aber nicht wissen, was zu tun ist.
- die genau verstehen, was mit unserer Demokratie los ist, denen aber die Kraft und Hoffnung fehlt, etwas daran zu ändern.
- die nicht mehr hinschauen wollen, was mit unserer Demokratie geschieht, weil sie ihre eigene Erkenntnis fürchten.
- die trotz aller Entwicklungen optimistisch sind, weil sie glauben, dass unsere demokratischen Strukturen stabil sind und auch bleiben.
- die überzeugt sind, dass die prinzipielle Gefährdung unserer demokratischen Strukturen gar nicht besteht.
- die vertreten, dass unsere demokratischen Strukturen zwar angegriffen werden, dies aber grundsätzlich in die richtige Richtung geht.
- die sagen, dass alle gesellschaftlichen Errungenschaften stets wieder zerfallen müssen, da nur so Raum für Neues entsteht.
- die glauben, dass nun die Zeit gekommen ist, unsere Demokratie auf neue Beine zu stellen und sie damit zu verteidigen.

Persönliche Anmerkungen

Orange-Pin